



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2019

---

## **Studie zur Aargauer Nationalratswahl vom 20. Oktober 2019**

Milic, Thomas ; Serdült, Uwe ; Brüggemann, Salim

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich  
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-185331>  
Published Research Report  
Published Version

Originally published at:

Milic, Thomas; Serdült, Uwe; Brüggemann, Salim (2019). Studie zur Aargauer Nationalratswahl vom 20. Oktober 2019. Aarau, Switzerland: Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA).

Thomas Milic, Uwe Serdült, Salim Brüggemann

# FOKUS Aargau

Studie zur Aargauer Nationalratswahl  
vom 20. Oktober 2019

FOKUS Aargau Nr. 5, Dezember 2019

[berichte.fokus.ag](http://berichte.fokus.ag)  
[www.zdaarau.ch](http://www.zdaarau.ch)

# Inhaltsverzeichnis

|   |           |
|---|-----------|
| <b>1 Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick</b>                        | <b>2</b>  |
| <b>2 Die Ausgangslage</b>   | <b>4</b>  |
| <b>3 Die Beteiligung</b>  | <b>6</b>  |
| 3.1 Die Beteiligung nach sozialen Merkmalen . . . . .                   | 6         |
| 3.2 Die Beteiligung nach politischen Merkmalen . . . . .                | 8         |
| 3.3 Gründe für die Nicht-Teilnahme . . . . .                            | 14        |
| <b>4 Die Meinungsbildung</b>  | <b>17</b> |
| 4.1 Der Wahl- und Entscheidungszeitpunkt . . . . .                      | 17        |
| 4.2 Informationsquellen . . . . .                                       | 18        |
| 4.3 Kampagnenaktivitäten . . . . .                                      | 20        |
| <b>5 Der Wahlentscheid</b>  | <b>22</b> |
| 5.1 Der Wahlentscheid nach sozialen Merkmalen . . . . .                 | 22        |
| 5.2 Der Wahlentscheid nach politischen Merkmalen . . . . .              | 27        |
| 5.2.1 Die Parteibindung und der Wahlentscheid . . . . .                 | 28        |
| 5.2.2 Sachfragenpräferenzen und der Wahlentscheid . . . . .             | 29        |
| 5.2.3 Die Links-rechts-Selbsteinstufung und der Wahlentscheid . . . . . | 35        |
| 5.3 Wählerwanderungen . . . . .   | 37        |
| 5.4 Neuwählerinnen und -wähler . . . . .                                | 41        |
| 5.5 Problemwahrnehmung, Kompetenzzuweisung und Wahlentscheid . . . . .  | 42        |
| <b>6 Anhang</b>   | <b>45</b> |
| 6.1 Beteiligung gemäss Stimmregisterdaten . . . . .                     | 45        |
| <b>7 Methodischer Steckbrief</b>  | <b>47</b> |
| 7.1 Die Datenerhebung . . . . .   | 47        |
| 7.2 Die Stichprobe . . . . .  | 47        |
| 7.3 Die Gewichtung . . . . .  | 47        |
| 7.4 Zur Inferenz . . . . .  | 49        |
| <b>Abbildungsverzeichnis</b>  | <b>51</b> |
| <b>Tabellenverzeichnis</b>  | <b>52</b> |
| <b>Impressum</b>  | <b>53</b> |

# 1 Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

## Jugend- und Frauenmobilisierung blieb aus, aber der Klimaschutz bewog zur Wechselwahl

Die grüne Welle, die auch den Kanton Aargau erfasste, war nicht das Resultat einer ungewöhnlich starken Mobilisierung der Jungen oder Frauen. Tatsächlich beteiligten sich diese beiden Gruppen weniger häufig als ältere Wahlberechtigte und Männer. Allerdings deuten die Stimmregisterdaten aus verschiedenen Städten und Kantonen darauf hin, dass die Partizipation der jungen Frauen zwischen 2015 und 2019 etwas weniger stark zurückging als jene älterer Männer. Doch die geringere Demobilisierung junger Frauen alleine vermag den deutlichen Erfolg der Grünen und der glp nicht zu erklären. Dieser kam vielmehr dadurch zustande, dass die beiden Parteien zum einen Sympathisierende an die Urnen treiben konnten, die den Wahlen vor vier Jahren noch ferngeblieben waren und zum anderen Stimmen von anderen Parteianhängerschaften hinzugewinnen konnten. Die Grünen profitierten dabei auch von den Mobilisierungsanstrengungen der SP. Die SP Aargau trieb ihre Anhängerschaft erfolgreich an die Urnen, aber etwa jede/r Zehnte von ihnen legte 2019 "grün" statt "rot" ein. Der Grund für diese Wechselwahl war oftmals der Klimaschutz. Dabei werden einige ihre Stimme dazu verwendet haben, um der Politik zu signalisieren, dass ihre Wahl eine Klimawahl war. In den Augen dieser Wählenden war "grün" als Klima-Signalfarbe besser geeignet als "rot". Die glp wiederum vermochte vor allem Stimmen von Mitte-Wählenden hinzuzugewinnen und schnitt gerade bei den Jungwählenden ausgezeichnet ab. Die glp weist generell eine der jüngsten Wählerschaften auf, während sie bei den älteren Wahlberechtigten nach wie vor einen schweren Stand hat.

Der CVP gelang es besser als anderen Parteien, ihre Kernwählerschaft an die Urnen zu bewegen. Nur wenige, die 2015 CVP wählten, blieben 2019 der Urne fern. Andere Parteien, allen voran die SVP, hatten hingegen mit Demobilisierungstendenzen in ihren Reihen zu kämpfen. Rund 30 Prozent der SVP-Wählerschaft von 2015 gaben ihre Stimme 2019 nicht mehr ab. Das hatte auch mit dem Themenfokus des Wahlkampfs zu tun. Klimaschutz und die Beziehungen zur EU waren Beteiligungstreiber, während das Migrationsthema die Wahlberechtigten nicht mehr im gleichen Ausmass an die Urnen zu treiben vermochte wie vor vier Jahren. Allerdings war der Klimaschutz nicht die am häufigsten genannte Sorge, welche die Wahlberechtigten beschäftigte: Das war vielmehr die AHV. Aber was die AHV(-Finanzierung) betrifft, so konnten viele Wahlberechtigte keine Partei identifizieren, die eine kompetente Lösung für das Problem bot. Eine beträchtliche Zahl dieser Wahlberechtigten sind Sympathisierende der SVP und FDP – also jener beiden Parteien, die 2019 zu den Verlierern zählten. Sie konnten das Wählerstimmenpotenzial, das dem Thema Altersvorsorge innewohnte, nicht ausschöpfen.

## Klimawandel neue Konfliktlinie

Soziale Merkmale spielten bei der Wahl eine gewisse Rolle. Frauen wählten eher links, Männer eher rechts. Bei den jungen Wahlberechtigten waren Grüne und glp überdurchschnittlich beliebt, während ältere Wahlberechtigte oft CVP, FDP oder SVP wählten. Sachfragenpräferenzen hatten

einen beträchtlichen Einfluss auf die Wahlpräferenz. Wie gewohnt spielten Haltungen zur Migration, Europa und zur Sozialpolitik eine wichtige Rolle. Neu ist aber die hohe Virulenz der Klimafrage. Dabei spielte nicht bloss die Haltung zum menschengemachten Klimawandel eine Rolle, sondern auch die Dringlichkeit, mit der klimawirksame Massnahmen zur Ausführung kommen sollen. Wer Klimamassnahmen höchste Priorität beimisst, wählte mit grosser Wahrscheinlichkeit grün. Den Gegenpol bildeten die SVP-Wählenden, die generell Zweifel am menschengemachten Klimawandel hegen.

Schon am Wahlsonntag war zudem klar, dass die Wahl 2019 keine Normalwahl war. Wie die Analyse zeigt, waren die Meinungen zu den Parteien nicht schon von vornherein gemacht. Zwar wählte eine Mehrheit der Wahlberechtigten jene Partei, die sie schon vor vier Jahren gewählt haben, aber bei einer beträchtlichen Zahl stand der Wahlentscheid nicht von Beginn weg fest. Gerade bei jenen beiden Parteien, die deutliche Stimmengewinne erzielen konnten, glp und Grüne, fiel der Entscheid verhältnismässig spät.

Dabei wurden mehrheitlich die klassischen massenmedialen Informationsquellen genutzt, also Fernseh- und Radiosendungen sowie Artikel in abonnementspflichtigen Zeitungen. Die neuen sozialen Medien wie Twitter und Facebook, denen oftmals wahlentscheidender Charakter zugeschrieben wird, wurden deutlich seltener als Informationsquelle genutzt. Hingegen wird nach wie vor oft über Wahlen diskutiert. Mehr als die Hälfte der Teilnehmenden gab an, sich im Bekanntenkreis oft oder zumindest manchmal über die Wahlen ausgetauscht zu haben. In diesen Kommunikationsnetzwerken werden Wahlpräferenzen offenbar viel eher gebildet oder verstärkt als in den sozialen Medien.

## 2 Die Ausgangslage

Am 20. Oktober 2019 wählten die Aargauer Wahlberechtigten die 16 Aargauer Mitglieder des Nationalrats. Fast 500 Kandidierende auf insgesamt 34 Listen und Unterlisten traten 2019 an – so viel wie noch nie zuvor. Die Ausgangslage der einzelnen Parteien gestaltete sich unterschiedlich. Die Partei mit der grössten Delegation an Nationalrätinnen und -räten, die SVP, musste oder wollte gleich mehrere prominente und altgediente Parlamentsmitglieder ersetzen: Ulrich Giezendanner, Sylvia Flückiger, Luzi Stamm und Maximilian Reimann standen nicht mehr auf der SVP-Wahlliste. Maximilian Reimann und Luzi Stamm traten in der Folge mit einer eigenen Liste zu den Wahlen an. Auch die FDP hatte einen prominenten Abgang zu verzeichnen: Corina Eichenberger trat 2019 nicht mehr an. Erschwerend kam hinzu, dass der 2015 hinzugewonnene dritte FDP-Sitz eine knappe Angelegenheit war. Es war demnach ziemlich klar, dass bei einem ähnlichen Ergebnis wie 2015 das Proporzglück bzw. -pech über diesen Wackelsitz entscheiden könnte. Die SP wiederum stieg mit dem Wissen, bei den vergangenen Grossratswahlen kräftig zugelegt (+3.72 %-Pkt.) zu haben, optimistisch ins Rennen um einen dritten Sitz – also genau jenen Sitz, den sie 2015 trotz höherer Wähleranteile noch an die FDP verloren hatte. Auch die CVP machte sich Hoffnungen auf einen Sitzgewinn und trat mit der Rekordzahl von neun Listen an. GLP und Grüne schliesslich hatten von allen Parteien am meisten Grund, zuversichtlich ins Wahljahr vorauszublicken, denn ihnen wurden in allen Umfragen Gewinne prognostiziert. Und tatsächlich hatten beide Parteien bei den kantonalen Wahlen im Frühjahr 2019, die oftmals ein zuverlässiger Gradmesser für die Performance bei den nationalen Wahlen im Herbst sind, deutlich zulegen können. Und deshalb war lange bevor die eidgenössischen Wahlen 2019 begannen, bereits von der kommenden "grünen Welle" die Rede.

Und die "grüne Welle" kam denn auch: Beide "grünen" Parteien, Grüne und glp, legten im Aargau kräftig zu: Die Grünen steigerten ihren Wähleranteil um 4.3 Prozentpunkte und verpassten die 10-Prozentmarke nur äusserst knapp (9.78 %). Die glp konnte ihren Stimmenanteil ebenfalls deutlich steigern (+3.3 %-Pkt.) und kam neu auf einen Wähleranteil von 8.5 Prozent. Zu den Siegerinnen gehörte auch die CVP. Sie legte um 1.3 Prozentpunkte zu und behauptete sich damit als viertgrösste Partei im Kanton. Entgegen dem nationalen Trend konnte die SP im Aargau Stimmen hinzugewinnen. Der Zugewinn (+0.39 %-Pkt.) fiel indessen um einiges geringer aus als bei den letztmaligen Grossratswahlen 2016 (+3.72 %-Pkt.). Federn lassen mussten hingegen jene beiden Parteien, die vor vier Jahren noch zu den strahlenden Gewinnerinnen zählten: Die SVP musste einen heftigen Verlust von 6.5 Prozentpunkten hinnehmen, während die FDP rund 1.6 Prozentpunkte verlor. Schmerzhaft waren auch die Verluste der BDP: Ihr Wähleranteil halbierte sich beinahe (von 5.13 % zu 3.07 %). Die kleineren Parteien EDU und EVP konnten ihre Wählerstärke mehr oder weniger halten; die EVP legte leicht zu (+0.31 %-Pkt.), während die EDU minimal verlor (-0.13 %-Pkt.). Mit diesem Ergebnis rutschte die EDU hinter die Aargauer Seniorenliste Team65+ zurück, die kantonsweit einen Anteil von 1.38 Prozent erzielte.

Diese Verschiebungen in den Wähleranteilen wirkten sich auch auf die Zusammensetzung der aargauischen Nationalratsdelegation aus. Die SVP verlor eines ihrer sieben Mandate, während die FDP jenen Sitz aufgeben musste, den sie 2015 noch knapp erobert hatte. Die "Rückeroberung" die-

ses 2015 verlustig gegangenen Sitzes gelang der SP. Die Grünen und die glp hingegen blieben trotz massiven Stimmenzugewinnen bei jeweils einem Mandat. Diese Anzahl verdoppeln konnte die CVP: Ihr gelang es, einen weiteren Sitz zu erobern. Am stärksten von Listenverbindungen konnte indessen die EVP profitieren. Sie gewann ein Mandat, weil sie mit der BDP eine Listenverbindung eingegangen war.

Verglichen mit den nationalen Ergebnissen sind im Kanton Aargau vor allem zwei gegenläufige Trends zu erkennen: Erstens, die SP legte im Aargau leicht zu (+0.39 %-Pkt.), während sie national 2 Prozentpunkte verlor. Die CVP konnte, zweitens, im Aargau ihren Wähleranteil steigern (+1.3 %-Pkt.), während sie national leichte Verluste (-0.2) hinnehmen musste. Zudem fällt auf, dass die Grünen im Aargau zwar kräftig zulegen konnten (+4.3 %-Pkt.), aber nicht derart stark wie gesamtschweizerisch (+6.1 %-Pkt.). Schon am Wahlsonntag wurde diesbezüglich die These aufgestellt, dass die Verluste der SP und die Gewinne der Grünen in einem bestimmten Verhältnis zueinander stünden und die Zugewinne der Aargauer Grünen demnach etwas geringer ausfielen als anderswo, weil die SP ihre Parteistärke stabil halten konnte.

Was die Wahlbeteiligung anbelangt, so waren der Aargauer und der nationale Trend indessen praktisch deckungsgleich: National fiel die Wahlbeteiligung von 48.5 auf 45.1 Prozent, während sie im Kanton Aargau von 48.3 Prozent (2015) auf 44.7 Prozent fiel. Der Beteiligungsrückgang wirft Fragen auf – Fragen, die wir im folgenden Abschnitt zu beantworten versuchen: Wie kam beispielsweise die "grüne Welle" zustande, die viele politische Beobachter am Wahlsonntag auf eine Mobilisierung der Jugend zurückführten, wenn die Wahlbeteiligung insgesamt doch tiefer ausfiel als vor vier Jahren?

### 3 Die Beteiligung

#### 3.1 Die Beteiligung nach sozialen Merkmalen

Zwei Aspekte der eidgenössischen Wahlen 2019 wurden in den Medien prominent behandelt.<sup>1</sup> Zum einen die massiven Gewinne der beiden Umweltparteien Grüne und glp und zum anderen der Umstand, dass nie zuvor so viele Frauen in den Nationalrat gewählt wurden. Lag das daran, dass im Frauen- und Klimastreikjahr 2019 Junge im Generellen und junge Frauen im Speziellen an der Urne "auf dem Vormarsch" waren? Die empirischen Befunde – dazu gehören unsere Befragungsdaten ebenso wie die Stimmregisterdaten aus sechs verschiedenen Gebietskörperschaften (siehe [Anhang](#)) – sprechen (eher) dagegen. Zunächst: Die Aargauer Frauen beteiligten sich seltener als die Aargauer Männer (Differenz: rund 6.5 Prozentpunkte).<sup>2</sup> Dies gilt nicht nur für den Kanton Aargau. In allen Gebietskörperschaften (Kantone GE und NE, Städte Zürich, Luzern und St. Gallen), für die bis dato Stimmregisterdaten vorliegen, lag die Beteiligungsquote der Männer über jener der Frauen (vgl. Tabelle 4). Sind die Jungen<sup>3</sup> in Massen an die Urnen geströmt? Auch davon kann nicht die Rede sein: Junge Aargauer Wahlberechtigte nahmen seltener teil als ältere Aargauer Wahlberechtigte. Auch dieser Aargauer Befund deckt sich in aller Regel mit den Befunden aus den anderen Kantonen und Städten (siehe [Anhang](#)). Allerdings zeigen die Stimmregisterdaten aus diesen Gebietskörperschaften, dass junge Frauen von der *allgemeinen Demobilisierung in geringerem Ausmass* erfasst wurden als andere (männliche) Altersgruppen. Ob dies auch im Kanton Aargau so war, lässt sich anhand der vorliegenden Befragungsdaten nicht sagen. Denn die Aargauer Wahlstudie wurde *erstmalig* durchgeführt.<sup>4</sup> Aber wenn die Stimmregisterdaten aus vier der acht grössten Schweizer Städte auch für den Aargau repräsentativ sind, dann trug nicht die *Mobilisierung* junger Frauen zum historischen Wahlergebnis bei, sondern ihre *geringere Demobilisierung*.

Neben dem Alter und Geschlecht wurden weitere, in der Wahlforschung hinlänglich bekannte Treiber der Wahlbeteiligung in der Öffentlichkeit kaum diskutiert. Sie zeigten bei den vergangenen eidgenössischen Parlamentswahlen im Aargau jedoch durchaus Wirkung. Zu diesen Beteiligungstreibern zählte etwa das Bildungsniveau: Wahlberechtigte ohne Abschluss gingen kaum zur Urne (20 %), während Abgängerinnen und Abgänger einer Uni, der ETH oder Fachhochschulen den Wahl-

<sup>1</sup> Eine Bemerkung vorweg: Weil in unserer Stichprobe keine Auslandschweizerinnen und -schweizer enthalten sind, werden jeweils die Partizipationsquoten ohne jene Gruppe von Wahlberechtigten ausgewiesen. Die Beteiligung im Kanton Aargau betrug ohne Auslandschweizerinnen und -schweizer bei den Wahlen 2019 45.4 Prozent.

<sup>2</sup> Der Stichprobenfehler (auf 95 %-Konfidenzniveau) beträgt für beide Geschlechter etwa  $\pm 3$  Prozentpunkte (Tabelle 1). Mit anderen Worten: Mit 95-prozentiger Sicherheit lag die *Geschlechterdifferenz* zwischen 0 und 13 Prozentpunkten.

<sup>3</sup> Wenn hier von Jungen die Rede ist, so ist nicht ein einzelner Jahrgang gemeint (z. B. 18-Jährige), sondern eine Altersklasse (18–29-Jährige). Mit Stimmregisterdaten kann die Beteiligungsquote einzelner Jahrgänge ohne Unschärfe ermittelt werden, weil Stimmregisterdaten aus einer Vollerhebung stammen. Mit Befragungsdaten ist das kaum möglich, weil die Fallzahlen einzelner Jahrgänge unweigerlich tief sind. Je tiefer aber die Fallzahl, desto grösser der Stichprobenfehler. Mit anderen Worten: Wir können – im Gegensatz zu Auswertungen von Stimmregisterdaten – keine statistisch verlässlichen Aussagen über die Beteiligung *einzelner* Jahrgänge machen, weshalb nur die Partizipationsquoten von Altersklassen ausgewiesen wurden.

<sup>4</sup> Ob die Beteiligungsquote junger Frauen zwischen 2015 und 2019 im Kanton Aargau zunahm oder zumindest weniger stark zurückging als jene junger oder älterer Männer, lässt sich mit Querschnittsdaten alleine nicht beantworten. Mit Hilfe der Stimmregisterdaten kann diese Frage für die oben genannten Gebietskörperschaften sogar exakt beantwortet werden. Wir wissen allerdings nicht, ob diese Gebietskörperschaften auch repräsentativ für den Aargau sind. Was die Entwicklung der Wahlbeteiligung *im Generellen* anbelangt, so sind auf jeden Parallelen zwischen dem Kanton Aargau und den Stimmregister-Gebietskörperschaften zu erkennen.



Tabelle 1: Beteiligung nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen (gewichtet)

| <b>Merkmale</b>                            | <b>Beteiligung in %</b> | <b>n</b> | <b>Cramér's V<br/>Stichprobenfehler</b> |
|--|-------------------------|----------|---|
| <b>Total</b>                               | 45                      | 2204     |   |
| <b>Geschlecht</b>                          |                         |          | V = .07*                                |
| Mann                                       | 48                      | 1107     | ±2.9                                    |
| Frau                                       | 41                      | 1089     | ±2.9                                    |
| <b>Altersklasse</b>                        |                         |          | V = .18***                              |
| 18–29 Jahre                                | 32                      | 310      | ±5.2                                    |
| 30–39 Jahre                                | 37                      | 259      | ±5.9                                    |
| 40–49 Jahre                                | 38                      | 334      | ±5.2                                    |
| 50–59 Jahre                                | 46                      | 459      | ±4.6                                    |
| 60–69 Jahre                                | 52                      | 397      | ±4.9                                    |
| über 70 Jahre                              | 58                      | 445      | ±4.6                                    |
| <b>Höchster formaler Schulabschluss</b>    |                         |          | V = .27***                              |
| kein/ oblig. Schulabschluss                | 20                      | 119      | ±7.2                                    |
| Berufslehre/ Handelsdiplom                 | 38                      | 813      | ±3.3                                    |
| Maturität, Fachschule                      | 49                      | 607      | ±4.0                                    |
| Uni, ETH, Fachhochschule                   | 67                      | 601      | ±3.8                                    |
| <b>Zivilstand</b>                          |                         |          | V = .14***                              |
| ledig                                      | 36                      | 505      | ±4.2                                    |
| verheiratet/eing. Partnerschaft            | 51                      | 1333     | ±2.7                                    |
| verwitwet                                  | 40                      | 84       | ±10.7                                   |
| geschieden/ aufgel. Partnerschaft          | 41                      | 221      | ±6.4                                    |
| <b>Haushaltseinkommen</b>                  |                         |          | V = .16***                              |
| 0–3'000 CHF                                | 26                      | 86       | ±9.3                                    |
| 3'001–6'000 CHF                            | 45                      | 413      | ±4.8                                    |
| 6'001–9'000 CHF                            | 47                      | 540      | ±4.2                                    |
| 9'001–12'000 CHF                           | 49                      | 377      | ±5.0                                    |
| 12'001–15'000 CHF                          | 48                      | 221      | ±6.6                                    |
| über 15'000 CHF                            | 66                      | 210      | ±6.4                                    |
| <b>Berufliche Stellung (nur Erwerbst.)</b> |                         |          | V = .13**                               |
| Angestellte ohne Kaderfunktion             | 37                      | 580      | ±3.9                                    |
| Angestellte mit Kaderfunktion              | 44                      | 357      | ±5.1                                    |
| Angestellte mit Direktionsfunktion         | 65                      | 62       | ±11.9                                   |
| <b>Wohnsituation</b>                       |                         |          | V = .22***                              |
| Miete oder Pacht                           | 32                      | 668      | ±3.5                                    |
| Eigentum                                   | 55                      | 1363     | ±2.6                                    |
| Anderes                                    | 47                      | 78       | ±11.1                                   |

In dieser und den nachfolgenden Tabellen ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe angegeben, für die das Konfidenzintervall (Konfidenzniveau = 95 %) ermittelt wurde. Um die Signifikanz eines Zusammenhangs zwischen zwei Variablen zu überprüfen, wurde jeweils Pearsons Chi-Quadrat-Test verwendet. \*\*\* steht dabei für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Promille ( $Pr < .001$ ), \*\* für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Prozent ( $Pr < .01$ ) und \* für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als fünf Prozent ( $Pr < .05$ ). Um die Stärke des Zusammenhangs auszuweisen, wurde das Chi-Quadrat-basierte Assoziationsmass Cramér's V ausgewiesen (auf der Basis der gewichteten Werte). Cramér's V kann dabei Werte zwischen 0 (kein Zusammenhang) und 1 (perfekter Zusammenhang) annehmen.

ausgang dank ihrer hohen Partizipationsquote (67 %) massgeblich beeinflussen konnten. Weiter gehören zu den Bestimmungsgründen der Wahlteilnahme der Zivilstand (wer in Partnerschaft lebt, hat eine höhere Wahrscheinlichkeit teilzunehmen), das Haushaltseinkommen (bis 3'000 CHF: 26 %; über 15'000 CHF: 66 %), die berufliche Stellung (ohne Kaderfunktion: 37 %; mit Direktionsfunktion: 65 %), die Hauseigentumsverhältnisse sowie die Branche, in welcher man tätig ist: Wer beispielsweise im Erziehungswesen tätig ist, nahm viel eher teil (74 %, n=153) als etwa Wahlberechtigte aus der Baubranche (35 %, n=124). Bei all diesen Bestimmungsgründen ist allerdings zu bedenken, dass sie oftmals ineinander verwoben sind: Hohe Bildung geht häufig einher mit einem höheren Einkommen und einer höheren beruflichen Stellung, etc..

### 3.2 Die Beteiligung nach politischen Merkmalen

War der historische Wahlsieg der Grünen und der glp verbunden mit den starken Verlusten der SVP eine Folge ungleicher Mobilisierung? Haben die Grünen ihr Potenzial phänomenal ausgeschöpft, während etwa die SVP darunter litt, dass ihre Sympathisanten der Urne öfter ferngeblieben sind als vor vier Jahren? Zur Beantwortung dieser Fragen haben wir die Beteiligungsquoten unter den Parteianhängerschaften einerseits und den Wählerschaften von 2015 andererseits ermittelt. Als Anhängerschaften definierten wir jene Wahlberechtigte, die sich mit einer bestimmten Partei identifizieren können oder sich ihr verbunden fühlen (Synonyme: Parteisympathisantinnen und -sympathisanten).<sup>5</sup> Der Mobilisierungsgrad der eigenen Anhängerschaft gibt an, wie gut es der entsprechenden Partei gelungen ist, ihre Anhängerschaft an die Urnen zu treiben.

Die Auswertung der gemeinsamen Verteilung beider Variablen (Tabelle 2) bestätigt gewisse Vermutungen, enthält aber auch Überraschungen: Die SVP hatte heuer Mühe, ihre Anhängerschaft an die Urne zu treiben. In unserer Stichprobe ging weniger als die Hälfte der SVP-Gefolgschaft zur Urne. SP und glp hingegen konnten rund zwei Drittel ihrer Gefolgschaften zur Stimmabgabe bewegen. Tatsächlich war die glp eine der grossen Gewinnerinnen, während die SP Aargau dem nationalen Trend trotzte und leicht zulegen konnte. Auch die FDP-Anhängerschaft nahm rege teil (61 %), aber ohne dass dies direkt in einen Wahlerfolg gemündet hätte. Eine unspektakuläre Mobilisierungsquote weist indessen ausgerechnet die Anhängerschaft der Grünen auf. Sie blieb zu fast 50 Prozent der Urne fern – und trotzdem legten die Grünen spektakulär zu. Mit anderen Worten: Längst nicht alle Grünen-Sympathisantinnen gingen zur Urne und trotzdem reichte es für eine "grüne Welle". Das klingt verblüffend, aber liegt daran, dass rund die Hälfte der 2019 abstinenten Partei-Sympathisantinnen – nicht nur jene der Grünen – *bereits 2015 nicht* teilnahm. Mit anderen Worten: Alle Parteien haben Anhängerinnen und Anhänger, deren Bindung zur Partei als eher lose zu bezeichnen ist<sup>6</sup> und die offensichtlich einen sehr starken Impuls benötigen, um an einer Wahl

<sup>5</sup> Parteianhänger oder -sympathisanten sind nicht deckungsgleich mit Parteiwählern. Natürlich stimmen Sympathisanten oftmals für ihre bevorzugte Partei, aber das ist nicht immer der Fall. Ausserdem beteiligen sich längst nicht alle Parteisympathisanten an den Wahlen.

<sup>6</sup> Bezeichnend ist, dass sich beispielsweise etwa 80 Prozent jener Grünen-Sympathisierenden, die weder 2015 noch 2019 an den Wahlen teilnahmen, als politisch überhaupt *nicht* interessiert oder eher *uninteressiert* bezeichnen. Als Vergleich dazu: Grünen-Sympathisierende, die an *beiden Wahlen teilnahmen*, bezeichnen sich selbst zu 96 Prozent als eher oder gar sehr interessiert an Politik. Kurz: Dieses Potenzial, welches die Parteidentifikation anzeigt, ist oftmals ein tief "schlummerndes" Potenzial, das offenbar nur in Ausnahmefällen ausgeschöpft werden kann.

Tabelle 2: Beteiligung nach ausgewählten politischen Merkmalen (gewichtet)

| <b>Merkmale</b>                               | <b>Beteiligung in %</b> | <b>n</b> | <b>Cramér's V<br/>Stichprobenfehler</b> |
|---|-------------------------|----------|---|
| <b>Total</b>                                  | 45                      | 2204     |   |
| <b>politisches Interesse</b>                  |                         |          | V = .55***                              |
| überhaupt nicht interessiert                  | 4                       | 73       | ±4.5                                    |
| eher nicht interessiert                       | 13                      | 324      | ±3.7                                    |
| eher interessiert                             | 55                      | 1127     | ±2.9                                    |
| sehr interessiert                             | 83                      | 661      | ±2.9                                    |
| <b>Parteiidentifikation</b>                   |                         |          | V = .33***                              |
| SVP   | 43                      | 481      | ±4.4                                    |
| SP  | 65                      | 366      | ±4.9                                    |
| FDP   | 61                      | 281      | ±5.7                                    |
| CVP   | 53                      | 164      | ±7.6                                    |
| Grüne   | 51                      | 204      | ±6.9                                    |
| glp   | 69                      | 193      | ±6.5                                    |
| EVP   | 65                      | 70       | ±11.2                                   |
| BDP   | 62                      | 39       | ±15.2                                   |
| keine   | 21                      | 260      | ±5.0                                    |
| <b>Teilnehmende 2015: Parteiwahl</b>          |                         |          | V = n.s.                                |
| SVP   | 72                      | 427      | ±4.3                                    |
| SP  | 85                      | 371      | ±3.6                                    |
| FDP   | 78                      | 248      | ±5.2                                    |
| CVP   | 92                      | 139      | ±4.5                                    |
| Grüne   | 67                      | 82       | ±10.2                                   |
| glp   | 72                      | 87       | ±9.4                                    |
| EVP   | 88                      | 43       | ±9.7                                    |
| BDP   | 82                      | 40       | ±11.9                                   |
| <b>Links-rechts-Selbsteinschätzung (0-10)</b> |                         |          | V = .22***                              |
| linksaussen (0-2)                             | 65                      | 267      | ±5.7                                    |
| links (3,4)                                   | 63                      | 512      | ±4.2                                    |
| Mitte (5)                                     | 36                      | 509      | ±4.2                                    |
| rechts (6,7)                                  | 53                      | 471      | ±4.5                                    |
| rechts (8-10)                                 | 51                      | 284      | ±5.8                                    |
| <b>Drängendstes Problem</b>                   |                         |          | V = .18***                              |
| AHV/Altersvorsorge                            | 42                      | 525      | ±4.2                                    |
| Gesundheitswesen/Krankenkassenprämien         | 43                      | 274      | ±5.9                                    |
| Ausländer/Flüchtlinge                         | 38                      | 223      | ±6.4                                    |
| Umwelt-/Klimaschutz                           | 55                      | 427      | ±4.7                                    |
| EU/Bilaterale                                 | 70                      | 232      | ±5.9                                    |
| Rest  | 45                      | 422      | ±4.7                                    |
| <b>Regierungsvertrauen (0-10)</b>             |                         |          | V = .28**                               |
| sehr tief (0-2)                               | 16                      | 77       | ±8.2                                    |
| eher tief (3,4)                               | 39                      | 185      | ±7.0                                    |
| mittel (5)                                    | 38                      | 319      | ±5.3                                    |
| eher hoch (6,7)                               | 57                      | 721      | ±3.6                                    |
| sehr hoch (8-10)                              | 64                      | 629      | ±3.8                                    |
| <b>Verbundenheit mit Kanton (0-4)</b>         |                         |          | V = .15***                              |
| gar nicht verbunden (0)                       | 20                      | 50       | ±11.1                                   |
| 2   | 38                      | 158      | ±7.6                                    |
| 3   | 39                      | 448      | ±4.5                                    |
| 4   | 47                      | 838      | ±3.4                                    |
| sehr stark verbunden (4)                      | 52                      | 683      | ±3.7                                    |

teilzunehmen. Erstaunlich ist indessen, dass selbst der in den Medien omnipräsente Klimawandel nicht bei allen Grünen-Sympathisierenden ein hinreichend starker Anreiz war, teilzunehmen.

Dieses Bild bestätigt sich zudem, wenn die Teilnahmequoten jener in Betracht gezogen werden, die vor vier Jahren *bereits teilgenommen* haben (n=1'452).<sup>7</sup> Zunächst fällt auf, dass die CVP ihre Wählerschaft vor vier Jahren zu über 90 Prozent an die Urne brachte. Wie weiter oben gesehen, hatte auch die CVP gewisse Mühen, ihre Anhängerschaft (d. h. solche, die grundsätzlich mit ihr sympathisieren) zu mobilisieren. Aber fast alle CVP-Sympathisierenden, *die vor vier Jahren partizipierten*, nahmen auch heuer teil.<sup>8</sup> Die CVP Aargau war demnach vom schweizweiten Demobilisierungstrend kaum betroffen und konnte nicht zuletzt deswegen ihren Wähleranteil im Aargau ausbauen. Wer vor vier Jahren SP wählte, nahm ebenfalls mit hoher Wahrscheinlichkeit (85 %) teil. Die SP mobilisierte demnach sehr gut. Aber: Eine nicht unbeträchtliche Zahl von ihnen wählte 2019 die Grünen (mehr dazu im Abschnitt [Wählerwanderungen](#)). Die Grünen selbst hatten offenbar mehr Mühe, ihre vergangene Wählerschaft zu mobilisieren (67 %). Die SVP wiederum konnte jene Wählenden, denen sie 2015 ihren grössten Wahlerfolg im Aargau verdankte, nur bedingt zur Stimmabgabe motivieren. Nur etwa drei Viertel (72 %) der SVP-Wählenden vor vier Jahren nahmen heuer teil. Kurz: Das "grüne Wahl-Wunder" im Aargau wurde von der SP mitgeschaffen. Sie mobilisierte ihre Wählerschaft von 2015 ausgezeichnet, doch ein nicht unbeträchtlicher Teil von ihnen legte 2019 grün ein.<sup>9</sup>

Wie haben sich die übergeordneten ideologischen Blöcke beteiligt? Das linke Lager hat sich signifikant stärker beteiligt als das rechte Lager. Linksaussen betrug die Beteiligungsrate 65 und im gemässigt-linken Lager 63 Prozent. Rechtsaussen partizipierte nur knapp die Hälfte (51 %) der Wahlberechtigten und auch im gemässigt-rechten Lager war die Partizipationsquote nicht signifikant höher (53 %). Am tiefsten war die Beteiligung im Mitte-Lager (36 %). Allerdings ist dabei zu bedenken, dass sich nicht wenige Wahlberechtigte aus psychologischen Gründen genau in der Mitte des politischen Spektrums verorten, ohne die Programme der Mitte-Parteien zu unterstützen oder überhaupt zu kennen (sog. "nominelle Zentristen"). Nichtsdestotrotz lässt sich aus diesen Zahlen ablesen, dass dem linken Lager die Mobilisierung der eigenen Gefolgschaft im Schnitt besser gelungen ist als dem rechten Lager, was sich sodann auch in den Wahlresultaten niederschlug.

Aufschlussreich ist zudem auch eine Aufschlüsselung der Beteiligung nach drängendstem Pro-

<sup>7</sup> Berücksichtigt wurden nur jene, die auch an beiden Wahlen im Aargau wahlberechtigt waren und sich an ihr Wahlverhalten erinnern (vgl. Abschnitt zu den Wechselwählenden).

<sup>8</sup> Dass sich Wahlberechtigte, die bei den letzten Wahlen noch teilgenommen haben, nicht mehr beteiligen, muss natürlich nicht nur an einer fehlenden Teilnahmebereitschaft liegen. Einige Wahlberechtigte sind in der Zwischenzeit verstorben, andere ins Ausland weggezogen, etc..

<sup>9</sup> Grün einzulegen heisst noch nicht, dass sich diese vormaligen SP-Wählenden von ihrer Partei abwendeten. Praktisch alle (97 %) haben – wie möglicherweise schon 2015 – zwischen rot und grün panaschiert. Aber 2019 offenbar in einem anderen Verhältnis (mehr grün als rot) als 2015 (mehr rot als grün). Wir können zum exakten Mischverhältnis nichts sagen, wir wissen bloss, dass diese Wählenden 2019 gemäss eigenen Angaben mehrheitlich grün wählten, aber auch noch SP-Kandidierende panaschierten. 2015 war dies den Angaben dieser Befragten gemäss noch anders: Die Partei, von der sie damals die meisten Kandidierenden wählten, war die SP.

blem.<sup>10</sup> Diese Aufschlüsselung zeigt uns bis zu einem gewissen Grad,<sup>11</sup> welche Wahlkampfthemen heuer mobilisierten: Ganz oben steht dabei die Europäische Union bzw. das Rahmenabkommen. Rund sieben von zehn Wahlberechtigten, welche dieses Thema als das drängendste Problem bezeichneten, nahmen teil. Nun ist bei der Interpretation eine gewisse Vorsicht geboten. Dieser hohe Wert kommt möglicherweise daher, dass die glp-Sympathisierenden und die hoch Gebildeten in grosser Zahl teilnahmen – und für sie war das Rahmenabkommen von hoher Bedeutung. Aber das Thema EU/Rahmenabkommen stand keineswegs *nur* bei diesen beiden Merkmalsgruppen weit oben in der Sorgenagenda. Auch andere Wählerschaften sahen in der EU/Rahmenabkommens-Frage eines der wichtigsten Themen unserer Zeit. Und offensichtlich mobilisierte dieses Thema. Überdurchschnittlich hoch war die Beteiligung zudem auch unter jenen, die die Gleichstellung (57 %) oder den Klimawandel (55 %) als wichtigstes Problem bezeichneten. Unterdurchschnittlich (38 %) war hingegen die Beteiligung jener, die Flüchtlinge/Asyl als das Problem identifizierten, welches dringend einer Lösung bedürfe. Uns liegen zwar keine Aargauischen Daten aus dem Wahljahr 2015 vor, aber die nationalen Werte zum drängendsten Problem – im Wahljahr 2015 war die Flüchtlingskrise das meistgenannte Problem<sup>12</sup> – machen deutlich, dass der Erfolg der Grünen und glp sowie die Verluste der SVP (wie erwartet) auch mit der Themenkonjunktur zu tun hatten: Umwelt- und Klimaschutz sowie Gleichstellung waren “in”, Asyl und Flüchtlinge “out”.

Sodann hängt die Wahlbeteiligung selbstverständlich auch vom politischen Interesse ab. Wer grosses Interesse an der Politik bekundet, nahm fast schon garantiert (83 %) teil, während fast alle (96 %) gänzlich Uninteressierten der Urne fernblieben. Man muss den Effekt des politischen Interesses indessen einordnen: Das politische Interesse ist keine angeborene Eigenschaft, sondern das Resultat eines Sozialisierungs- und Politisierungsprozesses, der unter den Bedingungen jener Variablen erfolgt, die weiter oben beschrieben worden sind, also: Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen, Parteibindung, etc.. Insofern ist es auch nicht weiter überraschend, dass das politische Interesse derart stark mit der Beteiligung korreliert. Die beiden Grössen – politisches Interesse und politische Beteiligung – liegen psychologisch gesprochen derart nahe beieinander, dass sich zwangsläufig ein starker Zusammenhang ergeben muss. Neben dem generellen Interesse an Politik war die Wahlbeteiligung auch von der Stärke der Identifikation mit dem Kanton abhängig. Bereits ab einer mittleren Identifikationsstärke mit dem Kanton Aargau lag die Stimmbeteiligung mit 39 Prozent schon unter dem Durchschnitt. In der höchsten Kategorie dieser Fünfer-Skala, also bei denjenigen, die sich als sehr stark mit dem Kanton Aargau verbunden bezeichnen, betrug die Wahlbeteiligung 52 Prozent.

<sup>10</sup> Den Befragten wurde folgende Frage vorgelegt: Welches ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste politische Problem, mit dem die Schweiz konfrontiert ist? Dabei konnten die Respondenten aus einer Liste möglicher Problemfelder eines auswählen oder selbst angeben (offenes Eingabefenster).

<sup>11</sup> Bei der Interpretation ist Vorsicht geboten: Die Nennung des drängendsten Problems ist mit der Parteipräferenz ziemlich eng verknüpft. Wie so oft in den Sozialwissenschaften, ist nicht ganz klar, in welche Richtung die Kausalität hier verläuft: Wählt man eine Partei, weil man sich um ein bestimmtes Thema sorgt oder rückt eine bestimmte Sorge in den Fokus, weil die bevorzugte Partei jenes Thema bewirtschaftet? Aufgrund der vorliegenden Querschnittdaten kann die chronologische Reihenfolge nicht nachgewiesen werden.

<sup>12</sup> Bei den Wahlen 2015 standen die Themen Migration/Asyl/Flüchtlinge mit gehörigem Abstand (44 %, über 30 Prozentpunkte vor dem am zweithäufigsten genannten Problem) an erster Stelle (Lutz, Georg (2016). Eidgenössische Wahlen. Wahlteilnahme und Wahlentscheid. Selects – FORS, Lausanne: Seite 26).

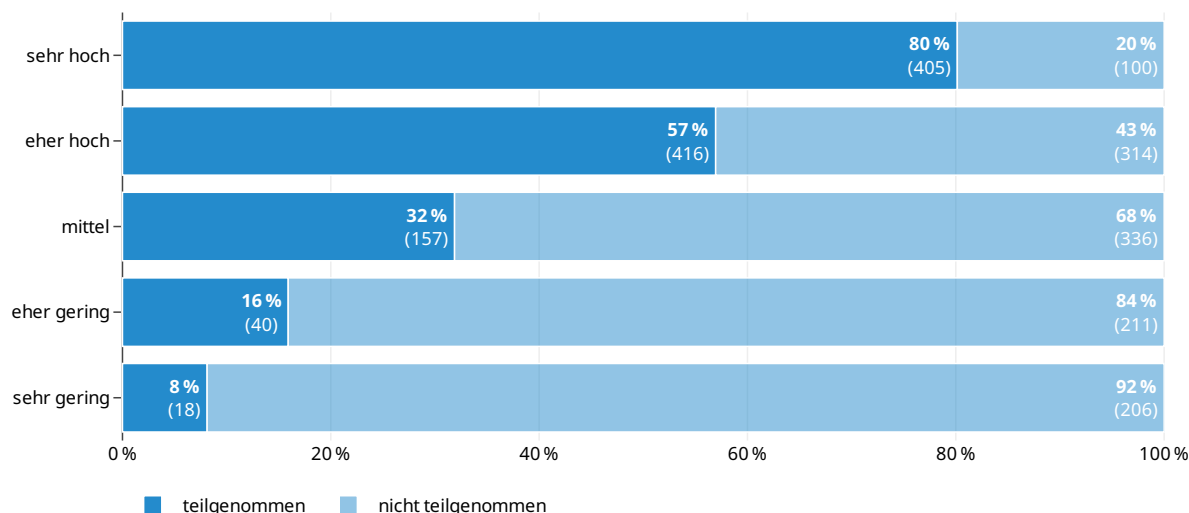


Abbildung 1: Teilnahme nach politischen Kenntnissen

Die Beteiligung hängt ausserdem auch von den Ressourcen ab, die einem zur Verfügung stehen. Zu diesen – kognitiven – Ressourcen gehört auch das politische Wissen bzw. die politische Kompetenz. Wie im nachfolgenden Abschnitt gezeigt werden soll, blieben viele Wahlberechtigte der Urne fern, weil sie schlicht überfordert waren. Um die Stärke dieses Zusammenhangs zu überprüfen, haben wir in der Befragung je drei Wissensfragen zur nationalen und kantonalen Politik gestellt.<sup>13</sup> Basierend auf dem Antwortverhalten zu diesen Fragen haben wir ein IRT-Modell<sup>14</sup> geschätzt, um den Wissensstand der einzelnen Befragten zu ermitteln. Tatsächlich ist die Beteiligungsquote jener mit dem geringsten Wissensstand extrem tief (8 %), steigt aber kontinuierlich an bis auf 80 % bei den sehr gut Informierten. Erfreulich ist aus staatspolitischer Sicht indessen der Umstand, dass eine grosse Mehrheit der Wahlberechtigten gut über nationale und ziemlich gut über kantonale Politik Bescheid weiss. Die Unterschiede zwischen den Parteien sind ausserdem

<sup>13</sup> Wir haben insgesamt [sechs Multiple-Choice-Wissensfragen](#) mit unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad gestellt:

1. Wer beschliesst in der Schweiz auf Bundesebene neue Gesetze?
2. Wie werden die Mitglieder des Nationalrats ermittelt? Massgebend ist...
3. Gegen welche Beschlüsse kann das Referendum ergriffen werden?
4. Wie werden die Mitglieder der aargauischen Regierung bestimmt?
5. Welches ist die Rolle des Landammanns/der Frau Landammann im Kanton?
6. Was soll der Ressourcenausgleich zwischen Gemeinden im Kanton Aargau sicherstellen?

Im Sinne eines Mini-Staatskunde-Tests dienen uns diese Fragen als Annäherung dafür, wie gut jemand über das politische System der Schweiz bzw. des Kantons Aargau informiert ist. Sie wurden dem [Einbürgerungstest des Kantons Aargau](#) entnommen.

<sup>14</sup> Die Item Response Theory (IRT) stammt ursprünglich aus der Psychologie, lässt sich aber auch sinnvoll in der Politikwissenschaft anwenden. Der grundlegende Vorteil dieses und vergleichbarer Verfahren liegt darin, die Befragten auf **werturteilsfreie** Weise auf einer – in vorliegendem Falle eindimensionalen – Skala einordnen zu können. Konkret kam zur Eruierung des politischen Kenntnisstandes ein 3-Parameter logistisches Modell, auch als *Birnbaum-Modell* bekannt, zum Einsatz, welches auf dichotome Variablen (Wissensfrage richtig bzw. falsch beantwortet) zugeschnitten ist.

Der errechnete Wert für den politischen Kenntnisstand eines Befragten hängt damit von 3 Faktoren ab:

1. Der "Schwierigkeit" der Frage, d. h. wo die Frage auf der "politischen Kenntnis"-Dimension zu liegen kommt.
2. Dem Wert der Person selbst auf der "politischen Kenntnis"-Dimension, also wie fähig die Person ist, die Fragen korrekt zu lösen.
3. Und schliesslich der Itemtrennschärfe, also davon, wie gut die Frage zur Diskriminierung der Personen auf der latenten "politischen Kenntnis"-Dimension überhaupt geeignet ist.

nicht sonderlich gross. Grössere Differenzen gibt es vor allem zwischen den Altersgruppen: Ältere Wahlberechtigte sind besser informiert als die jüngeren. Sofort ins Auge sticht hingegen, dass nur 6 % der 18-29-Jährigen *sehr geringe* politische Kenntnisse aufweisen, während die Werte der restlichen Kenntnis-Kategorien dem Alterstrend folgen. Eine genaue Erklärung dafür konnten wir bislang nicht finden<sup>15</sup>.

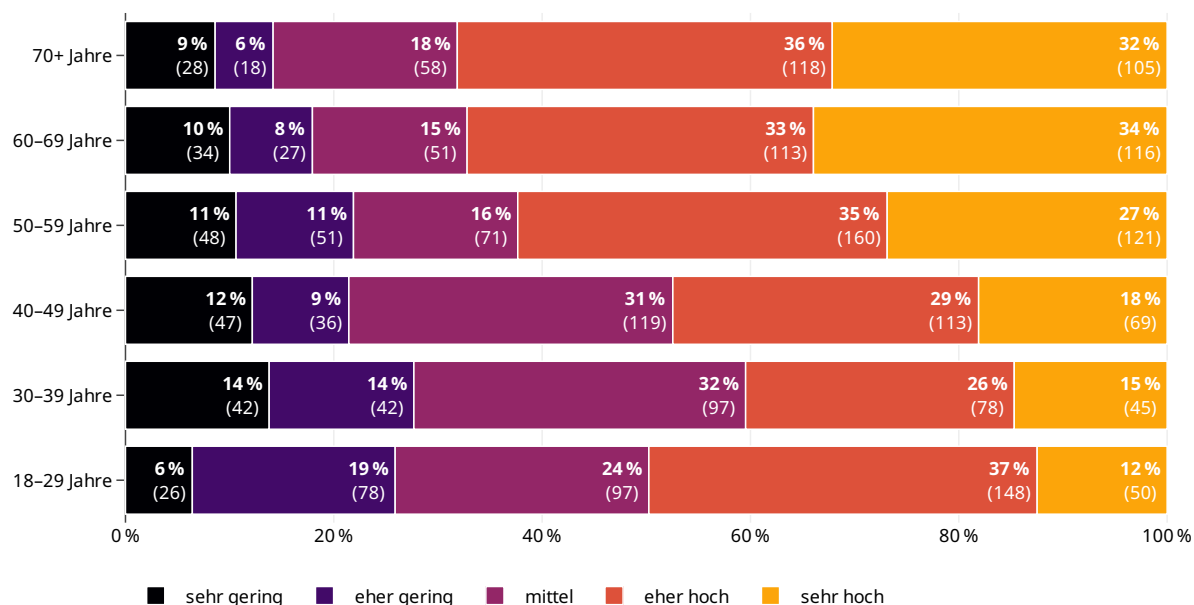


Abbildung 2: Politische Kenntnisse nach Alterskategorie

Zuletzt war auch das Vertrauen in die politischen Organe – Regierungsrat und Grosser Rat – von Bedeutung für die Wahl. Zwar hegt beispielsweise eine grosse Mehrheit grosses oder gar grösstes Vertrauen in die kantonale Regierung. Aber jene, die ihr misstrauen, sahen zu 84 Prozent von einer Wahlteilnahme ab.

<sup>15</sup> Die 18-29-Jährigen sind zwar die einzige *digital native*-Alterskategorie – weshalb es ja sein könnte, dass sie die korrekten Antworten auf die Wissensfragen deutlich häufiger googelten als ihre älteren Mitbürgerinnen. Wenn dem so wäre, müssten sie allerdings auch insgesamt besser abschneiden – also etwa einen deutlich höheren Anteil *sehr hoher* Kenntnisse aufweisen – was nicht der Fall ist.

### 3.3 Gründe für die Nicht-Teilnahme

Wie so oft bildeten nicht etwa die Wählenden die Mehrheit, sondern vielmehr die Nichtwählenden. Sie waren auch 2019 die "stärkste Partei". Warum blieben sie den Urnen fern? Eine relative Mehrheit (47 %) <sup>16</sup> der Nicht-Teilnehmenden war eigenen Aussagen gemäss überfordert: Die Wahlen seien zu kompliziert, sagten sie. Interessanterweise gaben vor allem ältere Abstinente – und unter ihnen vor allem Frauen (91 %) – diesen Grund an und nicht etwa die – was die Wahl- und Abstimmungserfahrungen anbelangt – noch zwangsläufig ungeübten Jungen. Dabei ist aber gleichzeitig zu bedenken, dass sich ältere Wahlberechtigte viel öfter beteiligten als Junge. Aber unter jenen Seniorinnen und Senioren, die nicht teilnahmen, sahen sich (mindestens) <sup>17</sup> 68 Prozent vom Entscheidungstoff überfordert.

46 Prozent der Nicht-Teilnehmenden sagten frei heraus, dass sie sich nicht für Politik interessieren. Dieser Anteil ist unter den jungen Abstinenten (18–29-Jährige) zwar nicht überdurchschnittlich hoch (43 %), aber wenn man gleichzeitig den Anteil Nicht-Teilnehmenden unter den Jungen miteinbezieht, so ergibt das im Endeffekt einen Anteil von rund 29 Prozent *aller* jungen Wahlberechtigten, die den Urnen aus fehlendem Interesse an der Politik fernblieben. Als Vergleich: Dieser Anteil betrug bei den über 70-Jährigen 20 Prozent. Die "Generation Instagram" – zumindest jener Teil, der bereits wahlberechtigt ist – ist als Gruppe oder Kohorte noch (nicht) übermässig politisiert.

37 Prozent der Abstinenten setzten sich offenbar mit den Wahlen auseinander (in welchem Ausmass ist unklar), konnten jedoch keine Partei oder Kandidatin/Kandidaten identifizieren, die/der sie restlos überzeugt hätte. Tatsächlich gab fast die Hälfte (44 %) dieser Gruppe von Abstinenten an, sie seien im Prinzip sehr oder eher politisch interessiert. Nichtsdestotrotz gab es ihrer Ansicht nach keine Partei, der sie die Stimme ohne Restzweifel geben konnten. Und in der Tat hat eine relative Mehrheit (37 %) von ihnen auch keine "politische Heimat" im Sinne einer festen Parteibindung. Daneben sind unter ihnen auch überdurchschnittlich viele SVP- und FDP-Sympathisierende. Aufschlussreich ist schliesslich der Umstand, dass Wahlberechtigte, die von keinem Parteiprogramm angetan waren, besonders häufig die AHV (31 %) oder die Arbeitslosigkeit (6 %) als drängendstes Problem angaben. Aber offenbar waren diese Wahlabsinenten der Ansicht, dass diese Probleme von keiner Partei richtig angegangen würden. Man vergleiche das mit jenen Wahlberechtigten, die den Klimawandel oder die Umwelt als drängendstes Problem betrachteten. Nur wenige von ihnen (8 %) blieben der Urne fern, weil kein Parteiprogramm sie überzeugen konnte. Kurz, die SVP und FDP "verspielten" bei den Themen Altersvorsorge und Arbeitslosigkeit die Chance, besser abzuschneiden, denn vergleichsweise viele von ihnen sympathisieren mit der SVP oder FDP. Weitere 38 Prozent der Abstinenten konnten sich nach eigenen Angaben nicht entschliessen, welche Partei (oder Kandidatur) sie wählen sollten.

<sup>16</sup> Dieser sowie die nachfolgenden Werte beziehen sich auf Nicht-Teilnehmende, die auch eine Antwort auf die verschiedenen Abstinenzgründe gaben. Das heisst: Befragte, die sich zu den Items nicht äusserten, wurden bei dieser Analyse nicht berücksichtigt. Weiter wird bei der vorliegenden Auswertung nicht zwischen den einzelnen Wahlen (Nationalratswahlen, Ständeratswahlen, Regierungsratsersatzwahlen) unterschieden. Wer an mindestens einer der drei Wahlen teilnahm, dem wurden die Abstinenzgründe nicht vorgelegt.

<sup>17</sup> Diese 68 Prozent sind ein Minimalwert. Denn 14 Prozent der über 70-Jährigen wussten nicht so recht, ob dieser Abstinenzgrund auf sie zutrifft oder nicht.



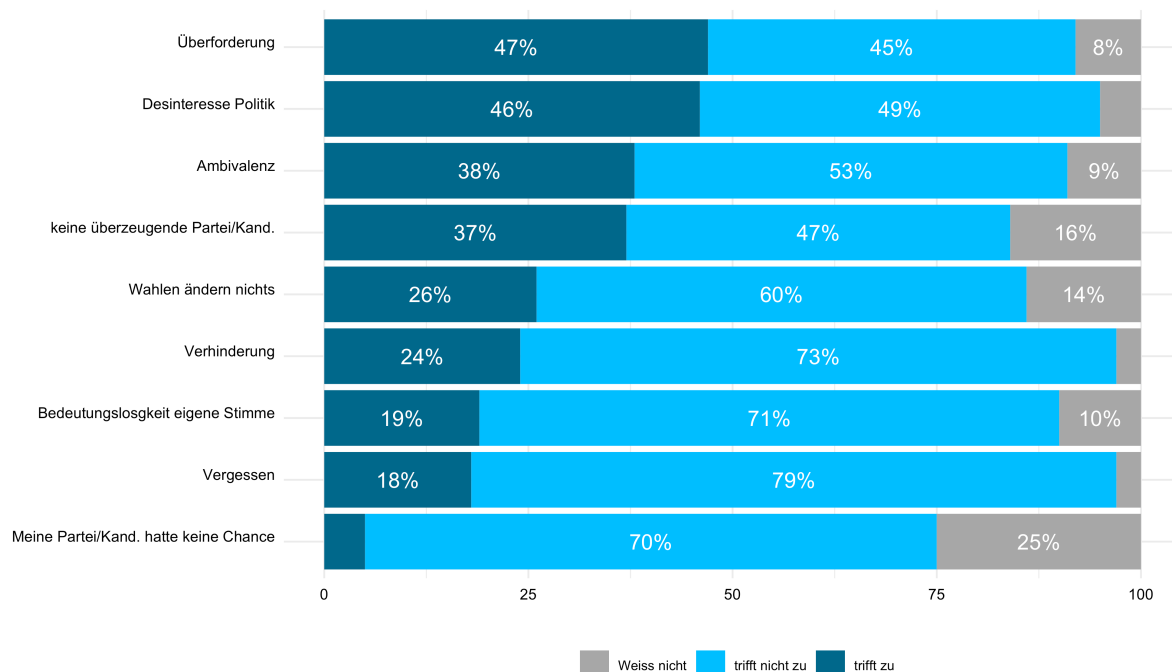


Abbildung 3: Gründe für das Fernbleiben von der Urne (n=422; Befragte, die keine Antwort gaben, wurden nicht berücksichtigt)

Rund ein Viertel der Abstinenten (26 %) war zudem der Ansicht, dass Wahlen ohnehin nichts ändern können und es deshalb sinnlos sei zu wählen. Tatsächlich ist deren Vertrauen in die Schweizer Demokratie um einiges geringer als jenes aller Wahlberechtigten. Erstaunlich ist indessen, dass es gleichwohl Wahlberechtigte gibt, die prinzipiell grosses Vertrauen in das politische System der Schweiz haben, sich aber von den *Wahlen im Speziellen* wenig versprechen. Vielleicht gründet ihr Systemvertrauen weniger auf der repräsentativen, dafür stärker auf der direktdemokratischen Komponente des politischen Systems.

Verhinderung und Vergesslichkeit sind bei Abstimmungen jeweils die am häufigsten genannten Gründe für das Fernbleiben von der Urne.<sup>18</sup> Nicht so bei Wahlen im Kanton Aargau: Nur rund ein Viertel (24 %, Verhinderung) bzw. 18 Prozent ("Vergessen, dass Wahlen stattfanden") gaben diese beiden Gründe an. In der Tat ist ohnehin zu vermuten, dass diese Gründe oft zu reinen Rechtfertigungszwecken angeführt werden und möglicherweise nicht (ganz) der Wahrheit entsprechen ("soziale Erwünschtheit"). Der Umstand, dass sie bei Wahlen deutlich seltener genannt werden als bei Abstimmungen, deutet darauf hin, dass die soziale Wahlnorm ("Abstimmen und Wählen als erste Bürgerpflicht") bei Abstimmungen stärker wirkt als bei Wahlen.

Ein streng rationaler Grund der Urne fernzubleiben, ist das Argument, wonach die eigene Stimme sowieso nicht den Ausschlag gebe. Nüchtern betrachtet trifft dieses Argument meistens zu:

<sup>18</sup> Bei den ersten beiden FOKUS Aargau-Nachbefragungen zu *kantonalen Sachvorlagen* gaben im Schnitt 41 (Vergessen) bzw. 33 Prozent (Verhinderung) diese beiden Gründe an. Auch bei den nationalen VOTO-Nachbefragungen, die im Nachgang zu eidgenössischen Sachabstimmungen durchgeführt werden, sind diese Anteile markant höher als bei der vorliegenden Wahlnachbefragung.

Kaum eine Wahl wurde wegen einer Stimme Unterschied gewonnen (oder verloren). Insofern ist es gar erstaunlich, dass bloss 19 Prozent diesen Abstinenzgrund angaben. Noch seltener (5 %) wurde angeführt, dass die eigene Partei bzw. die bevorzugte Kandidatur ohnehin keine Chance gehabt hätte. In der Tat macht das bei Proporzahlen wenig Sinn, denn jede zusätzliche Stimme erhöht den Stimmenanteil dieser Partei, wenn auch nur höchst geringfügig.<sup>19</sup>

---

<sup>19</sup> Anders sieht es bei Majorzwahlen aus, insbesondere, wenn nur das relative Mehr ausschlaggebend ist wie etwa bei zweiten Wahlgängen zu Ständeratswahlen. Hier mag eine Stimme für die eigentlich bevorzugte Kandidatur unter Umständen eine "verschwendete" Stimme sein, weil diese Kandidatur von vornherein kaum Chancen auf einen Wahlerfolg hat.

## 4 Die Meinungsbildung

### 4.1 Der Wahl- und Entscheidungszeitpunkt

Die Umfrageteilnehmenden wurden gefragt, wann sie ihren Entschluss gefasst hätten. Die Angaben dazu sind mit einer gewissen Vorsicht zu geniessen, da sich die wenigsten an den *exakten* Entscheidungszeitpunkt zu erinnern vermögen. Rund die Hälfte war sich sicher, dass ihr Entscheid schon von Beginn weg feststand. Wer waren diese Wählenden? Vor allem SVP-Wählende. Für etwa sieben von zehn SVP-Wählenden war von vornherein klar, wen sie wählen würden. Dies hat auch damit zu tun, dass für Wählende, die sich rechts einstufen und bei bestimmten Sachfragen (Europa, Migration) feste Präferenzen haben, im Prinzip wenige Alternativen zur SVP existieren. Bei Wählenden, die sich in der Mitte einstufen, sieht die Ausgangslage anders aus: In der Mitte gibt es ein breiteres Angebot an Parteien, was die Auswahl schwieriger gestaltet. So war beispielsweise der Meinungsbildungsprozess der glp-Wählerschaft über weite Strecken ziemlich offen. Nur ein Viertel von ihnen hatte sich von Beginn weg auf die glp festgelegt. 44 Prozent fassten ihren Entschluss einige Wochen vor dem Wahlsonntag und 22 Prozent gar erst einige Tage davor. Mit anderen Worten: Der glp-Erfolg war nicht "vorprogrammiert", sondern kristallisierte sich erst während des Wahlkampfes heraus.

Am volatilsten überhaupt war die Meinungsbildung bei den BDP-Wählenden: Nur für 14 Prozent von ihnen war schon von vornherein klar, wen sie wählen würden, während ein Viertel (26 %) erst im letzten Moment die BDP-Liste einwarf.

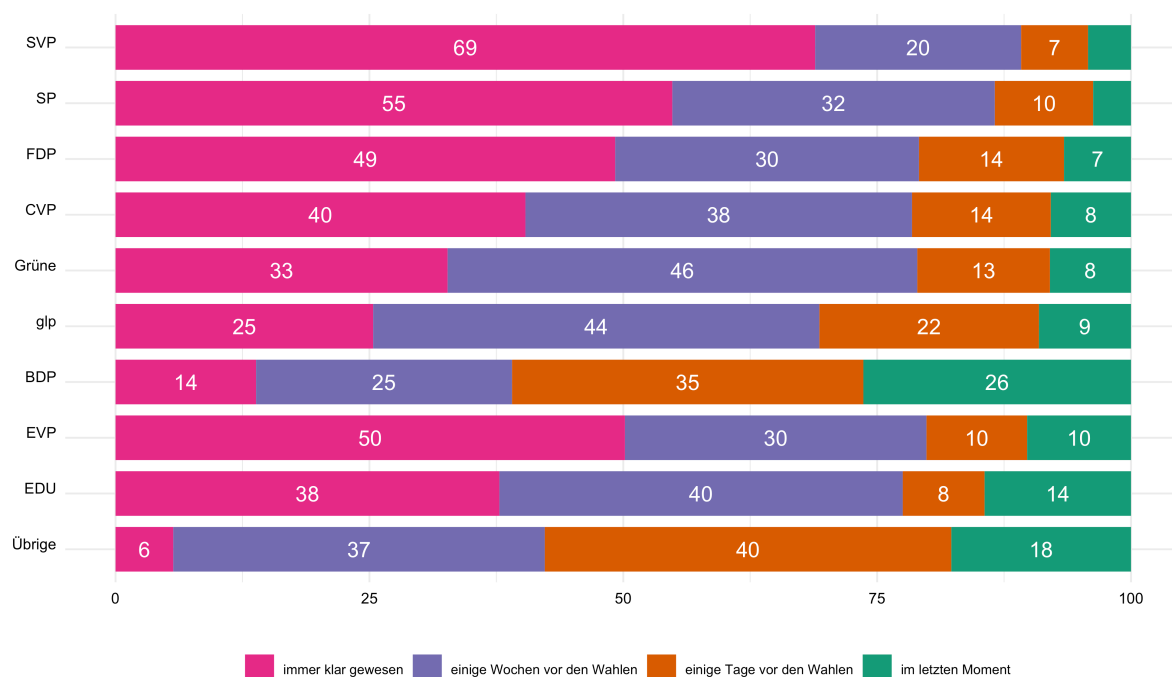


Abbildung 4: Entscheidungszeitpunkt nach Parteiwahl 2019 (n=1'663)

Auch der Erfolg der Grünen war das Resultat eines Prozesses. Nur etwa ein Drittel jener, die letztlich

die Grünen wählten, war sich eigenen Angaben gemäss von Beginn weg sicher, dass ihre Wahl auf diese Partei fallen würde. Hingegen war bei den Grünen-Wählenden der Anteil jener, die sich einige Wochen vor der Wahl entschieden, von allen Parteien am höchsten: Er betrug 46 Prozent. Wenn wir jene Grünen-Wählenden genauer betrachten, die ihren Entscheid erst im Verlaufe des Wahlkampfes fällten, so wird deutlich, dass es eine Gruppe ist, die in der Mehrheit keine Stammwählenden<sup>20</sup> der Grünen sind. Nur gerade 23 Prozent von ihnen gaben an, bereits 2015 grün gewählt zu haben.<sup>21</sup> Bei den von Beginn weg entschlossenen Grünen-Wählenden ist diese Stammwähler-Quote rund doppelt so hoch (59 %). Hingegen hatte beispielsweise ein gutes Viertel (23 %) der sich erst im Verlaufe des Wahlkampfes entscheidenden Grünen-Wählenden 2015 noch SP eingelegt. Kurz, die Zugewinne der Grünen standen nicht von vornherein fest. Eine beträchtliche Zahl hatte 2015 noch andere Parteien gewählt, vor allem die SP, und legte sich erst im Verlaufe des Wahlkampfes auf die Grünen fest.

## 4.2 Informationsquellen

Im Zuge der zumindest in der Presse stark kolportierten These, dass die neuen sozialen Medien in heutigen Wahlkämpfen immer wichtiger werden, ist ein Blick in die von den Befragten angegebenen Informationsquellen interessant. Die Befragten wurden für jede Informationsquelle gefragt, ob sie sie genutzt haben oder nicht. Demzufolge konnte man mehrere genutzte Informationsquellen angeben. Wir haben die Nutzung am Total aller materiellen Antworten (d. h. ohne Berücksichtigung der Item-Verweigerungen) ausgewertet. Die klassischen Massenmedien wie Fernsehen (54 %), Radio (45 %) und bezahlte Presse (49 %) stehen bei den genutzten Informationsquellen mit einigem Abstand an vorderer Stelle. Ebenfalls stark genutzt wird die offizielle Informationsbroschüre der Behörden (55 %), die dem Wahlmaterial beigelegt ist. Tatsächlich rangiert die Wahlanleitung des Bundes gar an erster Stelle, was gewiss auch daran liegt, dass es dem Wahlmaterial kostenlos beigelegt wird. Die gehypten sozialen Medien wie Facebook und Twitter spielten für die Befragten direkt keine allzu wichtige Rolle. Bloss 14 Prozent der Teilnehmenden nutzten die neuen sozialen Medien, um sich über die Wahlen zu informieren. Politische Kampagnen über die sozialen Medien wirken in der Schweiz wohl weniger direkt denn indirekt via die Berichterstattung in den traditionellen Massenmedien.

Immerhin ein knappes Drittel (30 %) gab an, von Online-Wahlhilfen Gebrauch gemacht zu haben. Sie sind den Wählenden offenbar auch eine Orientierungshilfe, denn sie werden von denen, die ihren Entschluss erst sehr spät fällten, häufiger genutzt (41–43 %) als von den Frühentscheidern (23 %), die im Prinzip schon von vornherein wussten, wen sie wählen werden. Leserbriefe und -

<sup>20</sup> Wenn von Stammwählerschaften die Rede ist, so bedeutet das im Kontext dieser Befragung, dass diese Wählenden sowohl 2015 wie auch 2019 dieselbe Partei wählten. Üblicherweise reichen zwei Messzeitpunkte noch nicht aus, um eine Person als Stammwähler/in zu klassifizieren. Aber da die FOKUS Aargau-Erhebung erstmalig bei Wahlen durchgeführt wurde, stehen uns keine Informationen zu weiter zurückliegenden Wahlen (z. B. 2011 oder 2007) zur Verfügung.

<sup>21</sup> Wann immer das Wahlverhalten zwischen 2015 und 2019 verglichen wird, bilden jene, die zu beiden Wahlen materielle Angaben machen konnten, die Datenbasis für die Analyse. Mit anderen Worten: All jene Befragten, die sich nicht mehr erinnern konnten, ob sie 2015 gewählt haben oder welche Partei sie damals gewählt haben, wurden aus naheliegenden Gründen, ausgeschlossen. Das aber heisst wiederum, dass alle Vergleichszahlen als *Tendenz* interpretiert werden sollten, weil wir schlicht keine Aussagen über das Wahlverhalten jener machen können, die sich nicht an ihr vergangenes Wahlverhalten erinnern können.

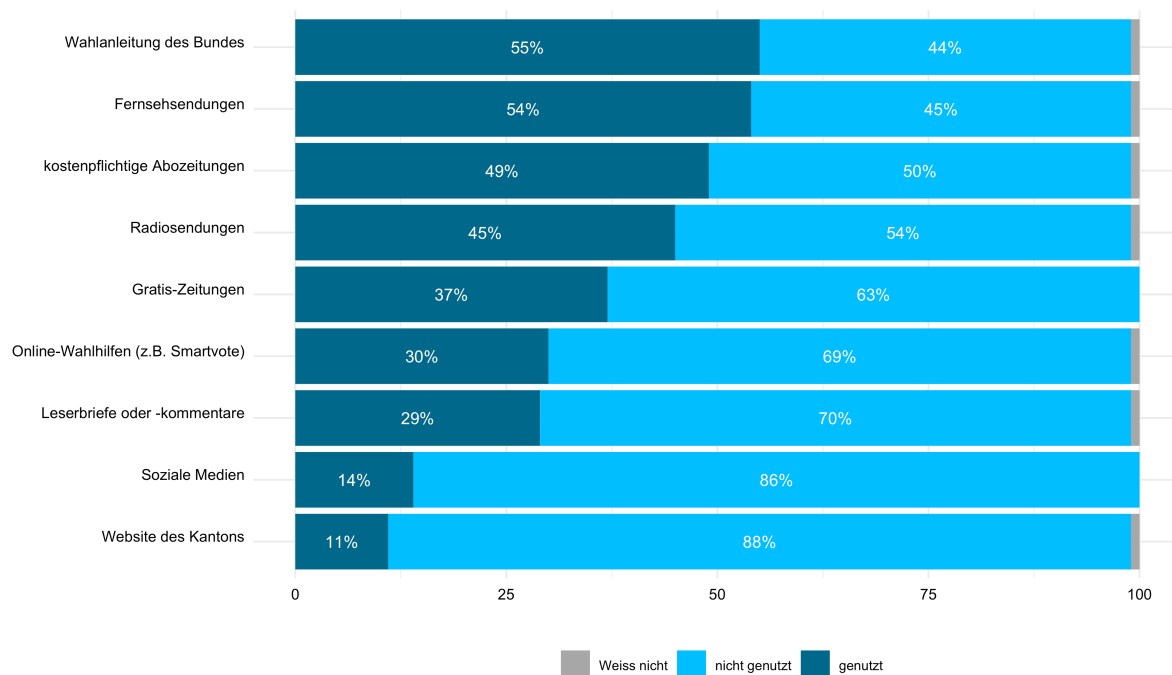


Abbildung 5: Nutzung der Informationsquellen (n=1'392–1'546; Befragte, die keine Antwort gaben wurden nicht berücksichtigt)

kommentare werden auch genutzt (29 %), aber bei weitem nicht so häufig wie bei Sachabstimmungen.

In denjenigen Gemeinden, die die easyvote-Broschüre für ihre jüngere Generation beim Schweizerischen Dachverband der Jugendparlamente abonniert haben,<sup>22</sup> fand diese leichter verständliche und grafisch lockerer aufbereitete Informationsquelle durchaus ihren Anklang. Die easyvote-Broschüre war für diejenigen, die sie überhaupt empfangen konnten, eine oft genutzte Informationsquelle (39 %). Auch stark bzw. überdurchschnittlich zum Zug kamen in dieser Gruppe von 18–29-Jährigen Gratiszeitungen (49 %), die Wahlanleitung des Bundes (63 %), die Website des Kantons (25 %) sowie insbesondere Online-Wahlhilfen von smartvote und Vimentis (69 %). Letzteres macht durchaus Sinn. Junge Wahlberechtigte sind aufgrund ihres Alters noch keine regelmässigen und geübten Urnengängerinnen und -gänger. Sie sind auf Orientierungshilfen – und Online-Wahlhilfen sind solche Orientierungshilfen – tendenziell wohl stärker angewiesen als ältere Wahlberechtigte. Möglicherweise hat die stärkere Nutzung dieser Online-Instrumente auch damit zu tun, dass Junge generell Web-affiner sind als ältere Wahlberechtigte. Hingegen sind kostenpflichtige Abonnementszeitungen (20 %) für die Jungen nicht die Hauptlektüre, wenn es um Wahlen geht.

Eine weitere, sehr "klassische" Form der Informationsgewinnung sind politische Diskussionen im Bekanntenkreis. 16 Prozent der Teilnehmenden sagten, sie hätten dies im Vorfeld der Wahlen häufig getan. Weitere 43 Prozent haben ab und an über die Wahlen diskutiert, während rund 30 Prozent das nur selten taten. Zwölf Prozent der Teilnehmenden schliesslich legten ihre Stimme

<sup>22</sup> Insgesamt trafen diese Bedingungen auf 126 Befragte in unserer Stichprobe zu.

ein, ohne über die Wahlen jemals im Bekanntenkreis gesprochen zu haben. Addiert man jene, die oft und ab und an diskutierten zusammen, so erhält man bereits eine Summe von 59 Prozent aller Teilnehmenden, die sich mit anderen über Wahlen unterhielten. Damit ist das persönliche Gespräch die beliebteste Informationsquelle. Kurz, selbst im digitalen Zeitalter wird nach wie vor rege diskutiert. Wahrscheinlich sind solche Kommunikationsnetzwerke auch einer der Gründe, weshalb die Wahlergebnisse in der Schweiz – mit Ausnahmen – erstaunlich stabil bleiben. Denn dort werden politische Präferenzen durch den regen Austausch von Informationen oft homogenisiert.

### 4.3 Kampagnenaktivitäten

Wir haben alle Befragten – demnach Teilnehmende wie auch Nicht-Teilnehmende – gefragt, ob sie während des Wahlkampfes in persönlichen, direkten Kontakt gekommen sind mit Parteien oder einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten. Ein Blick in die unterschiedlichen Kampagnenaktivitäten, und wie diese von den Befragten wahrgenommen worden sind, zeigt auf, dass neben den gewohnten Standaktionen (17 Prozent) und Podiumsdiskussionen mit Kandidierenden (5 Prozent) neuere Formate ins Kampagnenrepertoire von Parteien aufgenommen worden sind. So gaben neun Prozent der Befragten an, über personalisierte E-Mails oder anderweitige elektronische Nachrichten, drei Prozent via Telefonanrufe und immerhin ein Prozent gar durch Hausbesuche während der Kampagne in Kontakt mit Parteien und Kandidierenden gekommen zu sein.

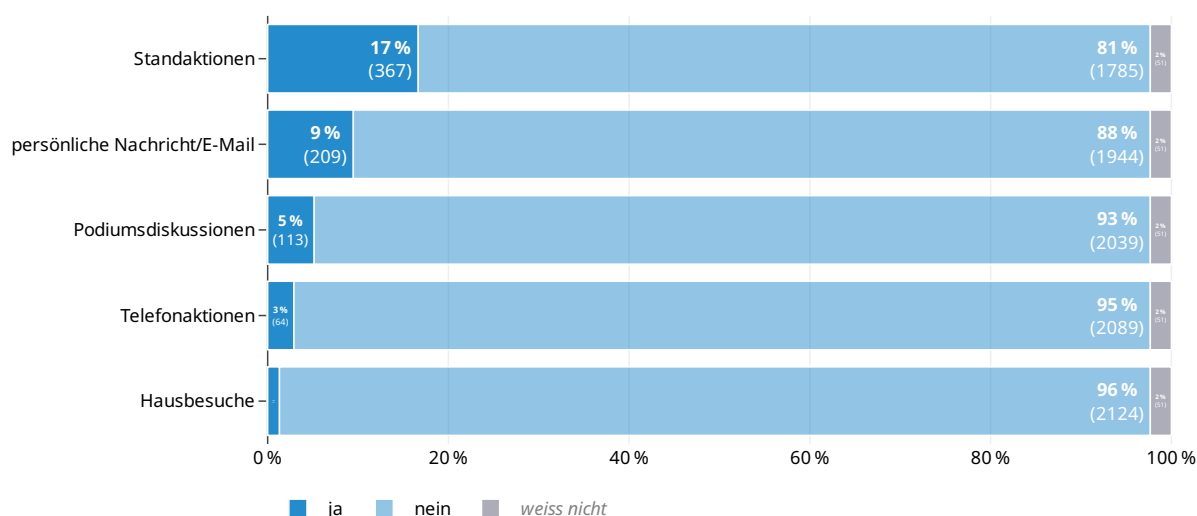


Abbildung 6: Kontakt mit Parteien und Kandidierenden anlässlich politischer Anlässe/Aktionen

Weiter lassen sich die Teilnahmeraten jener Gruppen, die persönlichen Kontakt hatten, mit den Gruppen vergleichen, die keinen persönlichen Kontakt mit Parteien und Kandidatinnen/Kandidaten hatten. Dieser Vergleich ist zumindest ein *Indiz* dafür, welche Aktionen (besonders) effizient waren. Dabei stechen zwei Aktionen heraus: Die persönliche Nachricht bzw. E-Mail und der Telefonanruf. Die Gruppe ohne persönliche Nachricht, hatte eine Teilnahmerate von 45 Prozent, jene, die persönlich angeschrieben wurden, eine Beteiligungsquote von 68 Prozent. Die "Effizienzrate" sieht bei Telefonanrufen ähnlich aus. Wer angerufen wurde, beteiligte sich zu 67 Prozent an der Wahl, während bei den Nicht-Angerufenen (oder vielleicht auch

Nicht-Erreichbaren) die Partizipationsquote 47 Prozent betrug. Bei den anderen Aktionen ist die Differenz zwischen "Treatment-" und "Kontrollgruppe" deutlich geringer, ja teils gar negativ: Wer an einer Standaktionen angesprochen wurde, hatte letztlich gar eine tiefere Beteiligungsquote als jene, die keine Standaktionen aufsuchten. Sind Telefonanrufe und persönliche E-Mails demnach das "Wundermittel", um die Beteiligung zu erhöhen? Das können wir nicht mit Bestimmtheit sagen, weil nicht ganz klar ist, *wer* angerufen oder angeschrieben wird. Denkbar wäre, dass beispielsweise nur solche Wahlberechtigte angerufen werden, die von *vornherein* schon eine *höhere Teilnahmebereitschaft* aufweisen. Der Umstand, dass eine Partei eine bestimmte Telefonnummer hat, deutet ja bereits darauf hin, dass die/der BesitzerIn der Nummer offenbar zu einem früheren Zeitpunkt selbst den Kontakt zur Partei gesucht und dabei seine Telefonnummer hinterlassen hat. Solche Wahlberechtigten weisen offenbar ein bestimmtes Quantum an politischem Interesse auf, das in der Folge bloss noch aktiviert werden muss. Aber nichtsdestotrotz sind die Teilnahmedifferenzen bei Gruppen ohne und Gruppen mit E-Mails/Nachrichten bzw. Telefonnummern erheblich.

Auf der Links-rechts-Achse abgetragen lässt sich erkennen, dass politisch Rechtsstehende sich eher den klassischen Standaktionen und Podiumsdiskussionen aussetzen. Direkte Telefonanrufe – wie auch aufgrund der Berichterstattung in der Presse zu erwarten – wurden viel eher von den Linken vermerkt (insbesondere SP), persönliche Email-Botschaften eher von der rechten Seite des politischen Spektrums. Hausbesuche wurden von politisch rechts und politisch links stehenden Wahlberechtigten etwa zu gleichen Teilen angegeben. Da für einige dieser Kampagnenaktivitäten die Fallzahlen eher tief sind, sollten die entsprechenden Aussagen aber nur als Tendenz aufgefasst werden.

Aufschlussreich ist eine Detailbetrachtung der Telefonaktion bei der SP-Anhängerschaft. Der Anteil jener, die angaben, per Telefon in persönlichen Kontakt mit Parteivertretern gekommen zu sein, ist bei der SP-Anhängerschaft<sup>23</sup> mit 9 Prozent klar am höchsten (n= 43 Befragte). Aufgrund der Datenlage wissen wir nicht, von wem sie angerufen wurden, aber höchstwahrscheinlich war es ihre bevorzugte Partei. In unserer Stichprobe haben nun *alle* (mutmasslich) von der SP Angerufenen am Ende auch *teilgenommen*. Und mit Ausnahme einer Einzelperson haben alle von ihnen auch die SP gewählt. Aufgrund der tiefen Fallzahl (n=43) ist dieser Befund natürlich mit einer gehörigen Unschärfe versehen. Mangels experimentellem Setup lässt sich strikt genommen auch keine Kausalität nachweisen. Aber es ist zumindest ein Hinweis darauf, dass solche Telefonaktionen eine (gewisse) Wirkung erzielen können.

<sup>23</sup> Wir haben hier die Frage nach der Parteiidentifikation (und nicht etwa die Frage, wen man letztlich gewählt hat) verwendet.

## 5 Der Wahlentscheid

### 5.1 Der Wahlentscheid nach sozialen Merkmalen

Von Interesse ist stets auch, wie gewisse soziale Merkmalsgruppen gewählt haben. Dieses Interesse rührt auch daher, dass sich Parteien in der Vergangenheit (und z.T. auch heute noch) als politischer Arm gewisser sozialer Grossgruppen betrachteten (die Katholisch-Konservativen als Partei der Katholiken, die SP als Partei der Arbeiterschaft, etc.). Diese engen Bindungen zwischen Parteien und sozialen Gruppen haben sich in jüngerer Vergangenheit gelockert ("Volksparteien"), aber nach wie vor sind bestimmte Wahlallianzen zu erkennen. Aus methodologischer Sicht ist jedoch darauf hinzuweisen, dass eine Aufschlüsselung des Wahlentscheids nach sozialen Merkmalen noch keinen Beweis dafür liefert, dass diese Merkmale auch ursächlich für den Entscheid waren. Der Frage nach den kausalen Bestimmungsgründen gehen wir deshalb auch erst im Abschnitt [Sachfragenpräferenzen und der Wahlentscheid](#) nach.

Ein erster Befund der vorliegenden Analyse ist, dass Frauen eher links wählten als Männer. So erzielte die SP bei den Frauen einen Stimmenanteil von 18 Prozent, während sie bei den Männern noch auf 15 Prozent Wählerstimmen kam. Deutlicher sind die Differenzen bei den Grünen: Sie machten bei Männern sechs Prozent, während ihr Anteil bei Frauen mehr als doppelt so hoch lag (14 %). Genau umgekehrt verhält es sich bei der FDP und der SVP: Sie erzielten deutlich bessere Ergebnisse bei den Männern (16 bzw. 35 %) als bei den Frauen (11 bzw. 28 %). Bei CVP und glp gab es indessen keine signifikante Geschlechterdifferenz.

Auch die Altersstruktur der Wählerschaften unterscheidet sich signifikant zwischen den einzelnen Parteien. Unter den über 70-jährigen Wählenden dominiert die SVP (Anteil: 39 Prozent). Auch unter den 30–69-Jährigen bleibt sie die wählerstärkste Partei, aber der Vorsprung auf die restlichen Parteien schmilzt ein wenig. Unter den Jüngsten hingegen beträgt der SVP-Anteil nur noch 18 Prozent. Viele Jungwählende hat die glp: Unter den 18–29-Jährigen beträgt ihr Stimmenanteil 16 Prozent, während er bei den über 70-Jährigen noch gerade drei Prozent beträgt. Auch die Grünen schnitten überdurchschnittlich gut bei den Jungen ab. Indes, das Gefälle zwischen Jung und Alt ist nicht derart steil wie bei der glp, die wahrhaft eine "junge" Partei ist (vgl. nachfolgende Abbildung). Erstaunlich ausgeglichen ist indessen die Altersstruktur der SP-Wählerschaft. Sie ist anteilmässig in allen Altersklassen in etwa gleich stark vertreten. Erstaunlich ist dies deshalb, weil die SP bei den Jungen in der Vergangenheit überdurchschnittlich gut abschnitt,<sup>24</sup> während dies 2019 nicht der Fall war. Dieser Verlust der Vormachtstellung unter den Jungen mag einer der Gründe dafür gewesen sein, dass die SP ihren Wahlerfolg bei den Grossratswahlen 2016 nicht wiederholen konnte. Die CVP-Wählerschaft wiederum hat das höchste Durchschnittsalter (58 Jahre) aller Wählerschaften.

Kombiniert man Alter und Geschlecht, werden die oben beschriebenen Konturen noch eine Spur deutlicher: Junge Frauen wählten SP (23 %), Grüne (15 %), glp (15 %) und auch CVP (12 %) über-

<sup>24</sup> Die FOKUS Aargau-Nachbefragung wurde im Rahmen der Nationalratswahlen zum ersten Mal durchgeführt. Uns fehlen demnach Vergleichswerte von 2015. Diese Werte liegen indessen national vor (Lutz 2016): Die SP erzielte unter den 18–29-Jährigen national einen Stimmenanteil von 24 Prozent, was sechs Prozentpunkte über dem nationalen Durchschnitt lag. Auch bei den Grossratswahlen 2016 (siehe: Milic, Thomas und Serdült, Uwe (2016). Wer wählte wen bei den Aargauer Grossratswahlen 2016? ZDA Studienbericht Nr. 12.) kam die SP bei den Jungen überdurchschnittlich gut an.



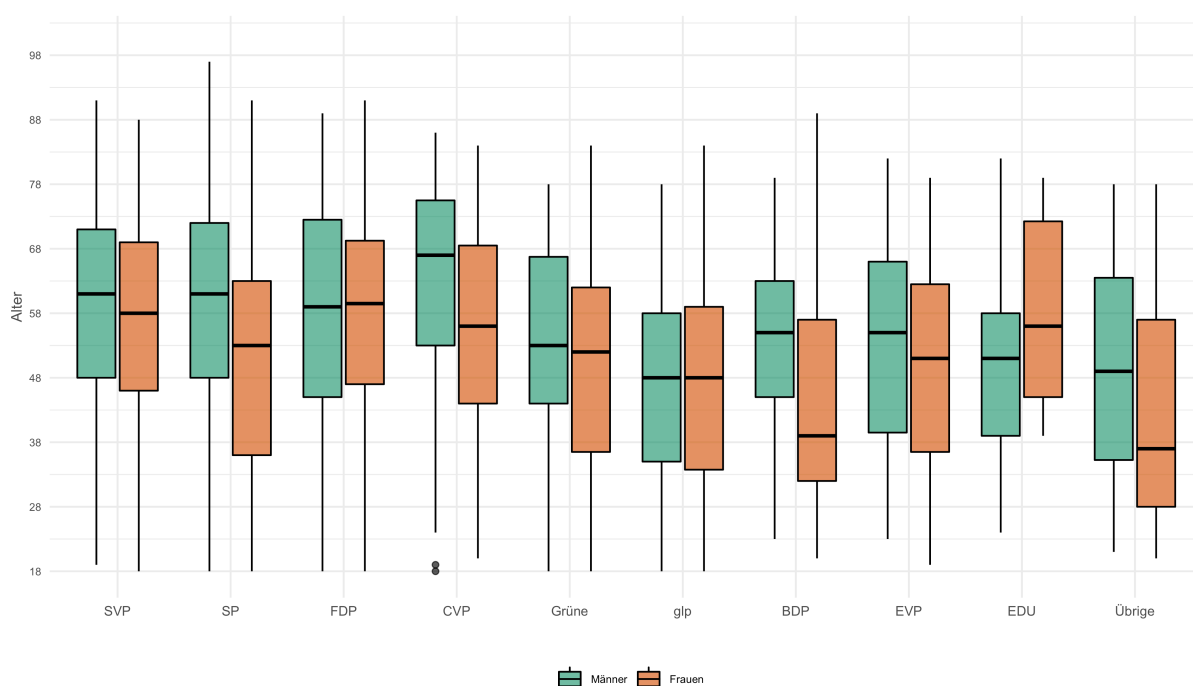


Abbildung 7: Wählerschaften nach Alter und Geschlecht (horizontale Linie steht für das Medianalter)

durchschnittlich oft, während junge Männer SVP (24 %), FDP (18 %) und vor allem auch glp (18 %) wählten. Diese Werte vermitteln allerdings (immer) noch kein vollständiges Bild der Altersstruktur der Wählerschaften, denn hohe Anteilswerte unter den Jungen fallen wegen deren tiefen Beteiligungsquoten nicht derart ins Gewicht wie hohe Anteilswerte unter den Seniorinnen und Senioren. Der nachfolgende Boxplot zeigt die reale Altersstruktur der verschiedenen Wählerschaften, die wir zusätzlich noch nach Geschlecht separiert haben. Die Kästen stehen dabei stellvertretend für die 50 mittleren Prozent der Wählerschaften, während die horizontale Linie innerhalb des Kastens das Medianalter angibt. Als Beispiel: Das Medianalter (also jenes Alter, welches die Wählerschaft nach Alter angeordnet zahlenmässig in exakt zwei gleich grosse Hälften aufteilt) der CVP-Wähler liegt bei knapp 68 Jahren, während das Medianalter der glp-Wählerinnen bei lediglich 48 Jahren zu liegen kommt. Altersdiskrepanzen zwischen den Geschlechtern sind vor allem bei der SP und der CVP zu erkennen. Auch bei der BDP und der Kategorie der "übrigen Parteien" gibt es erhebliche Geschlechterdifferenzen, aber der tiefen Fallzahl wegen ist der Unschärfebereich dort besonders gross.

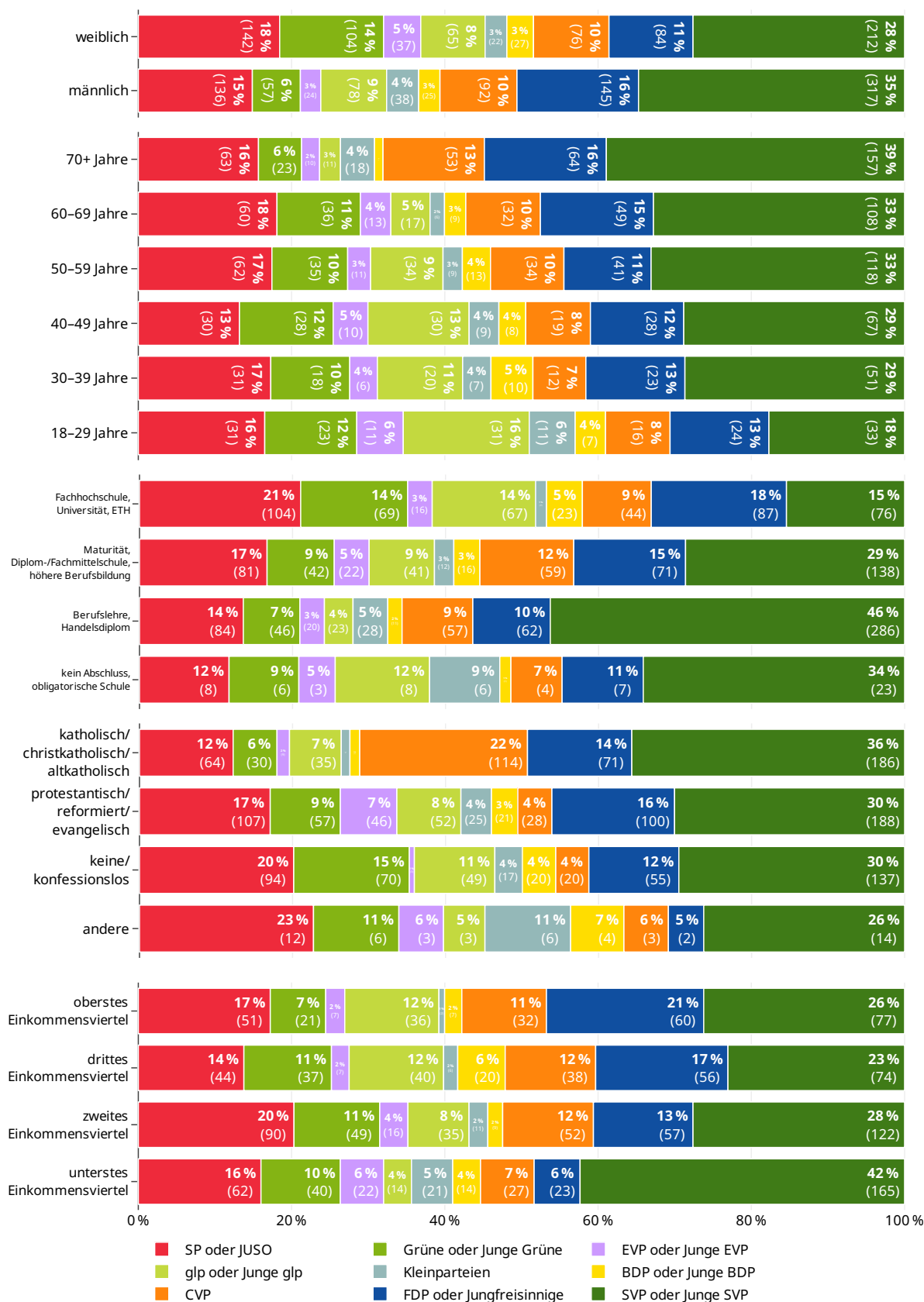


Abbildung 8: Parteistimmen nach ausgewählten soziodemografischen Merkmalen (nur materiell Wählende, d. h. ohne Leerstimmen, n = 1'447-1'688)

Die Bildungsstruktur der verschiedenen Wählerschaften entspricht dem, was bereits aus vorhergehenden, nationalen Analysen hervorging: Wählende mit Berufslehre oder Handelsdiplom haben beinahe zur Hälfte (47 %) die SVP gewählt. Bei den Universitätsabgängerinnen und -abgänger schnitten hingegen SP (21 %), FDP (18 %), Grüne (14 %) und glp (13 %) überdurchschnittlich gut ab.

Die Konfession ist eine der Konfliktlinien, die einstmals die Politik der Schweiz nachhaltig geprägt haben, aber in der Zwischenzeit wesentlich an Virulenz verloren haben. In der Tat sind auch keine allzu grossen Unterschiede zwischen den Wählerschaften erkennbar, mit einer Ausnahme: Die CVP ist unter den Katholikinnen und Katholiken klar die zweite Kraft (22 %; hinter der SVP (36 %)). Je jünger die Wählerschaft, desto eher ist sie auch konfessionslos, was dazu führt, dass bei der glp und den Grünen der Anteil Konfessionsloser überdurchschnittlich hoch ist.

Die Erwerbstätigkeit, die Erwerbsposition, das daraus resultierende Einkommen und das generelle berufliche Umfeld sind weitere Faktoren des Wahlentscheids, die man der Familie der ökonomischen Bestimmungsgründe zuordnen kann. Man kann all diese Faktoren zu einem Index zusammenfassen, der sich an der Stabilität der Erwerbstätigkeit (primär Vollzeit vs. Teilzeit) und der Absicherung gegenüber sozialen Risiken (Insider vs. Outsider) orientiert. Wir haben die Klassifikation von Emmenegger (2009)<sup>25</sup> übernommen, der zum einen Insider (Vollzeitangestellte, d. h. über 30 Arbeitsstunden pro Woche) von Outsidern (Teilzeitarbeitende, Erwerbslose) unterscheidet und sodann weiter auch noch sog. *Upscales* (Selbständige, leitendes Kader, liberale Akademiker) und Nichterwerbstätige (im Haushalt Tätige, in Ausbildung (auch Studierende), Rentnerinnen und Rentner) unterscheidet. Weil diese Gruppen – etwa die Nichterwerbstätigen – doch recht heterogen sind, haben wir einzelne, grössere Merkmalsgruppen getrennt ausgewiesen. Folgt man der groben Kategorisierung von Emmenegger (2009) sind indessen keine allzu grossen Unterschiede zwischen den verschiedenen Arbeitsmarktpositionen zu erkennen: Die SVP schnitt in allen vier Gruppen etwa gleich gut ab. Wenn man indes die Gruppe der Nichterwerbstätigen genauer betrachtet, so erkennt man, dass die SVP bei den Studierenden einen enorm schweren Stand hatte (6 %), während sie bei den Rentnerinnen und Rentnern überdurchschnittlich gut (34 %) abschnitt. Weiter kommen die Wählenden der SVP vor allem aus der Privatwirtschaft (Anteil SVP: 36 %), während ihr Anteil bei jenen Wählenden, die im öffentlichen Sektor beschäftigt sind, auf 17 Prozent sinkt. Zudem ist die SVP in den KMU stark verankert: Über 40 Prozent der Wahlteilnehmenden, die in Unternehmen mit maximal 9 Angestellten beschäftigt sind, wählten SVP. Zuletzt ist das Haushaltseinkommen und auch der Teil, der nach Abzug aller Fixkosten noch übrig bleibt, bei den SVP-Wählenden vergleichsweise tief.<sup>26</sup> Die Geringverdienenden wählten 2019 überdurchschnittlich stark SVP (bis 3'000 CHF: 56 %; 3'001–5'000 CHF: 39 %). Allerdings heisst das nicht, dass die SVP bei den Gutverdienenden schlecht abschnitt: Ein knappes Viertel (23 %) jener mit einem Haushaltseinkommen von über 15'000 CHF wählten ebenfalls SVP.

Die SP findet in allen Berufsklassen und -positionen ähnlichen Anklang. Den höchsten Wähleranteil

<sup>25</sup> Emmenegger, Patrick (2009). Barriers to Entry : Insider/Outsider Politics and the Political Determinants of Job Security Regulations. *Journal of European Social Policy*, 19 (2). 131–146.

<sup>26</sup> 56 Prozent jener, mit einem Haushaltseinkommen von unter 3'000 CHF und rund 43 Prozent jener, die angaben, das Geld reiche gar nicht oder weniger gut, wählten SVP.

Tabelle 3: Wähleranteile (in %) nach ökonomischen Merkmalen (gewichtet)

| <b>Merkmale</b>                      | <b>SVP</b> | <b>SP</b> | <b>FDP</b> | <b>CVP</b> | <b>Grüne</b> | <b>glp</b> | <b>BDP</b> | <b>EVP</b> | <b>Übrige</b> |
|--------------------------------------|------------|-----------|------------|------------|--------------|------------|------------|------------|---------------|
| <b>Status (nach Emmenegger 2009)</b> |            |           |            |            |              |            |            |            |               |
| Insider                              | 31         | 18        | 14         | 8          | 7            | 11         | 4          | 3          | 1             |
| Outsider                             | 32         | 20        | 6          | 9          | 14           | 7          | 4          | 7          | 0             |
| Upscales                             | 33         | 14        | 15         | 9          | 11           | 10         | 3          | 2          | 1             |
| Nicht-Erwerbstätige                  | 31         | 17        | 15         | 11         | 10           | 7          | 2          | 4          | 1             |
| <b>Haushaltseinkommen</b>            |            |           |            |            |              |            |            |            |               |
| bis 3'000 CHF                        | 56         | 12        | 3          | 4          | 8            | 5          | 8          | 3          | 2             |
| 3'001–6'000 CHF                      | 39         | 19        | 9          | 6          | 10           | 3          | 3          | 4          | 6             |
| 6'001–9'000 CHF                      | 30         | 18        | 12         | 13         | 11           | 6          | 2          | 5          | 3             |
| 9'001–12'000 CHF                     | 25         | 18        | 14         | 8          | 12           | 12         | 5          | 4          | 2             |
| 12'001–15'000 CHF                    | 20         | 19        | 21         | 13         | 10           | 12         | 3          | 2          | 0             |
| über 15'000 CHF                      | 23         | 11        | 23         | 12         | 8            | 18         | 5          | 1          | 0             |
| <b>Beschäftigungssituation</b>       |            |           |            |            |              |            |            |            |               |
| selbständig                          | 38         | 10        | 16         | 10         | 15           | 7          | 1          | 2          | 1             |
| MitarbeiterIn im Betrieb             | 46         | 6         | 17         | 10         | 4            | 6          | 6          | 3          | 1             |
| AngestellteR                         | 29         | 19        | 12         | 9          | 10           | 11         | 4          | 4          | 3             |
| StudentIn/ SchülerIn                 | 6          | 15        | 20         | 8          | 15           | 20         | 5          | 7          | 4             |
| RentnerIn                            | 34         | 18        | 16         | 13         | 7            | 4          | 1          | 2          | 3             |
| Hausfrau/-mann                       | 32         | 13        | 7          | 7          | 16           | 6          | 6          | 8          | 5             |
| <b>Beschäftigungssektor</b>          |            |           |            |            |              |            |            |            |               |
| Privatwirtschaft                     | 36         | 13        | 14         | 8          | 9            | 10         | 4          | 3          | 3             |
| Öffentliche Hand                     | 17         | 27        | 12         | 10         | 14           | 10         | 4          | 4          | 2             |
| Gemeinnützig/NGO                     | 14         | 27        | 4          | 11         | 14           | 15         | 0          | 10         | 5             |
| <b>Berufliche Stellung</b>           |            |           |            |            |              |            |            |            |               |
| AngestellteR ohne Kaderf.            | 28         | 20        | 10         | 10         | 10           | 11         | 3          | 3          | 3             |
| AngestellteR mit Kaderf.             | 30         | 17        | 12         | 9          | 9            | 11         | 4          | 3          | 4             |
| AngestellteR mit Dir.f.              | 26         | 14        | 23         | 7          | 11           | 9          | 9          | 0          | 0             |
| <b>Beschäftigungsgrad</b>            |            |           |            |            |              |            |            |            |               |
| Teilzeit (< 50 %)                    | 26         | 17        | 14         | 9          | 12           | 10         | 1          | 6          | 4             |
| Teilzeit (50–69 %)                   | 24         | 20        | 9          | 12         | 19           | 7          | 5          | 4          | 0             |
| Teilzeit (70–89 %)                   | 22         | 23        | 16         | 4          | 17           | 11         | 3          | 1          | 4             |
| Vollzeit (< 89 %)                    | 34         | 15        | 14         | 9          | 6            | 11         | 4          | 3          | 3             |
| <b>Unternehmensgrösse</b>            |            |           |            |            |              |            |            |            |               |
| 1–9 Beschäftigte                     | 41         | 12        | 13         | 9          | 10           | 10         | 3          | 2          | 1             |
| 10–49 Beschäftigte                   | 28         | 19        | 14         | 8          | 12           | 9          | 2          | 4          | 3             |
| 50–249 Beschäftigte                  | 24         | 19        | 14         | 12         | 10           | 9          | 4          | 3          | 5             |
| 250–999 Beschäftigte                 | 34         | 19        | 10         | 8          | 7            | 12         | 4          | 4          | 0             |
| über 1'000 Beschäftigte              | 26         | 18        | 15         | 7          | 9            | 13         | 4          | 3          | 3             |

Bemerkung: Die Variablen Beschäftigungssektor, Unternehmensgrösse und Beschäftigungsgrad liegen nur für Erwerbstätige vor.

erzielte sie tatsächlich unter den Outsidern im Arbeitsmarkt (20 %), aber sie ist bei den Insidern nur geringfügig (wenn überhaupt) schwächer vertreten (18 %). Auffallend ist bei der SP der vergleichsweise hohe Anteil Wählender (27 %), die im öffentlichen Sektor tätig sind. Das hat mit Gewissheit auch damit zu tun, dass eine relative Mehrheit der im Erziehungswesen Tätigen (32 %) die SP-Liste einlegte. Die oder der "typische" SP-Wählende haben zwar kein aussergewöhnlich hohes Haushaltseinkommen (SP-Anteil bei Wählenden mit über 15'000 CHF Haushaltseinkommen: 11 %), aber sie gehören auch nicht überdurchschnittlich oft (12 %) der tiefsten Einkommensschicht an. Den höchsten Wähleranteil (19 %) erzielte die SP in Haushalten mit 12–15'000 CHF Einkommen.

Hervorstechende ökonomische Merkmale der FDP-Wählerschaft sind der hohe Anteil unter den Wählenden mit Direktionsfunktion (23 %) und in der Finanzbranche Tätigen (26 %). Weiter verfügt die oder der "typische" FDP-Wählende über ein überdurchschnittlich hohes Einkommen: Kaum jemand (3 %) aus der tiefsten Einkommensschicht (bis 3'000 CHF) wählte FDP, während ihr Anteil in der höchsten in der Umfrage erhobenen Einkommensklasse 23 Prozent betrug. Outsider, also Teilzeitangestellte, wozu wiederum vornehmlich Frauen zählen, waren indessen deutlich weniger FDP-affin (6 %). Die CVP-Wählerschaft ist in allen Berufssparten, allen Erwerbspositionen und Einkommensschichten etwa gleich stark vertreten. Es gibt kaum Ausreisser – weder nach unten noch nach oben. Einzige nennenswerte Ausnahme sind die Pensionärinnen und Pensionäre. In dieser Gruppe erzielte die CVP ein überdurchschnittlich gutes Resultat (13 %), was logischerweise auch mit dem Alter zusammenhängt. Denn, wie gesagt, weist die CVP-Wählerschaft von allen Wählerschaften das höchste Durchschnittsalter auf.

Wenn man das berufliche Profil der Wählerschaften der beiden "grünen" Wahlsiegerinnen miteinander vergleicht, so sind einige Gemeinsamkeiten, aber auch aufschlussreiche Unterschiede zu erkennen. Beide Wählerschaften haben gerade bei den Studierenden (Grüne: 15 %, glp: 20 %) und Auszubildenden (Grüne: 18 %, glp: 27 %) sehr gut abgeschnitten, während nur wenige Rentnerinnen und Rentner deren Listen einlegten (Grüne: 7 %, glp: 4 %). Aber während der öffentliche Sektor eine der "Hochburgen" der Grünen darstellt (14 % Wählerstimmenanteil), sind glp-Wählende vergleichsweise oft in NGOs tätig. Das typische berufliche Umfeld der Grünen-Wählenden ist ein mittlerer Betrieb mit 10–250 Angestellten, während die idealtypische glp-Wählende in einem Grossbetrieb arbeitet. Zudem sind Grünen-Wählende auffallend oft im Erziehungswesen tätig (22 %, glp: 10 %), während das "natürliche Habitat" der glp-Beratungsunternehmen (25 %, Grüne: 12 %) darstellen. Und auch was das Einkommen betrifft, unterscheiden sich die beiden Wählerschaften durchaus: Die glp-Wählerschaft weist ein hohes Durchschnittseinkommen auf (Wählerstimmenanteil in Haushalten mit über 15'000 CHF Einkommen: 18 %, Grüne: 8 %), während die Grünen bei den mittelhohen Einkommen (9'000–15'000 CHF) ihre besten Resultate erzielten.

## 5.2 Der Wahlentscheid nach politischen Merkmalen

Der Wahlentscheid ist weiter auch von politischen Haltungen und weiteren politischen Merkmalen abhängig. Denn die Wahl einer Partei ist stets ein politischer Richtungsentscheid. Von der gewählten Partei bzw. den gewählten Kandidaten und Kandidatinnen wird erwartet, dass sie die Haltungen ihrer Wählerschaft im Parlament vertreten. Und tatsächlich fühlen sich die Gewählten ihrer

Wählerklientel gegenüber auch verantwortlich, nicht zuletzt deshalb, weil sie in vier Jahren wiedergewählt werden wollen. Das lässt sich bestens mit dem Konzept des «Proximity Voting» in Einklang bringen, bei dem davon ausgegangen wird, dass sich die Wählenden zunächst auf einer sachpolitischen «Superdimension» wie der Links-rechts-Achse positionieren und anschliessend diejenige Partei wählen, die ihr auf dieser Achse am nächsten steht. Im Zusammenhang mit den oben genannten sozialen Merkmalen ist darauf hinzuweisen, dass politische Einstellungen zudem einen direkteren Einfluss auf die Wahlpräferenz haben als soziale Kontextfaktoren. Das liegt daran, dass sie sowohl «psychologisch» wie auch zeitlich viel näher am Wahlentscheid liegen als soziale Merkmale. Die politischen Grundhaltungen sind gewissermassen das Destillat der vorangegangenen Erfahrungen und Prägungen, die das Individuum in seinem näheren sozialen Umfeld macht. Diese Grundhaltungen wirken sodann auf den Wahlentscheid ein. Auf den Einfluss von Werthaltungen und Sachfragenorientierungen gehen wir im zweiten Abschnitt ein, während im folgenden Abschnitt die Parteibindung im Vordergrund steht.

### 5.2.1 Die Parteibindung und der Wahlentscheid

Eine beträchtliche Zahl der Schweizer Bürgerinnen und Bürger hat eine Parteibindung entwickelt. Diese Bindungen sind mal stärker, mal schwächer ausgebildet. Bei einigen handelt es sich um eine Parteiidentifikation im buchstäblichen Sinne, demnach um eine starke affektive Bindung, während bei anderen diese Bindung schwächer ist und die Parteisymphathie eher eine Art Orientierungshilfe darstellt. Das aber wiederum heisst, dass die Parteiidentifikation ab und an eine Spiegelung des Entscheids auf der Ebene der Einstellungen darstellt und im Prinzip wenig zur Erklärung des Wahlentscheids beiträgt. Denn was ist damit erklärt, wenn man sagt, dass ein überzeugter Parteigänger auch seine bevorzugte Partei gewählt hat? Aber immerhin zeigt die Aufschlüsselung des Entscheids nach Parteisymphathie den Ausschöpfungsgrad des Potenzials einer Partei an. Diese Ausschöpfung war bei der SVP am höchsten. Wer sich als Parteisymphathisant der SVP bekennt (und auch teilnahm), hat auch so gut wie immer SVP eingelegt (95 %). Auch bei der CVP, SP und FDP ist diese Quote hoch (zwischen 86 und 90 %). Die SP verlor Sympathisierende vor allem an die Grünen (7 %), während die FDP (8 %) und CVP (4 %) einige ihrer Sympathisierenden an die SVP verloren.

Den beiden Wahlsiegerinnen Grüne und glp ist es verblüffenderweise gar nicht derart gut gelungen, ihre Anhängerschaften zur erwünschten Stimmabgabe zu motivieren. 82 % der Grünen-Sympathisierenden legten am Ende auch grün ein, bei der glp waren es noch 74 Prozent, die ihrer bevorzugten Partei die Stimme gaben. Die Grünen verloren vor allem Sympathisierende an die SP (6 %) und die CVP (4 %), aber, wie oben gezeigt, "liefen" gleichzeitig sieben Prozent der SP-Sympathisierenden ins Lager der Grünen "über". Und wohlgemerkt: Sieben Prozent der SP-Sympathisierenden sind in absoluten Zahlen ausgedrückt etwa doppelt so viel wie sechs Prozent der Grünen-Sympathisierenden. Das "Tauschgeschäft", wenn man es so nennen will, hat sich für die Grünen demnach ausbezahlt. Die glp-Sympathisanten wiederum wechselten zu den Grünen (7 %) und der FDP (6 %) und legten die Liste ihrer eigentlich bevorzugten Partei nur zu rund 73 Prozent ein. Eine junge Partei wie die glp kann nicht wie die etablierten Parteien

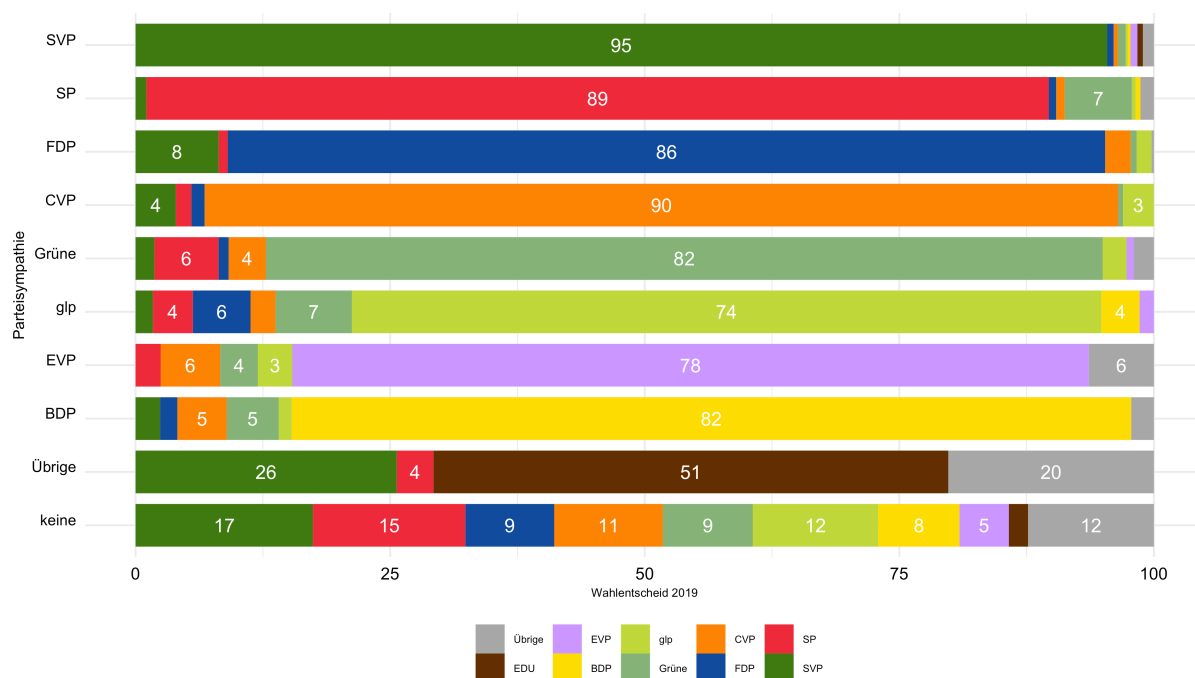


Abbildung 9: Wahlentscheid nach Parteisympathie (nur Wahlteilnehmende mit materieller Präferenz, n=1'653, gewichtet)

auf eine Stammwählerschaft zählen, die seit Jahrzehnten glp wählt und diese Parteipräferenz womöglich auch noch an weitere Generationen weitervererbt. Aus diesem Grund ist die glp vor allem auf jene angewiesen, die keine feste Parteibindung haben. Und just von diesen hat sie auch vergleichsweise viele Stimmen erhalten (12 %).

### 5.2.2 Sachfragenpräferenzen und der Wahlentscheid

Wie in der Einleitung erwähnt, gehen räumliche Theorien des Wahlverhaltens davon aus, dass sich Wählende anhand ihrer sachpolitischen Präferenzen auf einem Kontinuum lokalisieren und sodann jene Partei wählen, die ihnen sachpolitisch am nächsten steht. Natürlich folgen längst nicht alle Wählenden diesem modellhaften Verhalten: Für einige ist die Wahl ihrer bevorzugten Partei eine Loyalitätsbekundung und hat nur indirekt mit ihren Sachpräferenzen zu tun. Andere, insbesondere jene, die panaschieren, bevorzugen eine bestimmte Kandidatur, weil deren Eigenschaften (nicht aber zwingend deren sachpolitische Überzeugungen) überzeugten. Aber ohne Zweifel ist das inhaltliche Programm einer Partei eine der zentralen Bestimmungsgründe einer Wahl, was auch daran erkennbar ist, dass Zugewinne und Verluste einer Partei zumeist (und oftmals von den Politikern selbst) als direkte Folge überzeugender bzw. wenig überzeugender Parteiprogramme interpretiert werden. Um den Einfluss von Issue-Präferenzen – wie sachpolitische Positionen in der Wahlforschung bisweilen auch genannt werden – auf den Wahlentscheid zu messen, haben wir für

jede Partei ein logistisches Regressionsmodell geschätzt,<sup>27</sup> das sieben Issues enthält.<sup>28</sup>

Schätzt man jeweils gesonderte logistische Regressionsmodelle für den Wahlentscheid, so erklärt man, welche Faktoren für die Wahl der jeweiligen Partei *im Vergleich zu allen anderen Parteien* entscheidend waren. In gewisser Weise wird bei einer solchen Vorgehensweise nach den Alleinstellungsmerkmalen der jeweiligen Partei gesucht. In der Realität dürfte die Entscheidungsfindung bei Wahlen aber ein zweistufiger Prozess sein – zumindest für jene, deren Wahl keine Traditionswahl darstellt, sondern aufgrund sachpolitischer Erwägungen getroffen wird: Zunächst grenzt man die Wahl auf eine geringe Anzahl grundsätzlich wählbarer Parteien ein und entscheidet in einem zweiten Schritt, welcher dieser Parteien man die Stimme geben will. Ein Beispiel: Ein Wähler, der sich links einstuft, wird seine Auswahl in einem ersten Schritt wohl auf linke Parteien eingrenzen und anschliessend eine Wahl zwischen SP, Grüne, allenfalls glp oder CVP und vielleicht einer weiteren linken Kleinpartei treffen. Die Gründe, weshalb ein solcher Wähler seine Wahl zunächst auf linke Parteien beschränkt, sind aber oftmals nicht dieselben wie diejenigen, die auf der *zweiten Stufe* den Ausschlag geben. Beispielsweise könnte es sein, dass auf der ersten Stufe migrationspolitische Haltungen entscheidend waren (linke Parteien versus. rechte Parteien), auf der zweiten Stufe aber umweltpolitische (Grüne versus SP). Unsere Vorgehensweise nimmt keine Differenzierung vor und ist demnach «unterkomplex». Weil die Resultate der Analyse aber auch einem wissenschaftlich interessierten Laienpublikum zugänglich sein sollen, haben wir auf die höchst komplexe Schätzung von *choice set models* oder multinomialen Logit-Modellen verzichtet.

Die nachfolgenden Abbildungen zeigen die Effektstärken (gemessen in Odds Ratios) von sachpolitischen Positionen auf den Wahlentscheid. Odds Ratios von Eins (markiert durch eine graue Linie) weisen darauf hin, dass diese Sachfragenorientierung *keinen* Einfluss auf den Wahlentscheid hatte. Das wiederum bedeutet nicht, dass die Wählerschaften zur entsprechenden Issue-Haltung keine dezidierte Haltung hatten. Es bedeutet lediglich, dass diese Sachfrage für den Wahlentscheid keine

<sup>27</sup> Die meisten Haltungen zu Sachfragen korrelieren in unterschiedlicher Stärke mit der Parteipräferenz. Aber welche dieser unterschiedlichen Haltungen war für die Wahl entscheidend? Diese Frage lässt sich mit bivariaten Analysen – also Analysen, die den Zusammenhang zwischen lediglich zwei Merkmalen überprüfen – nicht beantworten. Das Problem liegt darin, dass die oben vorgestellten politischen Einstellungen jeweils untereinander korrelieren und oftmals auf eine umfassende ideologische Dimension zurückzuführen sind. Wer sich beispielsweise politisch links einstuft, ist oftmals für einen starken Sozialstaat, aber gleichzeitig auch für eine Schweiz ohne Kernenergie, eine stärkere Integration in Europa, etc. Es ist aber nicht davon auszugehen, dass all diese Haltungen gleichermassen auf die Parteiwahl einwirkten. Gewisse Haltungen werden – möglicherweise auch aktiviert durch eine entsprechende Medienberichterstattung («priming») – für den Wahlentscheid wichtiger gewesen sein als andere Sachfragenorientierungen. Von besonderem Interesse ist dabei das Wahlverhalten derjenigen, deren Haltungen keine eindeutige Parteipräferenz vorspielen. Ein Beispiel: Wie haben Wählende entschieden, die in der Sozialpolitik die Linie der SP teilen, in der Migrationspolitik aber der SVP nahe stehen?

<sup>28</sup> Wir haben darauf verzichtet, auch noch soziodemographische Merkmale mitzuberücksichtigen. Dies deshalb, weil diese Merkmale – wie in der Einleitung erwähnt – psychologisch und zeitlich gesprochen erheblich weiter vom Wahlakt entfernt liegen als die Einstellungen zu Sachfragen. Infolgedessen ist ihr Effekt auf das Wahlverhalten – bei gleichzeitiger Mitberücksichtigung von Sachfragenhaltungen – in aller Regel nicht signifikant. Des Weiteren haben wir die Parteisympathie und die Links-rechts-Selbsteinstufung ebenfalls unberücksichtigt gelassen. Anders als bei den soziodemographischen Merkmalen liegt das Problem hier aber darin, dass diese beiden Merkmale viel zu nahe am Wahlakt liegen – so nahe, dass man beinahe schon von einer Tautologie sprechen müsste, würde man etwa den Wahlentscheid mit der Parteisympathie erklären wollen. Das ist daran erkennbar, dass die Parteisympathie den Wahlentscheid beinahe schon determiniert. Bloss: Was hat man damit erklärt, wenn man einen starken Zusammenhang zwischen Parteiidentifikation und Parteiwahl offenbart? Wenig bis gar nichts. Deshalb haben wir sowohl die Parteisympathie als auch die Links-rechts-Selbsteinstufung in diesen Modellen unberücksichtigt gelassen.



bedeutsame Rolle spielte. Odds Ratios<sup>29</sup> höher als Eins zeigen an, dass sich die in der Abbildung angegebene Position *positiv* auf den Wahlentscheid auswirkte. Odds Ratios geringer als Eins zeigen indessen an, dass sich die angegebene Position *negativ* auf den Wahlentscheid auswirkte.

Wer SVP wählte, nahm wie erwartet klare Positionen zu Fragen der aussenpolitischen Öffnung und der Migration ein: Weniger Öffnung und weniger Zuwanderung. Marktlösungen werden zudem staatlicher Regulierung gegenüber klar bevorzugt. Die Haltung zur Frage, ob primär der Staat oder der Einzelne die Verantwortung für das individuelle soziale Wohl trägt, spielte für die SVP-Wahl indessen keine Rolle ebenso wenig wie die Einstellung zur Rentenaltererhöhung auf 67 Jahre. Im Wesentlichen liegt dies daran, dass die SVP-Wählerschaft in der einen Frage gespalten ist (Rentenalter 67) und sich bei der anderen Frage (Sozialstaat vs. Eigenverantwortung) kaum von der FDP-Wählerschaft unterscheidet. Religiös-moralische Fragen spielten hingegen eine Rolle bei der SVP-Wahl, wenn auch nur eine sekundäre: So übte die Einstellung zur gleichgeschlechtlichen Ehe einen gewissen Effekt auf die SVP-Parteiwahl aus. Stark war dieser Effekt indessen nicht. Denn die Ehe für alle findet unter den SVP-Wählenden derzeit eine knappe Mehrheit. Interessant ist schliesslich, dass neben den bekannten SVP-Alleinstellungsmerkmalen (restriktive Migrationspolitik, Europaskepsis) offenbar ein weiteres hinzugekommen ist: Die Haltung zur Frage nach dem menschengemachten Klimawandel (und wie darauf zu reagieren ist). Wer dies in Abrede stellt oder zumindest gewisse Zweifel daran hat, hatte eine hohe Wahrscheinlichkeit, SVP zu wählen.

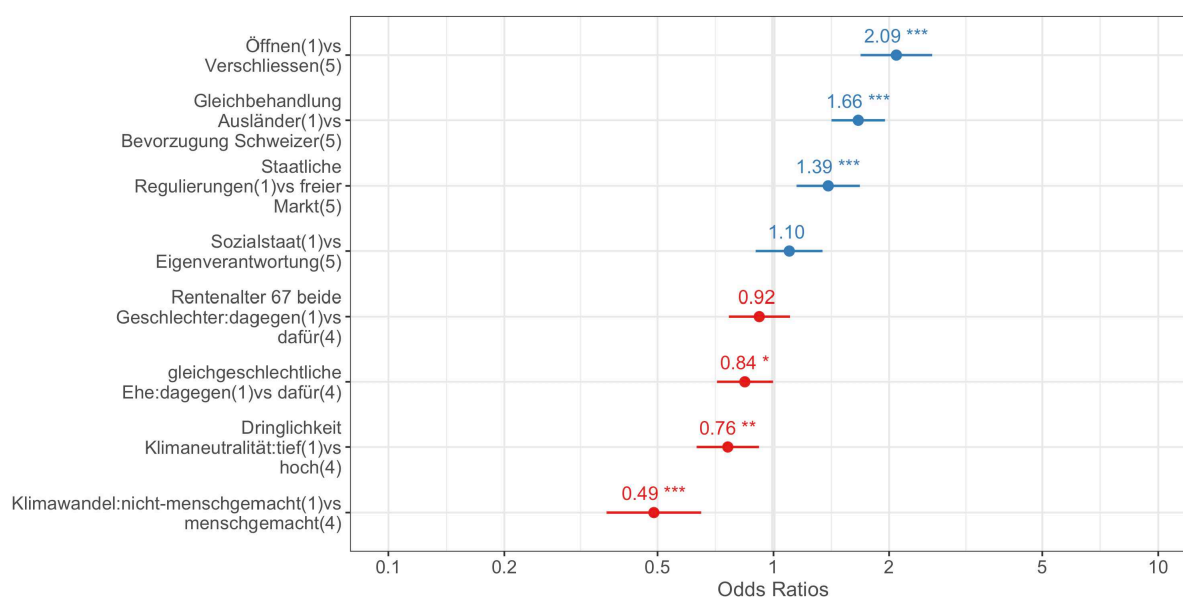


Abbildung 10: Entscheidungsfaktoren der SVP-Wahl, Odds Ratios, logistisches Regressionsmodell (n=1'416)

Die Wählerschaft der SP ist in vielerlei Hinsicht die Gegenfolie zu jener der SVP: Mehr Öffnung nach aussen, eine weniger restriktive Migrationspolitik und mehr Staat. Den insgesamt stärksten

<sup>29</sup> Odds – auf Deutsch zuweilen mit Gewinnchancen übersetzt – geben das Verhältnis zwischen der Häufigkeit des Eintretens eines bestimmten Ereignisses (zum Beispiel: die Teilnahme an den Wahlen oder die Wahl einer bestimmten Partei) und der Häufigkeit des Nicht-Eintretens dieses Ereignisses. Die Odds Ratio zwischen Merkmalsgruppen wiederum gibt das Verhältnis zwischen den Odds einer Gruppe (beispielsweise Männer) und den Odds einer anderen Vergleichsgruppe (beispielsweise Frauen) an.

Einfluss zugunsten einer SP-Wahl hatte – auch das kommt natürlich nicht unerwartet – die Haltung zu sozialen Fragen: Wer das Solidaritätsprinzip über dem Eigenverantwortungsprinzip stellt, dessen Wahl fiel mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die SP. Zudem wirkte sich die Ablehnung der Rentenaltererhöhung für beide Geschlechter positiv auf den SP-Entscheid aus. Interessant ist dabei folgende Randnotiz: Was die Rentenaltererhöhung anbelangt, so gleichen sich (ausgerechnet) SVP- und SP-Wählerschaft im Aargau stark. Klar dagegen sind 31 Prozent der SVP-Wählerschaft, während dieser Anteil bei der SP nur gerade ein Prozentpunkt (32 %) höher liegt. Wie gesagt, spielte die Rentenfrage bei der SVP-Wahl indessen keine Rolle, während sie bei der SP vor allem in Abgrenzung zu Parteien, die eine ähnliche gesellschaftspolitische Linie vertreten (z. B. die glp), einen Effekt hatte. Ebenso wie die Grünen (“Manifest”) und die glp (“Cool Down 2040”) legte auch die SP im Wahljahr ein Klimakonzept vor: Der Klima-“Marshallplan”. Für den individuellen Wahlentscheid zugunsten der SP spielte das Thema Klima jedoch so gut wie keine Rolle. Das lag nicht etwa daran, dass die SP-Wählerschaft die Energie- und Umweltpolitik der Parteispitze nicht teilt, sondern vielmehr daran, dass es für klimabewusste Wählende Alternativen gab – in erster Linie Grüne und glp. Mit anderen Worten, vor die Wahl zwischen glp, Grüne und SP gestellt, gab nicht etwa das Klimabewusstsein den Ausschlag zugunsten der SP, sondern primär deren klassisches Kernthema – Soziales.

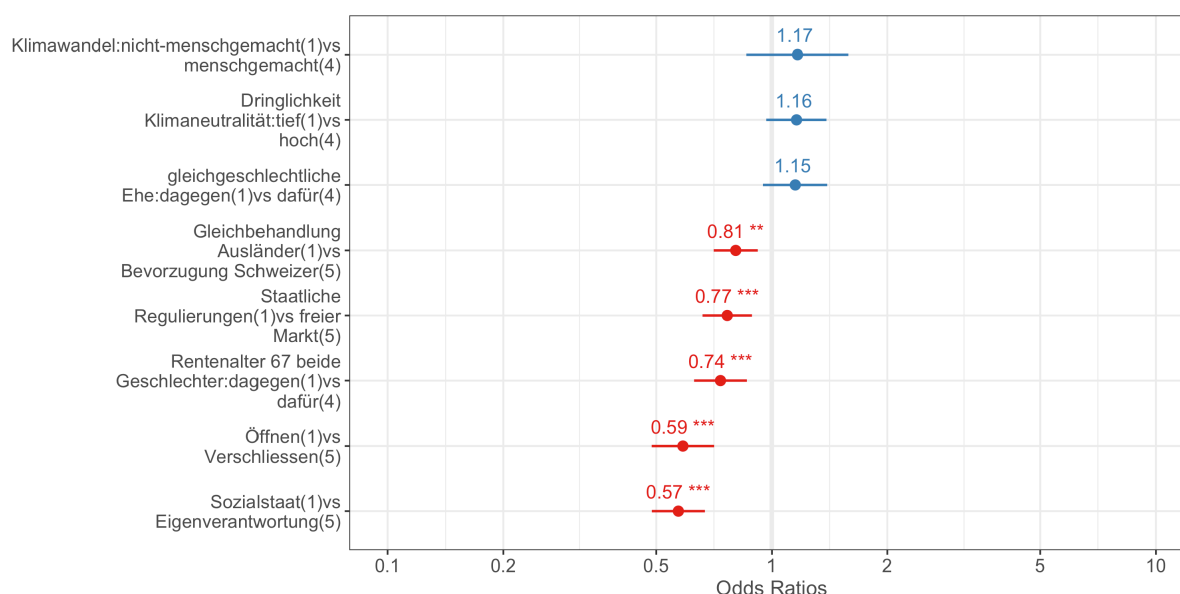


Abbildung 11: Entscheidungsfaktoren der SP-Wahl, Odds Ratios, logistisches Regressionsmodell (n=1'416)

Wer FDP wählte, legte Wert auf die klassischen liberalen Grundsätze: Weniger Staat, mehr Markt und mehr Eigenverantwortung. Auch die Frage des Rentenalters war von gewisser Bedeutung: Eine Zweidrittel-Mehrheit der FDP-Wählenden (67 %) stimmt einer Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre für Frauen und Männer prinzipiell zu. Ausserdem spielte auch die Haltung zur Dringlichkeit klimapolitischer Massnahmen eine gewisse Rolle: FDP-Wählende heissen eine Energiewende – im Sinne von Klimaneutralität – grundsätzlich gut (83 %), aber wollen hierfür Zeit bis 2035 (26 %) oder ggf. 2050 (38 %).

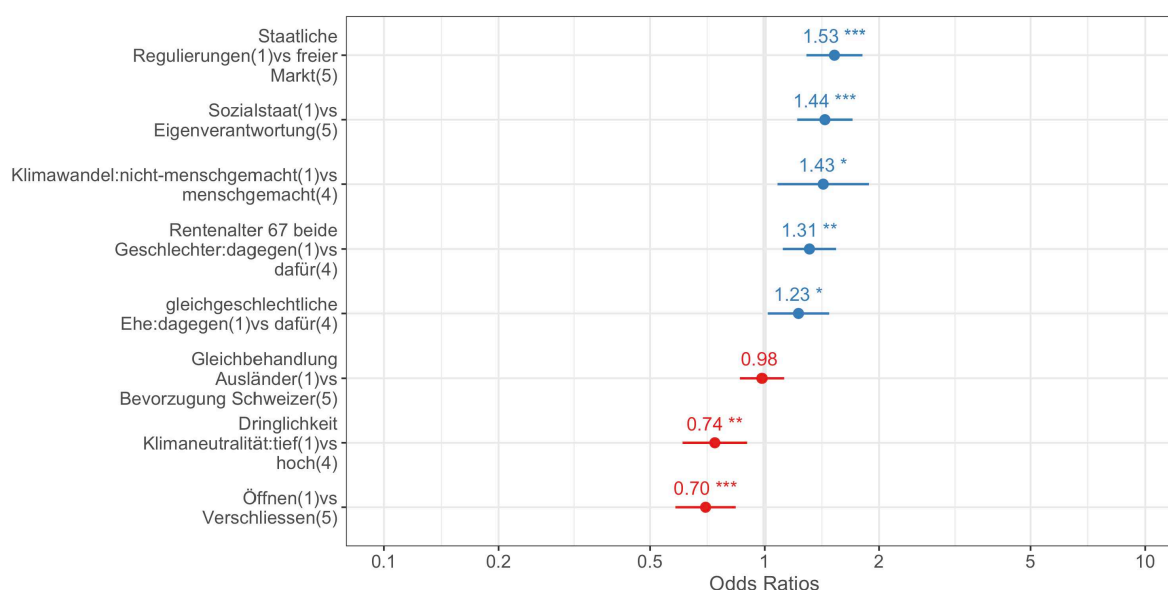


Abbildung 12: Entscheidungsfaktoren der FDP-Wahl, Odds Ratios, logistisches Regressionsmodell (n=1'416)

Das logistische Regressionsmodell für die CVP-Wahl brachte bloss zwei signifikante Effekte hervor. Dies hat zwei Gründe: Erstens, die CVP-Wählerschaft positioniert sich bei einer Reihe von Fragen just in der Mitte der entsprechenden Skala. Zweitens, die Wahl der CVP ist oftmals eine Traditionswahl, die weniger stark von Sachfragenorientierungen abhängig ist als die Wahl anderer Parteien.<sup>30</sup> Wichtig für die CVP-Wahl war – im Vergleich zu konkurrierenden Parteien – die Haltung zur Klimafrage und zur Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre. Bei der Klimafrage grenzt sich die CVP-Wählerschaft von wertkonservativen Parteien wie EVP, EDU und SVP ab, bei der Rentenalterfrage hingegen von linken Parteien wie SP und Grüne.

Warum wurde grün gewählt? Erwartungsgemäss lautet die Antwort: Dem Klima wegen. Die Haltung zum Klimawandel war das mit Abstand wichtigste Wahlmotiv. Für die Wahl der Grünen war allerdings nicht so sehr ausschlaggebend, ob man den Klimawandel für eine Tatsache hält oder nicht (darin unterscheiden sich die Wählerschaften der Grünen, SP und glp kaum), sondern vielmehr wie *dringlich* man Massnahmen zum Klimaschutz fordert. Wer sofortige oder möglichst rasche Massnahmen fordert, legte vorzugsweise grün ein. Andere Sachfragenorientierungen waren bloss von sekundärer Bedeutung und sind auch kein Alleinstellungsmerkmal der Grünen – etwa eine stärkere Regulierung des Marktes oder eine Gleichstellung von Ausländerinnen und Ausländern. Bei letzteren Fragen gibt es nur geringfügige Unterschiede zur SP-Wählerschaft.

Wenig überraschend hatte auch der glp-Wahlerfolg mit dem Klimabewusstsein zu tun. Indes, wenn man die Präferenzen der glp-Wählerschaft zu den einzelnen Klimafragen genauer betrachtet, so wird deutlich, dass die glp-Wählerschaft zwar keinen Zweifel am menschgemachten Klimawandel hegt (98 %), aber eine etwas gemächlichere Gangart bei der Erreichung der Klimaziele wünscht als

<sup>30</sup> Vgl. Lutz, Georg (2016). Eidgenössische Wahlen. Wahlteilnahme und Wahlentscheid. Selects – FORS, Lausanne: Seiten 8,9.

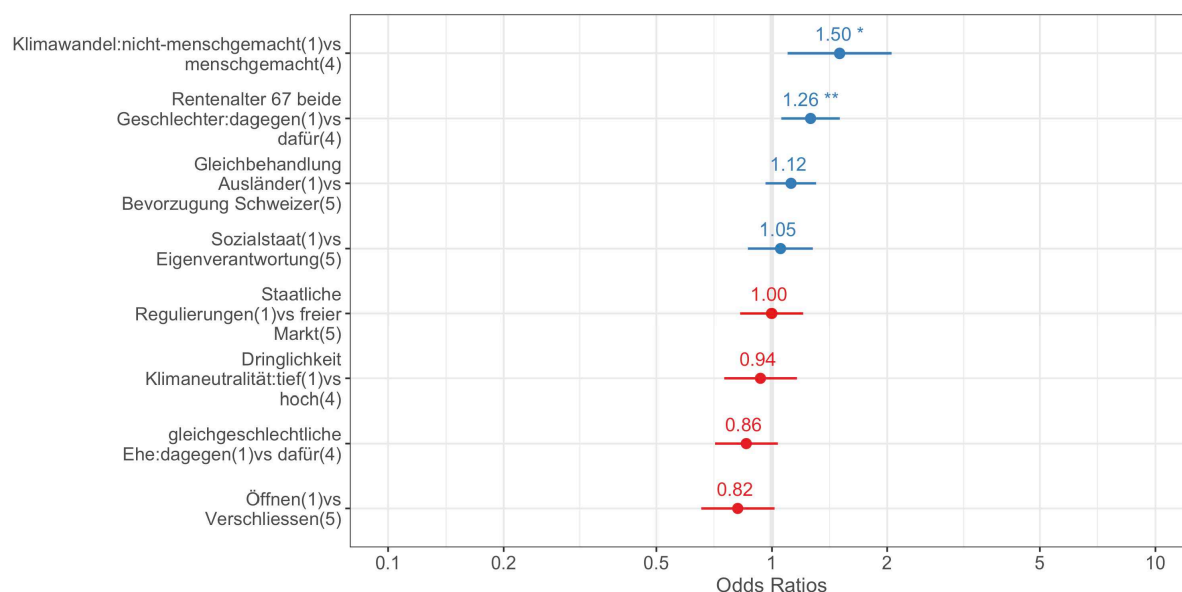


Abbildung 13: Entscheidungsfaktoren der CVP-Wahl, Odds Ratios, logistisches Regressionsmodell (n=1'416)

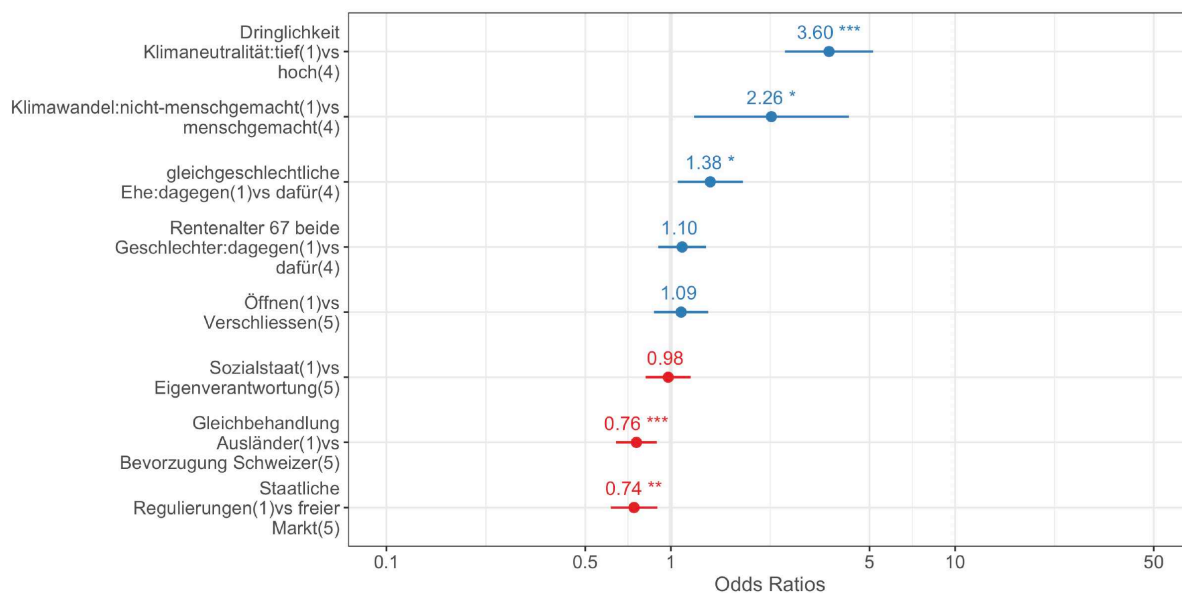


Abbildung 14: Entscheidungsfaktoren der Grünen-Wahl, Odds Ratios, logistisches Regressionsmodell (n=1'416)

die Grünen.<sup>31</sup> Tatsächlich hatte die Haltung dazu, wie rasch Klimaneutralität in der Schweiz erreicht werden soll, keinen Effekt auf die glp-Wahl. Was die glp-Wählerschaft weiter von der SP- und der Grünen-Wählerschaft unterscheidet, ist das grössere Vertrauen in den (freien) Markt, die stärkere Betonung des Eigenverantwortungsprinzips und eine klare Zustimmung zur Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre. Damit ist es der glp offenbar gelungen, ein Wählersegment anzusprechen, das gesellschaftspolitisch progressiv ist, grünen Anliegen hohe Priorität beimisst, aber linker Kapitalismuskritik wenig abgewinnen kann. Diese Nische im politischen Raum hat die glp bei den vergangenen Wahlen erfolgreich besetzt.

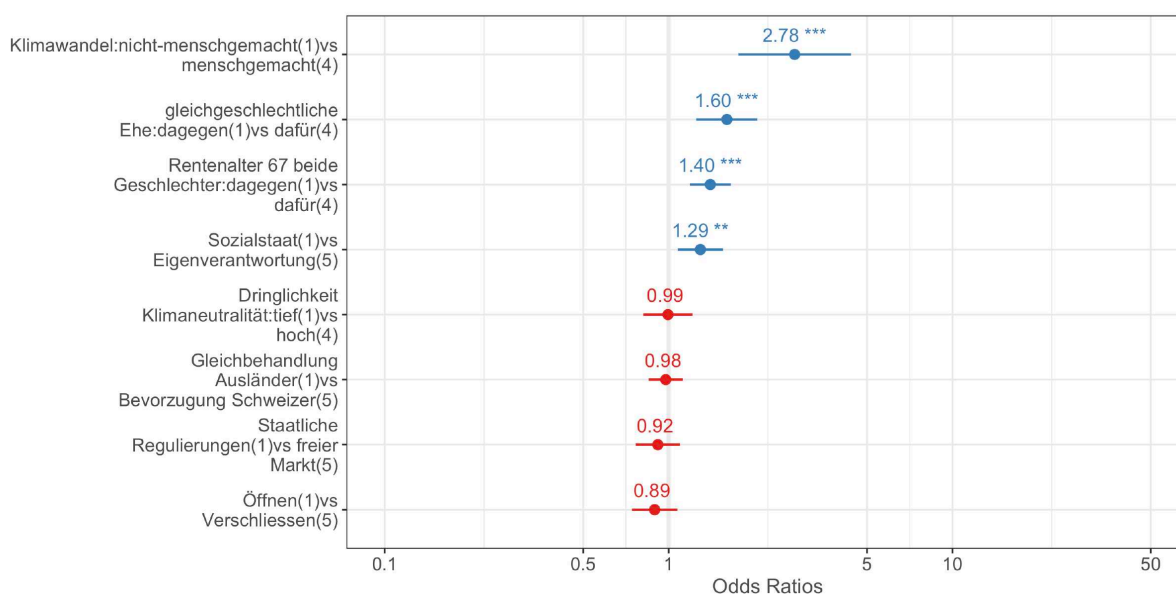


Abbildung 15: Entscheidungsfaktoren der glp-Wahl, Odds Ratios, logistisches Regressionsmodell (n=1'416)

Geradezu bestimmend für die EVP-Wahl war die Haltung zur moralischen Frage, ob die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet werden solle. Das heisst nicht, dass andere Fragen irrelevant für die EVP-Wahl waren. Aber betreffend Migrations- und Europapolitik gibt es beispielsweise zwischen den Wählerschaften der EVP und der anderen Mitte-Parteien nur geringfügige Unterschiede. Was letztere von der EVP-Wählerschaft trennt, ist indessen die primär religiös bedingte, dezidierte Ablehnung gleichgeschlechtlicher Ehen.

### 5.2.3 Die Links-rechts-Selbsteinstufung und der Wahlentscheid

Die Links-rechts-Skala ist eine Art «Super-Dimension», welche die Haltung zu den verschiedensten Sachfragen auf einem Kontinuum zusammenfasst. Gewiss, bei der Links-rechts-Selbsteinstufung spielen neben den Sachfragenorientierungen auch noch weitere Faktoren eine Rolle. Ein Teil der Wahlberechtigten stuft sich auf dieser Achse beispielsweise anhand der vermuteten Position ihrer bevorzugten Partei ein. Trotzdem spielen Sachfragenorientierungen eine bedeutsame Rolle

<sup>31</sup> Der Anteil jener, die der Meinung sind, die Schweiz solle "so schnell als möglich vollständig klimaneutral" werden, beträgt unter glp-Wählenden 38 %, während er bei den Grünen 82 % beträgt.

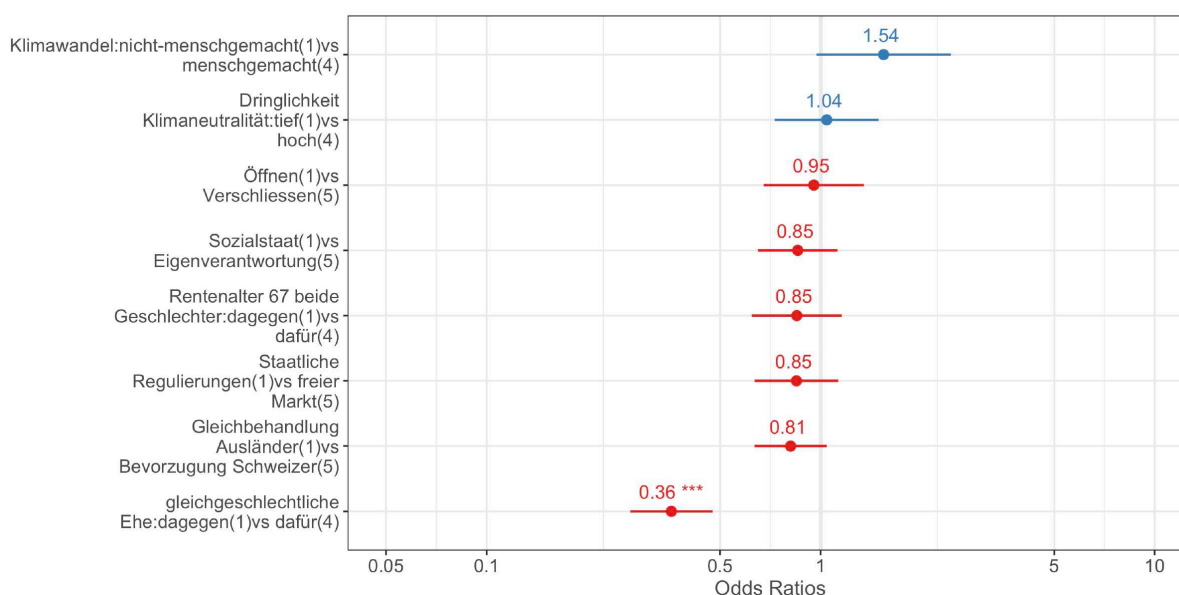


Abbildung 16: Entscheidungsfaktoren der EVP-Wahl, Odds Ratios, logistisches Regressionsmodell (n=1'416)

bei der Selbstpositionierung auf der Links-rechts-Skala (0=linksaussen, 5=Mitte und 10=rechtsaussen). Insofern zeigt die Links-rechts-Positionierung der verschiedenen Wählerschaften an, wo sich diese ideologisch lokalisieren. Betrachtet man die nachfolgende [Abbildung 17](#), die gleichzeitig die Verteilung der Links-rechts-Präferenzen aller Aargauer Wählenden wie auch der einzelnen Wählerschaften zeigt, so fällt zunächst auf, dass das rechte Lager zahlenmässig grösser ist als das linke Lager. Angesichts der hinlänglich bekannten Wähleranteile der rechten und rechtsbürgerlichen Parteien im Aargau kommt dies nicht sonderlich überraschend. Sodann aber wird deutlich, dass die SVP Aargau rechtsaussen praktisch unangefochten ist (Anteil SVP bei LR-Positionierung 8–10: zwischen 78–97 %), aber bis in die Mitte hinein Stimmen holen kann (Anteil SVP in der Mitte-Kategorie (5): 23 %). Tatsächlich hat die SVP selbst bei den Wählenden, die sich exakt in der Mitte einstufen, das beste Resultat aller Parteien erzielt. Die SVP konkurriert demnach nicht nur mit der EDU und der FDP um die Stimmen rechtsbürgerlicher Wähler, sondern auch mit den Mitte-Parteien um die Stimmen “mittiger” Wähler. Linksaussen hat die SP Aargau die Vormachtstellung inne (Anteil SP für LR-Pos. 0–2: rund 58 %), aber auch sie kann bis in die Mitte hinein punkten (Anteil SP in der Mitte-Kategorie (5): 9 %). Dies hat zur Folge, dass sich – bildlich gesprochen (vgl. [Abbildung 17](#)) – die jeweiligen “Ausläufer” der SVP- und SP-Verteilung in der Mitte des politischen Spektrums treffen. Ein Teil der Wählerschaften beider Parteien scheint demnach ideologische Gemeinsamkeiten zu haben.

Die Grünen-Wählenden verteilen sich etwas gleichmässiger als die SP-Wählenden zwischen linksaussen und Mitte, sogar etwas gleichmässiger als die glp-Wählenden, deren ideologisches “Gravitationszentrum” links der Mitte liegt. Der Erfolg der Grünen – deren ideologischer Schwerpunkt ansonsten auch klar links der Mitte liegt – hat also auch damit zu tun, dass eine nicht unbeträchtliche Zahl von Wahlberechtigten, die sich in der Mitte verortet, der Klimafrage wegen grün einlegte.

Die Partei der Mitte ist indessen die CVP, denn sie erzielt dort ihr klar bestes Ergebnis (20 %).

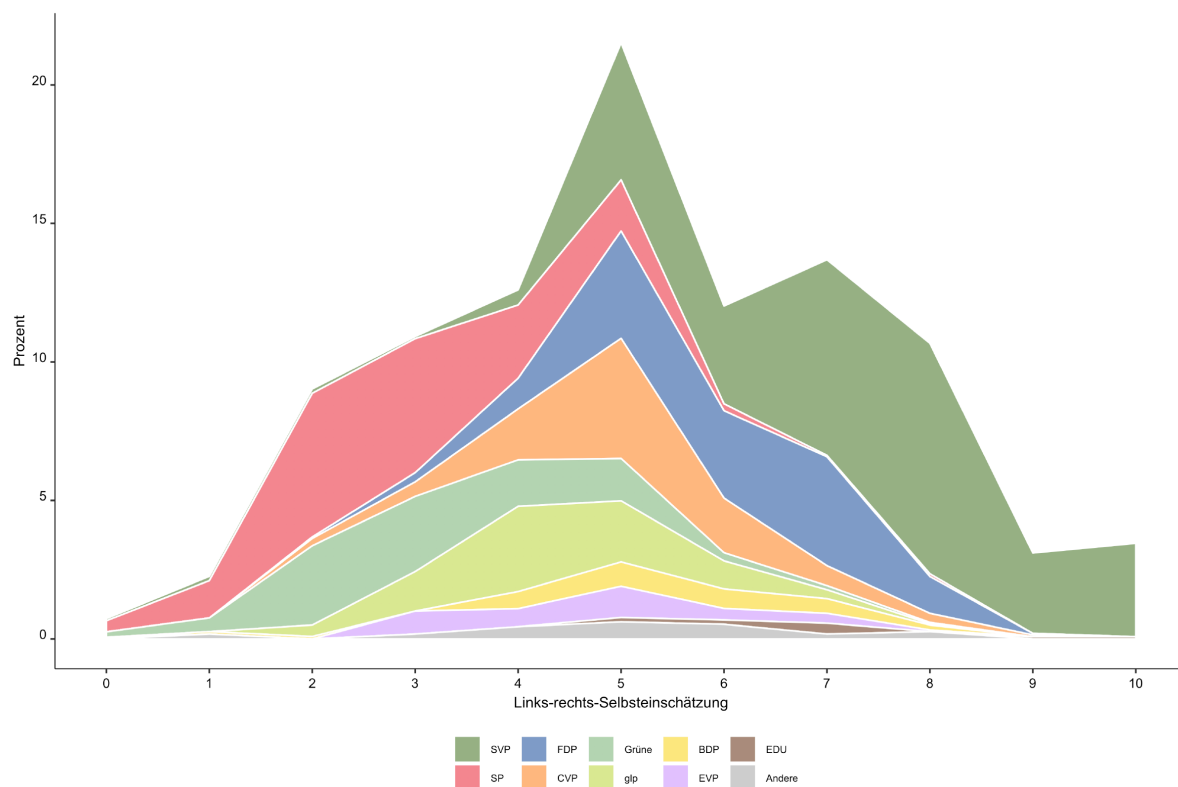


Abbildung 17: Parteiwahl nach Links-rechts-Selbsteinschätzung (n=1'653)

### 5.3 Wählerwanderungen

Im Nachgang zu Wahlen interessiert oftmals, ob und welche Verschiebungen es zwischen den Parteien gab. Solche Wählerwanderungen mit Umfragedaten nachzuzeichnen, ist bei Schweizer Wahlen nicht unproblematisch. Denn zum einen können Wahlberechtigte, die bei den vormaligen Wahlen (2015) zwar noch teilnahmen, aber 2019 nicht mehr im Kanton Aargau wahlberechtigt sind (z. B. verstorben oder weggezogen), aus naheliegenden Gründen nicht mehr in die Stichprobe gelangen. Zum anderen fällt es wegen der Panaschiermöglichkeit schwer, Wechselwähler eindeutig zu identifizieren. So ist beispielsweise denkbar, dass eine Wählerin an beiden Wahlen Kandidierende von den beiden gleichen Parteien wählte (z. B. von SP und Grünen), aber in einem *unterschiedlichen Mischverhältnis* (z. B. 2015 mehrheitlich SP- und 2019 mehrheitlich Grünen-Kandidierende). Ist eine solche Wählerin eine Wechselwählerin?<sup>32</sup> Das erstgenannte Problem lässt sich mit Umfragedaten nicht beheben, während das letztere pragmatisch gelöst wurde: Wer von einer Partei die

<sup>32</sup> Eine noch etwas fundamentalere Frage ist jene, ob man eine solche Wählerin überhaupt als Wählerin *einer* Partei definieren kann? Denn diese Beispielwählerin war ja an beiden Wahlen *gleichzeitig* Wählerin *zweier* Parteien.



meisten Kandidierenden wählte, galt als Wählender dieser Partei.<sup>33</sup> Allerdings kommt noch ein weiteres Problem hinzu: Um Wählerwanderungen ermitteln zu können, wurden die Befragten gebeten anzugeben, ob und wen sie 2015 gewählt haben. Ein Teil der Befragten konnte sich nicht mehr an das vergangene Wahlverhalten erinnern, weshalb sie in der Analyse auch nicht berücksichtigt werden konnten. Kurz, für die Analyse der Wählerströme wurden nur jene berücksichtigt, die an *beiden* Wahlen im Aargau wahlberechtigt waren und sich auch an ihr Wahlverhalten erinnerten (n=1'821). Wir haben somit die Neu- oder Erstwählenden für die Analyse der Wählerwanderungen bewusst weggelassen. Vergessen wurden sie indessen nicht. Ihnen – also den Neuwählenden – ist der darauffolgende [Abschnitt 5.4](#) gewidmet.

Veränderungen in den Parteistärken zwischen zwei Wahlen werden oftmals ausschliesslich mit Wechselwählenden in Verbindung gebracht. Aber aus Wahlnachbefragungen ist bekannt, dass ein beträchtlicher Teil dieser Verschiebungen weniger auf Wählerwanderungen zwischen Parteien, sondern vielmehr auf Mobilisierungs- bzw. Demobilisierungsprozesse zurückzuführen ist. Mit anderen Worten: Parteien verlieren oft Stimmen, weil ihre vormals Wählenden nicht mehr teilnehmen, wegziehen oder versterben, und gewinnen umgekehrt Stimmen hinzu, weil bis anhin Wahlabsinente nun teilnehmen bzw. Zugezogene, Neuwählende oder Eingebürgerte erstmals zum bestehenden Wahlkörper hinzustossen. Kurz, der Wahlkörper selbst unterliegt einem (z.T. massiven) Wandel. Von diesem Wandel profitieren einige Parteien, während für andere Parteien daraus Verluste resultieren. Dank den Stimmregisterdaten aus der Stadt St. Gallen sind für diese Stadt gar exakte Zahlen zugänglich:<sup>34</sup> Über ein Fünftel jener, die 2015 teilnahmen (und auch 2019 noch wahlberechtigt waren), blieben der Urne 2015 fern. Umgekehrt nahmen heuer rund 17 Prozent teil, die 2015 – obschon wahlberechtigt – nicht partizipierten. Mit anderen Worten: Die St. Galler Parteien verloren im Durchschnitt einen Fünftel ihrer vormals Wählenden an die Partei der “Nicht-Wähler”. Gleichzeitig haben sie 17 Prozent an Wählenden durch Neumobilisierung bisher Abstinenten gewonnen. Kurz, obschon die Ergebnisse Schweizer Wahlen in der Regel eine hohe Stabilität aufweisen, tut sich auf individueller Ebene erstaunlich viel. Wenn wir sodann all jene berücksichtigen, die *mindestens* an *einer* der beiden Wahlen wahlberechtigt waren, so fallen die entsprechenden Werte noch extremer aus. Von jenen, die 2015 in der Stadt St. Gallen teilnahmen, blieben 2019 18 Prozent der Urne fern und weitere 16 Prozent waren nicht mehr Teil des St. Galler Elektors (d. h., z. B. verstorben oder weggezogen). Mit anderen Worten: Die Parteien in der Stadt St. Gallen “verloren” im Schnitt mehr als ein Drittel ihrer vormaligen Wählerschaft<sup>35</sup>, konnten aber einen erheblichen Teil davon wieder durch Wechselwählende, Neu- und Erstwählende, Neuzuzüger und kürzlich Eingee-

<sup>33</sup> Es gab auch Befragte, die keine Partei angeben konnten, von der sie die meisten Kandidierenden wählten. Das mag daran liegen, dass sie eine Liste ohne Parteibezeichnung (aber mit selbst eingetragenen Kandidierendennamen) einlegten oder sich nicht mehr erinnerten, von welcher Partei sie die meisten Kandidierenden gewählt haben. Tatsächlich gab eine erhebliche Zahl dieser Wählenden an, *panaschiert* zu haben. In der Folge gaben diese Befragten auch exakt an, von welchen Parteien sie panaschiert haben. Wir müssen demnach davon ausgehen, dass diese Wählenden Kandidaten aus mehreren Parteien wählten, aber nicht mehr sicher waren, von welcher Partei die meisten Kandidierenden auf ihrer Liste stammten. Wir haben diese (nicht allzu zahlreichen) Wählenden der Kategorie “keine Hauptpartei” zugewiesen.

<sup>34</sup> Alle Registerdatenwerte der Stadt St. Gallen stammen von der Fachstelle Statistik St. Gallen.

<sup>35</sup> Weggezogen heisst allerdings nicht, dass die Parteien die Stimmen dieser Wählenden zwingend verloren. Es ist durchaus denkbar, dass aus der Stadt St. Gallen Weggezogene anderswo in der Schweiz teilnahmen und jene Partei wählten, der sie schon 2015 (in St. Gallen) die Stimme gegeben haben. Gleichwohl haben die *St. Galler* Parteien jene Stimmen von Weggezogenen verloren.



bürgerte kompensieren.

Die Mobilisierungs- vs. Demobilisierungsbilanz bei den Wahlen im Kanton Aargau gleicht jener der Stadt St. Gallen: 22 Prozent der 2015 Wählenden nahmen 2019 nicht mehr teil, während 14 Prozent jener, die 2015 nicht teilnahmen, vier Jahre später zur Wahl gingen. Kurz, die Aargauer Parteien verloren im Schnitt etwa ein Fünftel ihrer vormals Wählenden, konnten dies aber – über alle Parteien hinweg – weitestgehend mit Stimmen kompensieren, die von Wahlberechtigten stammten, die 2015 der Urne ferngeblieben waren. Wie gesagt, diese rund 22 Prozent sind ein Durchschnittswert für alle Parteien. Die Bilanz von Stimmengewinnen und Stimmenverluste variiert selbstredend zwischen den einzelnen Parteien und ist das Thema des nachfolgenden Abschnitts.<sup>36</sup>

Ihre vormals Wählenden vermochte die CVP am besten zu mobilisieren: Nur gerade acht Prozent der CVP-Wählenden 2015 nahm 2019 nicht mehr teil. Zudem legten 69 Prozent der CVP-Wählenden von 2015 auch heuer eine der CVP-Listen ein. Kurz, die CVP Aargau hat ihre Wählerschaft ausgesprochen gut mobilisiert, was wohl einer der Hauptgründe für ihren Wahlerfolg war. Von den Wählenden, welche die CVP verlor, wanderten die meisten zur glp ab (Anteil unter den 2015 CVP-Wählenden: 7 %). EVP und SVP konnten ebenfalls auf ihre Kernwählerschaft zählen. Wer 2015 eine dieser beiden Parteien wählte, blieb ihr häufig auch 2019 treu (64 bzw. 61 %). Gleichwohl hatte die SVP ein schwerwiegendes Problem: 28 Prozent ihrer Wählenden von 2015 nahmen 2019 nicht mehr teil. Im Gegensatz zu anderen Parteien konnte die SVP diesen Verlust durch Mobilisierung von vormals Abstinents sowie Erst- und Neuwählenden nicht kompensieren, woraus im Endeffekt eine Minus-Bilanz von etwas über 6.5 Prozentpunkte resultierte. Die SP wiederum trieb ihre vormals Wählenden auch 2019 erfolgreich zur Wahl. Nur gerade 15 Prozent der SP-Wählerschaft von 2015 partizipierten 2019 nicht mehr. Die Mobilisierungskampagne der SP funktionierte demnach ähnlich gut wie jene der CVP. Indes, etwa jede/r zehnte SP-Wählerin (11 %) von 2015 gab 2019 den Grünen die Stimme. Diese Verluste wurden durch das gute SP-Ergebnis bei all jenen, die 2015 noch nicht teilnahmen, wettgemacht. In dieser Gruppe – also die Gruppe der Nicht-Teilnehmenden von 2015, die aber 2019 teilnahm – betrug der SP-Wähleranteil 25 Prozent – höher als bei jeder anderen Partei (vgl. [Abbildung 19](#)). Kurz, die Mobilisierungsmaschine der SP lief auf Hochtouren, aber eine beträchtliche Zahl ihrer vormals Wählenden lief ins grüne Lager über. Der Grund für diesen Parteiwechsel war (erwartungsgemäss) der Klimaschutz. Eine klare Mehrheit der „Überläufer“<sup>37</sup> (56 %) gab den Umwelt- und Klimaschutz als grösste Sorge an. Zum Vergleich: Insgesamt betrug dieser Anteil innerhalb der SP-Wählerschaft 29 Prozent.

Die FDP verlor vor allem Wählerinnen und Wähler an die SVP (5 %) und glp (5 %). Diejenigen, die zur SVP abwanderten, hatten Zweifel am menschenverursachten Klimawandel, während eine klare Mehrheit jener, die zur glp zogen, den Klimaschutz als drängendstes Problem überhaupt betrachteten. Dieser Befund zeigt abermals das Klima-Dilemma der FDP: Den einen geht der „Klimawandel“ der

<sup>36</sup> Wir haben für die vorliegende Analyse die *Stimmberechtigtenzahlen* nicht mitberücksichtigt. 2019 zählte das Elektorat des Kantons Aargau rund 15'000 Wahlberechtigte mehr als 2015. Wegen der klar tieferen Wahlbeteiligung lag 2019 die absolute Zahl der Wählenden (eingelangte Wahlzettel: 192'123) etwas unter jener von 2015 (eingelangte Wahlzettel: 200'147).

<sup>37</sup> Die allermeisten dieser „Überläufer“ haben 2019 indessen *auch SP-Kandidierende panaschiert*. Der reale Verlust an Parteistimmen war für die SP demnach (vermutlich) kleiner als hier ausgewiesen. Gleichwohl gilt: Die Mehrheit der Kandidierenden haben diese Wählenden von den Grünen gewählt, während sie 2015 noch (hauptsächlich) SP wählten.

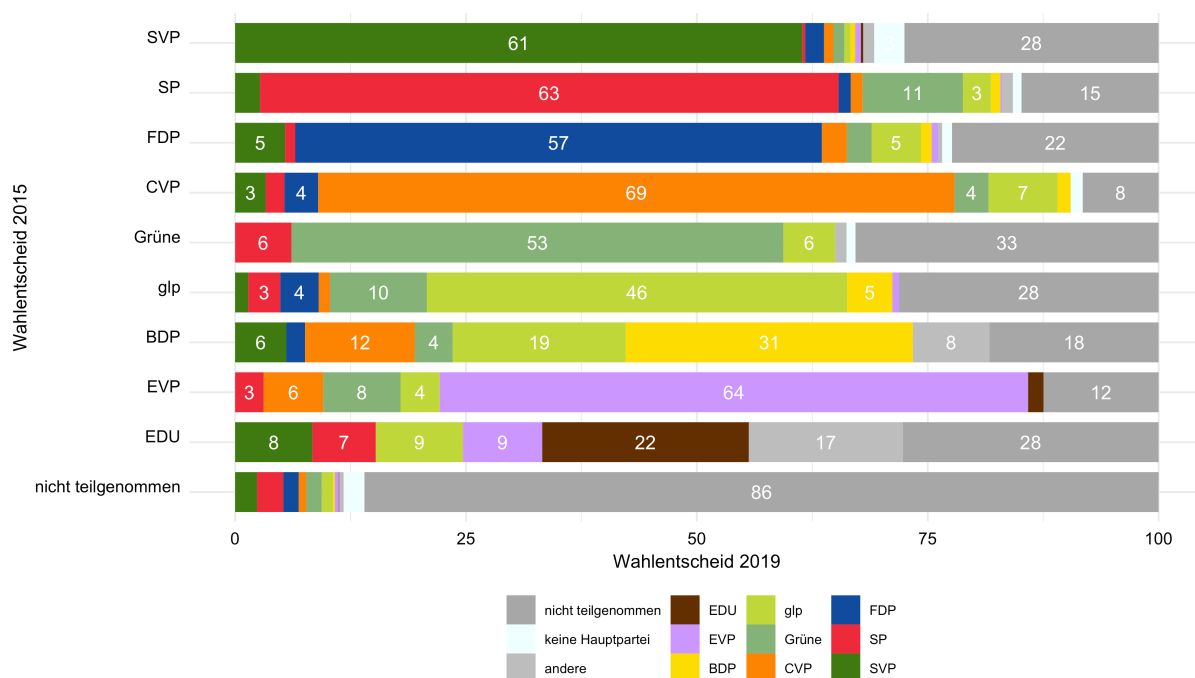


Abbildung 18: Wahlverhalten 2019 nach Wahlverhalten 2015 (n=1'821)

FDP unter Petra Gössi zu weit, den anderen zu wenig weit.

Die Grünen wiederum hatten überraschenderweise Mühe, ihre Wählerschaft von 2015 an die Urnen zu treiben. In unserer Stichprobe nahm ein Drittel der Grünen-Wählenden von 2015 nicht mehr teil. Umso verblüffender ist der massive Erfolg der Grünen: Er kam zustande, weil, erstens, eine erhebliche Anzahl von ehemaligen SP-Wählenden (11 %), glp-Wählenden (10 %) und EVP-Wählenden (8 %) neu grün einlegte<sup>38</sup> und, zweitens, ehemals Wahlabstinenten zugunsten der Grünen mobilisiert werden konnten: 13 Prozent jener, die 2015 noch nicht teilnahmen, aber 2019 partizipierten, wählten grün. Tatsächlich war die Anzahl Neumobilisierter innerhalb der Grünen-Wählerschaft nur etwas kleiner als die Zahl derer, die schon 2015 grün wählten. Kurz, das grüne Wahlwunder war einerseits der eigenen Kampagne (viele Neumobilisierte), aber andererseits auch der Mobilisierungswucht der SP-Kampagne zu verdanken.

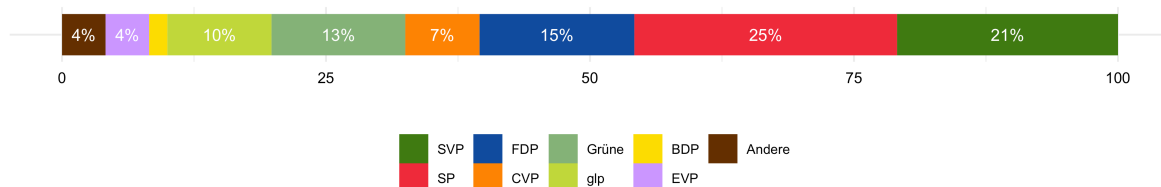


Abbildung 19: Parteiwahl der Neu-Mobilisierten (n=127)

<sup>38</sup> Hierbei ist stets zu berücksichtigen, dass elf Prozent der SP-Wählerschaft von 2015 in absoluten Zahlen natürlich deutlich mehr sind als beispielsweise elf Prozent der glp-Wählerschaft von 2015. Die SP-Wählerschaft von 2015 war etwa drei Mal so gross wie jene der glp. Mit anderen Worten: Die meisten Wechselwählenden der Grünen kamen aus dem Lager der SP.

Auch der glp gelang es nur bedingt, ihre Wählerschaft von 2015 zur Wahl zu animieren. Hinzu kommt, dass eine nicht unerhebliche Zahl (10 %) gewissermassen zur "alten Heimat", also den Grünen, zurückkehrte oder zog. Aber die glp vermochte vor allem unter den ehemaligen Wählenden anderer Mitteparteien zu punkten: Es kamen Stimmen aus den ehemaligen Wählerschaften der FDP, CVP, Grünen, EVP und vor allem auch der BDP neu hinzu. Zudem hat man auch unter den erstmals Wahlberechtigten (vgl. nachfolgenden [Abschnitt 5.4](#)) überdurchschnittlich viele neue Wählerinnen und Wähler rekrutieren können.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die CVP ihre Kernwählerschaft ausgezeichnet zu mobilisieren vermochte, während andere Parteien mit Demobilisierungstendenzen in ihren Anhängerschaften zu kämpfen hatten: Allen voran die SVP. Sie hat zwar eine treue Kernwählerschaft, aber ihr Erfolg ist auch von der Mobilisierung unregelmässiger Urnengänger abhängig – und just dies ist ihr 2019 nicht gelungen. Die SP-Kampagne war, wie schon in vorangegangenen Abschnitten gezeigt, sehr effektiv. Doch profitiert hat nicht nur die SP davon (+0.4 %), sondern auch die Grünen: 11 Prozent der SP-Wählenden von 2015 gaben heuer den Grünen die Stimme und dies meist dem Klimaschutz wegen. Wir können aufgrund der Datenlage nicht in jedem Einzelfall verifizieren,<sup>39</sup> ob die Unzufriedenheit mit der Klimapolitik der SP der Grund für diese Wechselwahl war. Angesichts der hohen Panaschierquote dieser Wechselwählenden ist es aber zumindest denkbar, dass sie ihre Stimme (auch) zu Signalisationszwecken verwendeten.

## 5.4 Neuwählerinnen und -wähler

Unter Neuwählerinnen und Neuwähler verstehen wir jene Wahlteilnehmenden, die 2019 das 18. Lebensjahr erreichten und erstmals wahlberechtigt waren. Sie sind oftmals von besonderem Interesse, obschon es sich hierbei um eine zahlenmässig geringe Schar handelt. Das Interesse ist deshalb gross, weil diese jungen, erstmals wahlberechtigten Alterskohorten häufig als "Vorböten" zukünftiger Trends betrachtet werden. Das ist nicht grundsätzlich falsch, aber eine Extrapolation ihrer Wahlpräferenzen in die Zukunft ist aus vielerlei Gründen höchst problematisch<sup>40</sup>. Nichtsdestotrotz haben wir die Parteiwahl innerhalb dieser Gruppe in einem gesonderten Abschnitt ausgewiesen. In unserer Stichprobe gaben 58 Befragte zwischen 18 und 21 Jahren an, 2019 erstmals wahlberechtigt gewesen zu sein und teilgenommen zu haben, was etwas über drei Prozent aller Teilnehmenden entspricht. Als Vergleich diene wiederum die Stadt St. Gallen, deren Registerdaten exakte Auswertungen ermöglichen: Die 18–21-Jährigen machten dort etwas weniger als fünf Prozent des Gesamtelektorats aus. Weil sich Junge aber weniger stark beteiligten als Ältere, beträgt ihr Anteil im St. Galler Wahlkörper weniger als vier Prozent – also durchaus vergleichbar mit den

<sup>39</sup> Tatsächlich nannten 64 Prozent dieser Gruppe, die Grünen seien die kompetenteste Partei, um das von ihnen angegebene drängendste Problem zu lösen (zumeist: Klimawandel). Rund ein Viertel (23 %) gab aber weiterhin die SP als die kompetenteste Partei an. Indes, die Stimme gaben sie den Grünen – womöglich um zu signalisieren, dass es sich bei ihrer Wahl um eine "Klimawahl" handle.

<sup>40</sup> Die Annahme dahinter ist jene, dass einmal entwickelte Parteibindungen stabil bleiben und sich somit die Stimmenverhältnisse später gewissermassen fortpflanzen. Das Problem dabei ist, dass die Beteiligung bei dieser Altersgruppe generell tief ist und somit in späteren Jahren weitere Erstwählende hinzukommen, die möglicherweise andere Parteipräferenzen haben. Sodann ist die Stabilitätsannahme zwar nicht grundsätzlich falsch, aber gerade in jungen Jahren mögen sich Parteipräferenzen ändern.

## Aargauer Werten.

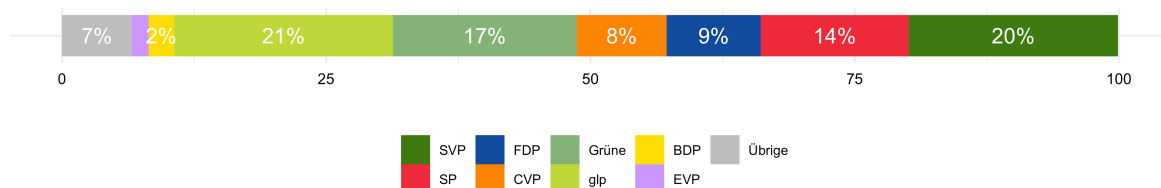


Abbildung 20: Parteiwahl der Neuwählenden (n=58)

Die beliebteste Partei unter den Aargauer Neuwählerinnen und -wähler war die glp: Sie holte rund einen Fünftel (21 %) aller Stimmen, dicht gefolgt von den SVP (20 %). Die Grünen erzielten 17 Prozent, die SP 14 Prozent an Parteistimmen, während FDP und CVP auf etwa neun bzw. acht Prozent Wähleranteile kamen. Mit anderen Worten, grün war die dominierende Parteifarbe bei den Jungen: glp und Grüne schnitten deutlich besser ab als im Gesamtelektorat. Für die Neuwählenden liegen keine Aargauer Vergleichsdaten von 2015 vor. National aber war 2015 die SVP die wählerstärkste Partei (24 %) unter den Neuwählenden. Allerdings nur knapp vor der SP (22 %), die damals sowohl die glp (6 %) wie auch die Grünen (11 %) klar distanzierte.<sup>41</sup> Die erstmals wahlberechtigte Jugend, die 2019 an den Wahlen im Aargau teilnahm, wechselte nun von "rot" auf vorzugsweise "grün". In welchem Ausmass dies genau geschah, ist aufgrund der tiefen Fallzahl der Neuwählenden (n=58) natürlich auch ein Stück weit Spekulation. Aber es scheint, als haben Grüne und vor allem glp bei den Neuwählenden im Kanton Aargau besser (oder zumindest vergleichbar gut)<sup>42</sup> abgeschnitten als die SP. Verdanken glp und Grüne ihren Erfolg der Jugend? Ja, zu einem gewissen Teil schon. Aber, wie gesagt, der Anteil der Jungwählenden am Total aller Teilnehmenden ist sehr gering. Insofern war die Jugendwelle bloss eine der mannigfaltigen Zutaten des grünen Wahlerfolgs. Abschliessend kann man sagen, dass die jungen Wählenden durchaus einen kleinen Einfluss auf das Ergebnis ausübten: Zwar nicht in dem Sinne, wie im Vorfeld der Wahlen vermutet wurde (hohe Beteiligung einer neupolitisierten Generation), sondern in der Form einer Gewichtsverschiebung der Parteipräferenzen unter den Jungen (stärker grün als rot).

## 5.5 Problemwahrnehmung, Kompetenzzuweisung und Wahlentscheid

Alle Befragten (Teilnehmende und Nichtteilnehmende) wurden gebeten anzugeben, welches politische Problem sie als das wichtigste erachten, mit dem die Schweiz gegenwärtig konfrontiert wird. Befragte mussten sich hier für *ein* Problemfeld entscheiden, Mehrfachantworten waren also nicht möglich. Die wichtigsten drei Problemkreise betreffen in dieser Reihenfolge: AHV und Altersvorsorge generell (27 %), Umweltschutz und Klima (17 %), sowie Gesundheitswesen und Krankenkassen (14 %). Sodann folgt das dominierende Wahlkampfthema der letztmaligen Wahlen, Asyl/Flüchtlinge und Ausländer (13 %), gefolgt vom Themenblock Europa/Europäische In-

<sup>41</sup> Lutz, Georg (2016). Eidgenössische Wahlen. Wahlteilnahme und Wahlentscheid. Selects – FORS, Lausanne: Seite 18.

<sup>42</sup> Wie gesagt, weil die Fallzahl lediglich 58 beträgt, wächst der Stichprobenfehler ziemlich stark an. Die obige Aussage ist deshalb als Tendenz zu interpretieren.

tegration/Rahmenabkommen (9 %). Darüber hinaus wurden nur noch vereinzelt weitere Themen genannt<sup>43</sup>. Die eine Hälfte der Bezeichnung "Klima- und Frauenwahl" kann demnach bestätigt werden: Der Klimawandel beschäftigte eine beträchtliche Zahl der Wahlberechtigten, nicht aber die Gleichstellung. Sie wurde nur von einem Prozent der Wahlberechtigten als das drängendste Problem bezeichnet.

Natürlich gab es Unterschiede in der Problemwahrnehmung zwischen den Merkmalsgruppen. Frauen sorgen sich stärker um die Gesundheitskosten bzw. das Gesundheitswesen (16 %), Männer stärker um die Beziehungen zur EU (13 %). Junge sehen im Klimawandel das drängendste Problem unserer Zeit (24 %), während dieser Anteil bei den älteren Wahlberechtigten (über 70-jährige) deutlich tiefer liegt (14 %). Für die Seniorinnen und Senioren stellen stattdessen die Gesundheitskosten (20 %) ein erhebliches Problem dar.

Natürlich gab es auch zwischen den einzelnen Wählerschaften deutliche Differenzen in der Beurteilung dessen, welches das drängendste Problem unserer Zeit darstellt. Die Sorgenagenda der SVP-Wählenden führen migrationsbezogene Themen an (29 %), vor der Altersvorsorge (25 %) und den Gesundheitskosten (15 %). Die Sorgenrangliste der FDP-Wählenden sieht ähnlich aus: Die Altersvorsorge (35 %) steht zuoberst, gefolgt von den Beziehungen zu Europa (18 %) und den Gesundheitskosten (15 %). Die Problemwahrnehmung der CVP-Wählenden wird durch die (steigenden) Gesundheitskosten (31 %) dominiert. An zweiter Stelle stehen das Gesundheitswesen (18 %), gefolgt vom Klimawandel (16 %). Je stärker man sich dem linken Pol des politischen Spektrums nähert, desto höher steigt die Bedeutung des Klima- und Umweltschutzes. Die glp-Wählerschaft setzte dieses Thema klar an erster Stelle (39 %), mit der AHV auf Platz zwei (21 %) und den Beziehungen zu Europa auf Platz drei (17 %). Die SP-Wählerschaft betrachtet den Klimawandel/Umweltschutz ebenfalls als das drängendste Problem (29 %), allerdings nicht im gleichen Ausmass wie die glp-Wählerschaft. Die Altersvorsorge beschäftigt die SP-Wählerschaft ebenfalls stark (20 %). Bei den Grünen überragt ein Problem alle anderen: Der Klima- und Umweltschutz. Er stellt für 60 Prozent der Grünen-Wählenden die grösste politische Herausforderung dar.

Die Befragten wurden zudem gebeten anzugeben, welche Partei sie für die kompetenteste hielten, um dem angegebenen Problem Herr zu werden. Wenig verwunderlich gaben die meisten Wählenden jene Partei an, die sie im Endeffekt gewählt hatten und die oftmals auch ihre bevorzugte Partei ist. Aufschlussreicher ist der Anteil jener, die angaben, *keine* Partei biete in dem betreffenden Problemfeld zufriedenstellende Lösungen an. Dieser Anteil war in den Problembereichen Umwelt/Klima, Migration und Europa gering. Mit anderen Worten: Wer sich um die genannten Probleme sorgte, fand in den allermeisten Fällen auch eine Partei, deren Lösungsvorschläge sie oder ihn überzeugten. Das war indessen bei der Altersvorsorge und vor allem den Gesundheitskosten schon weniger der Fall. 20 (Altersvorsorge) bzw. 27 Prozent (Gesundheitskosten) jener, die diese Problembereiche nannten, waren der Ansicht, keine Partei biete hier wirklich überzeugende Lösungen an. Wie gesehen, standen diese beiden Themen bei den meisten Wählerschaften sowie

<sup>43</sup> Insgesamt standen den Befragten 19 verschiedene Problemfelder zur Auswahl, 15 davon wurden hier zu *anderes* zusammengefasst. Die jeweiligen Fallzahlen dieser 15 zusätzlichen Problembereiche sind relativ tief (kleiner als ~ 8 % der Antwortenden) und die statistischen Unsicherheiten dementsprechend hoch bei einer Aufteilung auf 9 Parteien, weshalb wir bewusst auf eine Interpretation verzichten.

den Nicht-Teilnehmenden in den Top 3 der Sorgenrangliste. Hier lag demnach Wählerstimmenpotenzial brach, das im Prinzip von keiner Partei wirklich ausgeschöpft wurde.

## 6 Anhang

### 6.1 Beteiligung gemäss Stimmregisterdaten

Um unsere Beteiligungswerte aus der Umfrage zu validieren und um diese auch in einen gesamtschweizerischen Kontext einordnen zu können, haben wir Stimmregisterdaten aus verschiedenen Kantonen und Städten zusammengetragen.<sup>44</sup> Stimmregisterdaten unterliegen keiner statistischen Unschärfe, weil sie eine Vollerhebung darstellen. Solche Daten liegen allerdings nur aus wenigen Kantonen (Genf, Neuenburg) und für einige Städte vor (Stadt Zürich, Stadt St.Gallen, Stadt Luzern). Diese Kantone und Städte stehen nicht stellvertretend für die ganze Schweiz und natürlich auch nicht für den Kanton Aargau. Immerhin sind aber die grösste (Zürich), die zweitgrösste (Genf),<sup>45</sup> die siebt- (Luzern) und achtgrösste Schweizer Stadt (St. Gallen) unter jenen Gemeinden, für welche Registerdaten vorliegen. Für alle genannten Kantone und Städte liegen ausserdem auch die Daten für die vergangenen Wahlen vor, sodass zumindest für diese Gebietskörperschaften die Veränderungen in der Wahlbeteiligung einzelner Merkmalsgruppen (Altersklassen, Geschlecht) zwischen beiden Wahlen exakt gemessen werden können. Nachfolgende Tabelle 4 informiert über die Beteiligungsquoten in den verschiedenen Altersgruppen und zwischen den Geschlechtern (∅) und gibt zudem die Veränderung im Vergleich zu 2015 an (△).

Tabelle 4: Beteiligung nach Geschlecht und Altersklassen in ausgewählten Städten und Kantonen (Registerdaten)

| Merkmalsgruppe | ZH ∅ | ZH △ | GE ∅ | GE △ | LU ∅ | LU △  | SG ∅ | SG △ | NE ∅ | NE △ |
|----------------|------|------|------|------|------|-------|------|------|------|------|
| Frauen         |      |      |      |      |      |       |      |      |      |      |
| 18-29 Jahre    | 38.9 | –    | 25.5 | –0.9 | 41.1 | –9.8  | 33.9 | –2.6 | 29.1 | +1.3 |
| 30-39 Jahre    | 47.2 | –.3  | 27.4 | –3.7 | 47.8 | +8.2  | 39.6 | –3.5 | 29.0 | +0.2 |
| 40-49 Jahre    | 47.6 | –0.1 | 34.1 | –3.6 | 44.7 | –5.7  | 41.9 | –3.1 | 34.3 | –0.8 |
| 50-59 Jahre    | 49.9 | –0.2 | 40.4 | –4.4 | 48.7 | –1.0  | 50.6 | –2.6 | 41.4 | –1.7 |
| 60-69 Jahre    | 53.6 | –1.6 | 48.5 | –6.6 | 54.5 | –2.8  | 57.1 | –3.8 | 48.4 | –3.7 |
| >70 Jahre      | 49.4 | –0.1 | 49.8 | –4.4 | 49.5 | +8.0  | 51.4 | –2.3 | 45.2 | –1.3 |
| Total          | 47.6 | –0.3 | 38.3 | –3.9 | 47.7 | +0.2  | 45.7 | –2.7 | 38.7 | –.9  |
| Männer         |      |      |      |      |      |       |      |      |      |      |
| 18-29 Jahre    | 36.4 | –0.4 | 22.4 | –3.5 | 38.7 | –15.2 | 32.9 | –3.8 | 26.4 | –0.7 |
| 30-39 Jahre    | 50.4 | –2.0 | 27.8 | –5.3 | 48.9 | +5.6  | 41.0 | –4.0 | 30.5 | –.6  |
| 40-49 Jahre    | 52.1 | –0.5 | 36.7 | –5.0 | 48.4 | –4.4  | 44.4 | –3.3 | 36.4 | –2.0 |
| 50-59 Jahre    | 53.8 | –    | 43.7 | –5.9 | 49.8 | –2.3  | 50.3 | –5.3 | 43.5 | –4.6 |
| 60-69 Jahre    | 58.7 | –2.0 | 53.2 | –7.1 | 60.4 | –1.5  | 60.8 | –6.1 | 52.5 | –6.0 |
| >70 Jahre      | 64.1 | –1.4 | 59.6 | –6.7 | 64.7 | +10.6 | 67.1 | –4.0 | 59.3 | –3.6 |
| Total          | 51.8 | –0.9 | 39.9 | –5.4 | 51.5 | –1.0  | 48.2 | –3.9 | 41.7 | –2.5 |

Die Werte wurden gerundet. Quellen: Statistik Stadt Zürich (ZH), LUSTAT (LU), OCSTAT/SVE (GE), Service de statistique (NE), Fachstelle für Statistik (SG). ∅ gibt die Teilnahmerate für die Wahlen 2019 an, während △ die Differenz zwischen 2019 und 2015 angibt. Eine Bemerkung zur Wahlstatistik der Stadt Zürich: Die ausgewiesenen Werte stammen von der Statistik Stadt Zürich. Die Beteiligung am Urnengang stellt jeweils den Prozentanteil der abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmrechtsausweise an allen Stimmberechtigten dar. Zusätzlich wurden die Auslandschweizer, die 2015 noch innerhalb von Zürich gesondert ausgewiesen wurden, nicht berücksichtigt. Gemäss diesem Vergleich ging die Beteiligung zwischen 2015 und 2019 in der Stadt Zürich um 0.7 Prozentpunkte zurück. An anderer Stelle ist – aufgrund anderer Berechnungsgrundlage (gültige Stimmrechtsausweise) – von einem Zuwachs von 0.5 Prozentpunkte die Rede.

<sup>44</sup> Sciarini und Stojanovic (2019) haben Stimmregisterdaten aus den Kantonen Genf und Neuenburg sowie aus der Stadt St. Gallen und einer Auswahl Tessiner Gemeinden für einen NZZ-Beitrag ausgewertet. Wir haben zusätzlich Registerdaten aus der Stadt Luzern und der Stadt Zürich ausgewertet und gelangen zu einer etwas anderen Schlussfolgerung.

<sup>45</sup> Die Daten liegen für den *ganzen Kanton* und demnach auch für die Stadt Genf vor.

Zunächst fällt auf, dass die Stimmbeteiligung in allen fünf Gebietskörperschaften zurückgegangen ist. In der Tat fiel auch die gesamtschweizerische Partizipation 2019 tiefer aus als 2015. Sodann kann von einer hohen Jugendmobilisierung schlicht nicht die Rede sein. In den Deutschschweizer Städten ging die Jugendbeteiligung (18–29-Jährige) zurück. Zwar ging sie mit Ausnahme der Stadt Luzern nicht dramatisch zurück, aber sie fiel. In den beiden französischsprachigen Kantonen Genf und Neuenburg sieht die Bilanz etwas anders aus: In Genf fiel sie ebenfalls, während sie in Neuenburg – und zwar bloss bei den Frauen – leicht anstieg. Aber selbst dieser Anstieg (bei den jungen Neuenburger Frauen betrug er +1.7 Prozentpunkte) reicht bei Weitem nicht aus, sodass von einer Politisierung einer ganzen Generation die Rede sein könnte. Interessant ist indessen, dass die Beteiligungsquoten bei den älteren Wahlberechtigten in der Tendenz stärker fielen als bei den jüngsten Wahlberechtigten. Das trifft zwar nicht in allen fünf Gebietskörperschaften zu und zudem nicht überall im gleichen Ausmass, aber in der Tendenz ging die Partizipation bei den älteren Wahlberechtigten etwas stärker zurück als bei den Jungen. Mit anderen Worten: Das Ergebnis der Wahlen vom 20. Oktober 2019 kam nicht deshalb zustande, weil Massen von neu politisierten Jugendlichen an die Urnen strömten – im Gegenteil die Wahlbeteiligung ging tendenziell zurück – sondern (eher), weil sich die Seniorinnen und Senioren nicht derart stark beteiligten wie vor vier Jahren. Die Unterschiede sind indessen nicht derart gross, weswegen die Demobilisierung der Älteren alleine die “Klima-Wahl” und den Absturz der SVP nicht erklären können. Ausserdem sei zuletzt auch darauf hingewiesen, dass die Partizipationsdifferenz zwischen Jung und Alt trotz etwas geringerer Beteiligung der älteren Wahlberechtigten nach wie vor erheblich ist: Sie beträgt (mit Ausnahme Luzerns) zwischen der jüngsten (18–29 Jahre) und der ältesten Altersklasse (ü 70) 20–30 Prozentpunkte.

War die “Frauenwahl”, wie die nationalen Wahlen mitunter bezeichnet wurden, darauf zurückzuführen, dass “junge Frauen voran marschierten”? Auch für diese These finden sich in den vorliegenden Daten keine überzeugenden Belege. Die Beteiligungszahlen der Frauen gingen mit ganz wenigen Ausnahmen in allen Altersklassen zurück. Eine Ausnahme bildeten die 18–29-jährigen Neuenburgerinnen, die sich etwas stärker beteiligten als dieselbe Gruppe vor vier Jahren. Allerdings ist es auch hier so, dass die Beteiligungsquoten der jungen Frauen in der Tendenz und über alle hier untersuchten Gebietskörperschaften weniger stark zurückgingen als bei den älteren Frauen oder den Männern im Generellen. Insofern war es eine Art Frauenwahl, aber nicht in dem Sinne, wie dies am Wahlsonntag häufig kolportiert wurde – wonach Massen junger Frauen an die Urnen strömten – sondern vielmehr in jenem Sinne, dass junge Frauen *von der generellen Demobilisierungswelle am wenigsten stark erfasst wurden*.



## 7 Methodischer Steckbrief

### 7.1 Die Datenerhebung

Als Auswahlrahmen der vorliegenden Erhebung diente das kantonale Einwohnerregister (ERS) des Kantons Aargau. Statistik Aargau zog aus dieser vollständigen Liste der Grundgesamtheit aller kantonalen Wahlberechtigten eine Zufallsstichprobe von 10'000 Zielpersonen. Durch dieses Vorgehen wird in einem ersten Schritt (Auswahlrahmen) eine lückenlose Abdeckung der Zielpopulation (Aargauer Stimmberechtigte) gewährleistet. Die Zielpersonen erhielten ein Einladungsschreiben per Post, welches einen Zugangscode für den Online-Fragebogen enthielt. Daneben lag dem Schreiben auch ein gedruckter Fragebogen bei. Die Zielpersonen hatten somit die Wahl zwischen dem Ausfüllen eines digitalen Fragebogens übers Internet und eines klassischen Fragebogens mit Stift und Papier.

### 7.2 Die Stichprobe

Die Nettostichprobe umfasst insgesamt 2146 Befragte, die das Interview *vollständig* ausfüllten. Für insgesamt 2'204 Befragte liegen indessen Informationen für die Beteiligung vor (nicht aber für alle weiteren Fragen). Der kleinere Teil füllte den Print-Fragebogen (n = 758) und eine klare Mehrheit den Online-Fragebogen (n = 1388) aus. Die nachfolgende Tabelle informiert über die Ausschöpfungsquote. Die mittlere Befragungsdauer der Online-Erhebung betrug 20 Minuten. Die am Urnengang Teilnehmenden sind bei politischen Nachbefragungen üblicherweise übervertreten. Auch in der vorliegenden Studie betrug die Differenz zwischen der tatsächlichen und der in der Umfrage erhobenen Partizipationsquote 32.9 Prozentpunkte. Die Differenz bezüglich des Wahlentscheides ist indessen deutlich geringer. Die grösste Differenz lag bei den SVP-Wählenden vor. In der Umfrage gaben etwa 24.5 Prozent an, SVP gewählt zu haben, während es tatsächlich rund 31.5 Prozent waren (Differenz: -7 Prozentpunkte).<sup>46</sup> Bei allen anderen Parteien war die Differenz (teils) deutlich geringer. Die Differenzen wurden für die Analyse mittels Gewichtung korrigiert.

Auch die Stichprobenverteilungen der Merkmale Alter, Geschlecht und Bezirkszugehörigkeit entsprechen weitestgehend den entsprechenden Verteilungen der Stimmberechtigten in der Gesamtpopulation.

### 7.3 Die Gewichtung

Jede Bevölkerungsumfrage weist Verzerrungen auf. Diese Verzerrungen können aus dem Verfahren (zufälliger Stichprobenfehler, *sampling error*), dem Stichprobenrahmen (*coverage error*) und aus der Stichprobenrealisierung (Interviewverweigerung, *non-response error*) resultieren. Eine Verzerrung, die dadurch bedingt ist, dass der Auswahlrahmen nicht alle Elemente der Grundgesamtheit enthält, kann bei der vorliegenden Erhebung prinzipbedingt nicht auftreten. Denn das kantonale

<sup>46</sup> In den Differenzen sind auch die «nicht-materiellen» Entscheide enthalten. «Nicht-materiell» meint in diesem Zusammenhang, dass man neben der Wahl einer Partei auch leer einlegen konnte. Die leer Einlegenden wurden bei der Ermittlung der Differenzen zwischen den tatsächlichen und den in der Umfrage erhobenen Entscheiden mitberücksichtigt.

Tabelle 5: Ausschöpfung der Stichprobe

|   | Anzahl       | Anteil in % |
|---|--------------|-------------|
| <b>Stichprobengrösse / versendete Fragebögen</b>  | 10'000       | 100.0       |
| <b>Qualitätsneutrale Ausfälle</b>                 |              |             |
| weggezogen (allfällige Nachsendefrist abgelaufen) | 10           | 0.1         |
| unter angegebener Adresse nicht ermittelbar       | 36           | 0.4         |
| verstorben  | 4            | 0.0         |
| bekommt keine Abstimmungsunterlagen               | 0            | 0.0         |
| <b>Total</b>                                      | <b>50</b>    | <b>0.5</b>  |
| <b>Mögliche Interviewteilnehmende</b>             | 9'950        | 100.0       |
| <b>Systematische Ausfälle</b>                     |              |             |
| durchgehend unplausibles Antwortverhalten         | 0            | 0.0         |
| abgebrochen <sup>1</sup>                          | 88           | 0.9         |
| möchte nicht teilnehmen / verweigert              | 81           | 0.8         |
| kann nicht teilnehmen / verhindert                | 21           | 0.2         |
| stillschweigende Nichtteilnahme                   | 7'614        | 76.5        |
| <b>Total</b>                                      | <b>7'804</b> | <b>78.4</b> |
| <b>Realisierte Interviews</b>                     |              |             |
| online  | 1'388        | 13.9        |
| schriftlich                                       | 758          | 7.6         |
| <b>Total</b>                                      | <b>2'146</b> | <b>21.6</b> |

<sup>1</sup> Auch die Antworten der abgebrochenen Interviews wurden in den Analysen wo immer möglich berücksichtigt. Folglich kann die Anzahl Beobachtungen maximal um die Anzahl abgebrochener Interviews über dem Total der realisierten Interviews zu liegen kommen.

Einwohnerregister ist eine vollständige Liste der Zielpopulation<sup>47</sup>. Nicht alle gemäss Auswahlplan vorgesehenen Befragten sind indessen erreichbar bzw. nehmen auch tatsächlich teil. Die Ausschöpfungsquote der vorliegenden Erhebung beträgt beispielsweise 21.6 Prozent. 78.4 Prozent konnten demnach nicht erreicht werden bzw. waren nicht bereit, an der Umfrage teilzunehmen. Unterscheiden sich die Umfrageteilnehmer/innen systematisch von den Umfrageverweiger/innen – wie oft der Fall<sup>48</sup> – hat eine mangelnde Ausschöpfung Stichprobenverzerrungen zur Folge. Um diese zu korrigieren, werden gemeinhin Gewichtungungsverfahren eingesetzt.

Auch bei der vorliegenden Studie wurden Gewichtungsfaktoren verwendet. Das dabei eingesetzte

<sup>47</sup> In der Praxis kommt es aufgrund der Zeitverzögerungen zwischen der Registeraktualisierung sowie der Stichprobenziehung einerseits und dem Versand unserer Einladungsschreiben andererseits dennoch zu einigen durch Umzüge, Todesfälle etc. bedingten Ausfällen (vgl. Tabelle 9), was allerdings bloss vernachlässigbar kleine Verzerrungen nach sich zieht.

<sup>48</sup> So haben diesmal etwa 79.9 Prozent der Umfrageteilnehmer/innen gemäss Eigenangabe abgestimmt, während dies tatsächlich nur 47 Prozent der stimmberechtigten Aargauer/innen taten (exkl. Auslandschweizer/innen).

Gewichtungsverfahren war ein Kalibrationsverfahren<sup>49</sup>, das *Iterative Proportional Fitting (IPF)*, auch *Raking* oder *Raking Ratio* genannt). Mit einem bestimmten Algorithmus<sup>50</sup> werden beim Raking die Randverteilungen zwischen Stichprobe und den bekannten Parametern der Grundgesamtheit durch ein iteratives Vorgehen in Einklang gebracht.<sup>51</sup>

Der Erfolg eines Raking-Verfahrens ist im Wesentlichen davon abhängig, ob die folgende Annahme zutrifft: Die Respondenten *innerhalb der einzelnen Klassen* einer Gewichtungsvariablen müssen stellvertretend für die Nichtrespondenten in denselben Klassen stehen. Am Beispiel des Mittelwertes als interessierende Grösse bedeutet dies:  $\bar{Y}_r = \bar{Y}_n$ , wobei  $r$  für die Gruppe der Respondenten innerhalb einer bestimmten Merkmalsgruppe steht (z. B. über 60-jährige Frauen) und  $n$  für die Nicht-Respondenten aus derselben Gruppe. Diese Annahme kann nicht überprüft werden. Aber gleichzeitig macht sie auf die grosse Bedeutung der Auswahl der Gewichtungskriterien aufmerksam. Für unsere Studie wurde eine Angleichung nach den Kriterien Teilnahme und Entscheidverhalten (bei allen vier Vorlagen) vorgenommen.

## 7.4 Zur Inferenz

Resultate von Bevölkerungsumfragen sind stets mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Bei Zufallsstichproben kann man diese Unsicherheit indessen angeben. Getan wird dies in aller Regel, indem man für alle Statistiken auch das zugehörige *Konfidenzintervall* ausweist. Dieses Intervall gibt die Bandbreite an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer von vornherein festgelegten Wahrscheinlichkeit zu liegen kommt. Diese Wahrscheinlichkeit (auch «Konfidenzniveau» genannt) haben wir auf 95 Prozent festgelegt («doppelter Standardfehler»). Die entsprechende Bandbreite informiert demnach darüber, in welchem Prozentbereich der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit zu liegen kommt. Das 95 %-

<sup>49</sup> Die in der Literatur verwendete Terminologie ist leider nicht einheitlich. Ab und an wird das hier verwendete Verfahren auch generell als Poststratifikation bezeichnet. Darunter verstehen wir Gewichtungsverfahren, die eine Angleichung der Stichprobenwerte aller (kreuztabulierten) Gewichtungsklassen an deren bekannte Populationsverteilung vornehmen. Wir beschränken den Begriff der Poststratifikation auf Verfahren, bei denen Zellsommen (im Gegensatz zu Randsummen, vgl. Kalibration) angeglichen werden. Unter Kalibrierungsverfahren verstehen wir hingegen Adaptionstechniken, mit denen die Randverteilungen der realisierten Stichprobe an bekannte Randverteilungen in der Bevölkerung angeglichen werden. Der Unterschied zur Poststratifikation liegt darin, dass bei der Kalibration keine Schichtung in sich *gegenseitig ausschliessende* Strata vorgenommen wird. Mit anderen Worten: Es werden keine Sollvorgaben für einzelne Gewichtungszellen definiert, sondern lediglich für die Randsummen.

<sup>50</sup> Die klassische IPF-Prozedur gleicht die Randsummen einer Stichprobe den vorgegebenen Randsummen iterativ nach folgendem Algorithmus an:

$$\hat{m}_{ij}^{(2\eta-1)} = \frac{\hat{m}_{ij}^{(2\eta-2)} x_{i+}}{\sum_{k=1}^J \hat{m}_{ik}^{(2\eta-2)}}$$

$$\hat{m}_{ij}^{(2\eta)} = \frac{\hat{m}_{ij}^{(2\eta-1)} x_{+j}}{\sum_{k=1}^I \hat{m}_{kj}^{(2\eta-1)}}$$

<sup>51</sup> Für unsere Schätzung haben wir das R-Paket *anesrake* verwendet. *anesrake* erlaubt ein sogenanntes *Trimming* (oder auch: *Truncating*) der Gewichte. Gemeint ist damit eine «Plafonierung» der Gewichtungswerte, dadurch dass eine Obergrenze definiert wird. Generell wird dadurch, dass man Obergrenzen (und teilweise auch Untergrenzen) für die Gewichtungswerte festlegt, verhindert, dass einzelnen Beobachtungen extrem hohe Gewichtungswerte zugewiesen werden. Gleichzeitig wird dadurch auch eine Verringerung des MSE angestrebt. In der angewandten Forschung kursieren unterschiedliche Richtwerte dazu. Wir haben einen Maximalwert von 5 definiert, die tatsächlich errechneten Maximalgewichte betragen allerdings nur 2.64 (nach Teilnahme) bzw. 3.85 (nach Stimmentscheiden). Die kleinsten errechneten Gewichte kamen indes bei 0.59 (nach Teilnahme) bzw. 0.39 (nach Stimmentscheiden) zu liegen.

Konfidenzintervall ist dabei vom Stichprobenumfang ( $n$ ) wie auch der Verteilung der Variablenwerte ( $\hat{p} \cdot (1 - \hat{p})$ ) abhängig.

$$p_{o,u} = \pm 1.96 \cdot \sqrt{\frac{\hat{p} \cdot (1 - \hat{p})}{n}}$$

Dazu ein Beispiel: Gehen wir zunächst von einem ausgeglichenen Stimmenverhältnis (d. h. einem Anteil von 50 Prozent Ja-Stimmen und 50 Prozent Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von 1'000 Befragten aus. In einem solchen Fall betrüge der Stichprobenfehler  $\pm 3.1$  Prozentpunkte und das dazugehörige Konfidenzintervall käme demnach zwischen 46.9 und 53.1 Prozent zu liegen. Mit anderen Worten: Der wahre Wert in der Grundgesamtheit aller Aargauer Stimmenden käme mit einer 95 %-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.9 und 53.1 Prozent zu liegen. Dieser Zufallsfehler erhöht sich – wie aus obiger Formel ersichtlich – mit abnehmender Befragtenzahl nach dem Wurzel-n-Gesetz (d. h. der Stichprobenfehler verändert sich umgekehrt proportional zur Quadratwurzel der Stichprobengrösse), verringert sich indessen, je unausgeglichener das Stimmenverhältnis ist. In der Praxis bedeutet dies, dass sich der Stichprobenfehler vor allem bei kleinen Merkmalsgruppen erheblich erhöhen kann, was in der Folge die statistische Aussagekraft der entsprechenden Resultate stark beeinträchtigt.

## Abbildungsverzeichnis

|    |  |    |
|----|--|----|
| 1  | Teilnahme nach politischen Kenntnissen . . . . .   | 12 |
| 2  | Politische Kenntnisse nach Alterskategorie . . . . .   | 13 |
| 3  | Gründe für das Fernbleiben von der Urne (n=422; Befragte, die keine Antwort gaben,<br>wurden nicht berücksichtigt) . . . . .                 | 15 |
| 4  | Entscheidzeitpunkt nach Parteiwahl 2019 (n=1'663) . . . . .  | 17 |
| 5  | Nutzung der Informationsquellen (n=1'392–1'546; Befragte, die keine Antwort gaben<br>wurden nicht berücksichtigt) . . . . .                  | 19 |
| 6  | Kontakt mit Parteien und Kandidierenden anlässlich politischer Anlässe/Aktionen . .  | 20 |
| 7  | Wählerschaften nach Alter und Geschlecht (horizontale Linie steht für das Medianalter)   | 23 |
| 8  | Parteistimmen nach ausgewählten soziodemografischen Merkmalen (nur materiell<br>Wählende, d. h. ohne Leerstimmen, n = 1'447–1'688) . . . . . | 24 |
| 9  | Wahlentscheid nach Parteisympathie (nur Wahlteilnehmende mit materieller Präfe-<br>renz, n=1'653, gewichtet) . . . . .                       | 29 |
| 10 | Entscheidungsfaktoren der SVP-Wahl, Odds Ratios, logistisches Regressionsmodell<br>(n=1'416) . . . . .                                       | 31 |
| 11 | Entscheidungsfaktoren der SP-Wahl, Odds Ratios, logistisches Regressionsmodell (n=1'416)   | 32 |
| 12 | Entscheidungsfaktoren der FDP-Wahl, Odds Ratios, logistisches Regressionsmodell<br>(n=1'416) . . . . .                                       | 33 |
| 13 | Entscheidungsfaktoren der CVP-Wahl, Odds Ratios, logistisches Regressionsmodell<br>(n=1'416) . . . . .                                       | 34 |
| 14 | Entscheidungsfaktoren der Grünen-Wahl, Odds Ratios, logistisches Regressionsmodell<br>(n=1'416) . . . . .                                    | 34 |
| 15 | Entscheidungsfaktoren der glp-Wahl, Odds Ratios, logistisches Regressionsmodell (n=1'416)  | 35 |
| 16 | Entscheidungsfaktoren der EVP-Wahl, Odds Ratios, logistisches Regressionsmodell<br>(n=1'416) . . . . .                                       | 36 |
| 17 | Parteiwahl nach Links-rechts-Selbsteinschätzung (n=1'653) . . . . .  | 37 |
| 18 | Wahlverhalten 2019 nach Wahlverhalten 2015 (n=1'821) . . . . .   | 40 |
| 19 | Parteiwahl der Neu-Mobilisierten (n=127) . . . . .   | 40 |
| 20 | Parteiwahl der Neuwählenden (n=58) . . . . .   | 42 |

## Tabellenverzeichnis

|   |  |    |
|---|--|----|
| 1 | Beteiligung nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen (gewichtet) . . .                               | 7  |
| 2 | Beteiligung nach ausgewählten politischen Merkmalen (gewichtet) . . . . .                                    | 9  |
| 3 | Wähleranteile (in %) nach ökonomischen Merkmalen (gewichtet) . . . . .                                       | 26 |
| 4 | Beteiligung nach Geschlecht und Altersklassen in ausgewählten Städten und Kantonen (Registerdaten) . . . . . | 45 |
| 5 | Ausschöpfung der Stichprobe . . . . .  | 48 |

## Impressum

Die FOKUS-Aargau-Studien untersuchen das Stimmverhalten bei kantonalen Abstimmungen und Wahlen. FOKUS Aargau wird vom Swisslos-Fonds des Kantons Aargau finanziert. Die Erhebung der Daten erfolgt durch die Firma publitest aus Zürich, während die Analysen vom Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) durchgeführt werden. Die Schlussberichte sind fünf bis sechs Wochen nach dem Abstimmungs- oder Wahltermin auf der Webseite [berichte.fokus.ag](https://berichte.fokus.ag) abrufbar, weitere Analysen finden sich unter [analysen.fokus.ag](https://analysen.fokus.ag). Die den Studien zugrunde liegenden Fragebogen sind auf derselben Seite frei zugänglich.

## Projektverantwortung

Uwe Serdült und Thomas Milic

## Autoren der vorliegenden Studie

Thomas Milic, Uwe Serdült und Salim Brüggemann, Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA)

## Zitiervorschlag

Thomas Milic, Uwe Serdült und Salim Brüggemann (2019): «Studie zur Aargauer Nationalratswahl vom 20. Oktober 2019». *FOKUS Aargau Nr. 5*. Aarau, Zentrum für Demokratie Aarau.

ISSN: 2624-7399

ISBN: 978-3-906918-08-2

## Kontakt

Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA)

FOKUS Aargau

Villa Blumenhalde

Küttigerstrasse 21

CH-5000 Aarau

[info@fokus.ag](mailto:info@fokus.ag)

[www.fokus.ag](https://www.fokus.ag)